

Masterarbeit

Titel der Masterarbeit:

Nachhaltiges Handeln von Energieversorgungsunternehmen in Österreich
Eine sozialwissenschaftlich-empirische Untersuchung in Hinblick auf Aspekte des Klimaschutzes und den Umgang mit Energiearmut

Verfasserin/Verfasser:

Matthias Wunsch, BSc(WU)

Matrikel-Nr.:

0752404

Studienrichtung:

Sozioökonomie

Beurteilerin/Beurteiler:

a.o. Prof. Dr. Karl-Michael Brunner

Ich versichere, dass:

ich die Masterarbeit selbständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe.

ich dieses Masterthema bisher weder im In- noch im Ausland (einer Beurteilerin/einem Beurteiler zur Begutachtung) in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe.

diese Arbeit mit der vom Begutachter/von der Begutachterin beurteilten Arbeit übereinstimmt.

29.1.2014

Datum

Matthias Wunsch

Unterschrift

DANKSAGUNG

Ich möchte an dieser Stelle allen Menschen danken, die mich in der Entstehung dieser Masterarbeit unterstützt haben. Allen voran a.o. Prof. Dr. Brunner, für die hervorragende und unkomplizierte Betreuung meiner Arbeit. Ich hätte mir diese nicht besser vorstellen können. Ein großes Dankeschön gebührt auch all den Expertinnen und Experten, welche sich Zeit für ein Interview mit mir nahmen und mir mit großer Offenheit Einblicke in ihr Wissen gewährt haben. Ohne sie wäre die Arbeit in der vorliegenden Form nicht möglich gewesen. Dankeschön auch an Andrea und Papa für das Lektorat und die dabei vorgebrachten Anregungen. Ebenso danke ich Beate, für die geduldige Begleitung und Unterstützung während des gesamten Entstehungsprozesses dieser Masterarbeit.

Zuletzt möchte ich an dieser Stelle meinen Eltern danken. Sie waren es, die mir von Kindheit an die Perspektive eines Studiums und die Freude daran vermittelt haben. Über meine gesamte Studienzeit hinweg konnte ich mir ihrer Unterstützung gewiss sein und hatte dank ihnen einen Fixpunkt in meinem Leben. Ich weiß, dass all dies bei weitem keine Selbstverständlichkeit ist und es erfüllt mich mit tiefster Dankbarkeit, dies dennoch so erlebt haben zu dürfen.

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG UND FRAGESTELLUNG	1
2	NACHHALTIGKEIT ALS ANFORDERUNG AN DIE GESELLSCHAFT.....	4
2.1	Konzeption und Modelle nachhaltiger Entwicklung.....	4
2.1.1	Entstehung, Definition und Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung	4
2.1.2	Starke und schwache Nachhaltigkeit	5
2.1.3	Drei-Säulen-Modell	6
2.2	Der globale Klimawandel.....	7
2.2.1	Naturwissenschaftliche Faktenlage	7
2.2.2	Klimapolitik auf globaler, europäischer und nationaler Ebene.....	15
2.2.3	Gesellschaft und Klimadiskurs.....	20
2.3	Energiearmut	22
2.3.1	Formen von Energiearmut in Österreich	24
2.3.2	Ausmaß von Energiearmut in Österreich.....	25
3	UNTERNEHMEN UND NACHHALTIGKEIT	27
3.1	Nachhaltiges Handeln von Unternehmen aus neoinstitutionalistischer Perspektive	27
3.2	Nachhaltiges Handeln von Unternehmen	29
3.3	Klimaschutz durch Unternehmen	32
3.3.1	Ausgangspunkt Umweltschutz.....	32
3.3.2	Handlungsgründe für Klimaschutz durch Unternehmen	38
3.4	Umgang mit Energiearmut durch Unternehmen	42
4	METHODISCHE VORGANGSWEISE	44
4.1	Wahl und Begründung der Methode.....	44
4.2	Auswahl der Unternehmen und Datenerhebung	44
4.3	Darstellung der Analyse.....	47
4.4	Beschreibung der betrachteten Energieversorgungsunternehmen	48

5	ERGEBNISSE	51
5.1	Nachhaltigkeitsmanagement in EVU.....	51
5.2	Handeln im Hinblick auf Klimaschutz	57
5.3	Umgang mit Energiearmut	69
5.3.1	Modell der eigenen Organisationseinheit.....	69
5.3.2	Fonds-Modell.....	72
5.3.3	Erkenntnisse zum Umgang von EVU mit Energiearmut	74
6	ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK	81
7	LITERATURVERZEICHNIS	83
8	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	89
9	TABELLENVERZEICHNIS	90
10	ANHANG	91

1 EINLEITUNG UND FRAGESTELLUNG

Eine der größten Herausforderungen für die Menschheit in diesem Jahrhundert liegt darin, das gesellschaftliche Zusammenleben so zu gestalten, dass eine nachhaltige Entwicklung, welche Wohlstand für heutige und zukünftige Generationen sichert, erreicht wird. Ein Aspekt liegt dabei darin, die Versorgung und den Umgang mit Energie so effizient und emissionsarm wie möglich zu gestalten. Ebenso muss der Zugang zu Energie als Notwendigkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe gegeben sein. Vor diesem Hintergrund kommt Energieversorgungsunternehmen (EVU) eine bedeutende Rolle zu, insofern sie durch ihre Aktivitäten unmittelbaren Einfluss auf diese Bereiche ausüben. Im Kontext dessen beschäftigt sich die vorliegende Masterarbeit mit zwei Aspekten nachhaltigen Handelns von EVU in Österreich: Dem Klimaschutz und dem Umgang mit energiearmen Haushalten.

Der Klimawandel bringt für die gesamte Menschheit große Risiken mit sich, welche die natürliche Umwelt ebenso wie die Gesellschaft betreffen. Um die schlimmsten und katastrophalsten Auswirkungen zu verhindern, ist die Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs unabdingbar. Erreicht werden kann dies über eine weitgehende Verringerung bestehender und Verhinderung weiterer Emissionen von Treibhausgasen (THG) – und dabei insbesondere des Ausstoßes von CO₂. (Stern 2007) Da Energieversorgungsunternehmen im Rahmen ihrer Tätigkeiten die Art der Energiegewinnung – und damit deren THG-Intensität – beeinflussen, kommt ihrem Handeln ein wesentlicher Stellenwert im Umgang mit dieser Herausforderung zu.

Beim Nachhaltigkeitsaspekt Energiearmut rückt eine soziale Komponente in den Vordergrund. Energiearmut ist von einer Vielzahl von – im Wesentlichen sozialen und wirtschaftlichen – Faktoren beeinflusst, zu den wichtigsten gehören dabei steigende Energiepreise, stagnierende oder sinkende Einkommen, hohe Arbeitslosigkeitsraten, atypische Beschäftigungsverhältnisse und die nur langsam stattfindende Verbesserung der Energieeffizienz von Wohngebäuden. (Brunner et al. 2012, 53) Zu den schwerwiegendsten Folgen von Energiearmut zählen die Beeinträchtigung der körperlichen Gesundheit, psychische Belastungen und soziale Isolation. (Berger 2011, 26) Energieversorgungsunternehmen beeinflussen mit ihrem Handeln unmittelbar die Lebenssituation von in Energiearmut lebenden Haushalten. Sie verfügen dabei über einen Handlungsspielraum der es ihnen ermöglicht, die Situation der Betroffenen zu verbessern und damit einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenleben in Wohlstand zu leisten.

Im Hinblick auf die Klimawirkung von Unternehmen existiert eine Reihe von Forschungsarbeiten mit Fokus auf die möglichen Strategien und Handlungsalternativen, welche gewählt werden können. (Okereke 2007; Jeswani et al. 2008; Weinhofer/Hoffmann 2010;

Sprenkel/Busch 2011) Weniger Aufmerksamkeit erlangte allerdings die Frage danach, warum Unternehmen ihre Treibhausgas-Emissionen verringern, welche Faktoren, Strukturen, Beweggründe und Prozesse also die Klimaschutzthematik in die Entscheidungen von Unternehmen einfließen lassen. Diese Frage wurde in den vorhandenen Arbeiten größtenteils bezogen auf den breiteren Begriff des Umweltschutzes durch Unternehmen behandelt. (Henriques/Sadorsky 1996; Bansal/Roth 2000; Khanna 2001; Banerjee et al. 2003; für einen umfassenden Überblick: González-Benito/González-Benito 2006; Jeswani et al. 2008) Arbeiten, welche explizit die Spezifika von EVU bei der Frage zum Umgang mit Umwelt- und Klimaschutz berücksichtigen und qualitative Aussagen zu Strukturen und Prozessen in diesen Unternehmen treffen sind nur in geringer Zahl vorhanden. (Besio 2013)

Die Beschäftigung mit Energiearmut in Industriestaaten wurde von Beginn an vor allem durch die Diskussion in Großbritannien geprägt, zu der Boardman (z.B. 2010) wertvolle wissenschaftliche Beiträge lieferte und liefert. Healy (2004) verglich Energiearmut in 15 europäischen Ländern und arbeitete dafür auch seine eigene Definition von Energiearmut aus. Weitere international bedeutende Arbeiten stammen wiederum aus Großbritannien von Hills (2011; 2012), welcher sich insbesondere mit neuen Formen der Definition und Messbarkeit von Energiearmut auseinandersetzte. Für die Situation in Österreich stellen die Arbeiten von Brunner et al. (u.a. Brunner et al. 2011; Brunner et al. 2012; Brunner et al. 2013) die wichtigsten Beiträge dar. Mandl (2012) lieferte mit ihrer Masterarbeit einen Beitrag zum Überblick über mögliche Definitionen, Erscheinungsformen und Ursachen von Energiearmut in Österreich sowie über Strategien im Umgang mit dieser. Den vorhandenen Werken ist dabei gemein, dass sie auf die soziale Lebenswelt der energiearmen Haushalte abzielen und dabei die involvierten EVU nicht oder nur am Rande einbeziehen. Auch eine Bearbeitung dieser Forschungslücke ist Inhalt der vorliegenden Masterarbeit.

Die zu bearbeitende Forschungsfrage lautet somit: *Warum und in welcher Form gehen Energieversorgungsunternehmen in Österreich mit den Nachhaltigkeitsthemen Klimaschutz und Energiearmut um?*

Es werden soziale Prozesse hinsichtlich der Klimawirksamkeit des unternehmerischen Handelns und des Umgangs mit Energiearmut aufgedeckt sowie deren Einbettung in strukturelle Merkmale innerhalb und außerhalb von Unternehmen thematisiert. Für eine fundierte Beantwortung der Forschungsfrage bietet sich die Anwendung qualitativer Methoden der empirischen Sozialforschung an. Diese zeichnen sich durch eine Offenheit gegenüber nicht bekannten Phänomenen aus und sind dazu geeignet, empirische Sachverhalte sowie Prozesse zu beschreiben. Im Zentrum der Forschung stehen dabei drei österreichische Energieversorgungsunternehmen. Die empirische Datengrundlage der Arbeit stellen

Experteninterviews mit MitarbeiterInnen aus diesen Unternehmen, ergänzt um Interviews mit Expertinnen¹ außerhalb der EVU und einer Vielzahl an Dokumenten, dar. Die gewonnenen Ergebnisse knüpfen an bereits vorhandener Literatur und bestehenden Theorien an.

Im nachfolgenden Kapitel 2 wird Nachhaltigkeit auf gesellschaftlicher Ebene diskutiert. Dabei werden generelle Überlegungen zu nachhaltiger Entwicklung, die Herausforderung des globalen Klimawandels und der Umgang damit sowie Energiearmut als gesellschaftliches Problem thematisiert. In Kapitel 3 wechselt die Perspektive, wobei hier nachhaltiges Handeln, Klimaschutz und der Umgang mit Energiearmut jeweils auf Ebene von Unternehmen betrachtet werden. In Kapitel 4 wird die methodische Vorgangsweise beschrieben. In Kapitel 5 werden die empirischen Ergebnisse dargestellt, gegliedert nach generellen Nachhaltigkeitsstrukturen und -prozessen in den Unternehmen, dem Handeln im Hinblick auf Klimaschutz und dem Umgang mit Energiearmut. Dabei wird an den vorhandenen theoretischen und empirischen Arbeiten angeknüpft. Kapitel 6 bietet eine Zusammenfassung der Arbeit, eine kritische Auseinandersetzung mit den erzielten Ergebnissen und getroffenen Aussagen sowie Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschungsarbeiten.

¹ Es handelte sich ausschließlich um weibliche Personen.

2 NACHHALTIGKEIT ALS ANFORDERUNG AN DIE GESELLSCHAFT

2.1 Konzeption und Modelle nachhaltiger Entwicklung

2.1.1 Entstehung, Definition und Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung

Nachhaltigkeit als eigenständiger Begriff entstand im 18. Jahrhundert, wobei vielfach die Arbeiten von Hans Carl von Carlowitz zur Beschreibung einer Form der Forstwirtschaft, welche ökonomische Erwägungen mit den Anforderungen der Natur in Einklang bringt, als erstmalige Erwähnung genannt wird. In der Abhandlung „Sylvicultura Oeconomica“ aus dem Jahr 1713 beschrieb Carlowitz, wie die zur damaligen Zeit durch den zunehmenden Holzbedarf verursachte Übernutzung der Wälder verhindert werden kann. In einer nachhaltigen Wirtschaftsweise wurde hierbei auf einen möglichst hohen, aber gleichzeitig auch dauerhaften Holzertrag abgezielt. Es sollte nicht mehr Holz geschlagen werden, als in der gleichen Zeit nachwachsen kann. Spätere Überlegungen zu Nachhaltigkeit folgten diesem Prinzip, wonach das ökonomische Ziel der Nutzung von Ressourcen mit dem Erhalt eben dieser einher gehen muss. Anfang des 20. Jahrhundert fand der Begriff auch in der Fischereiwirtschaft Eingang, wobei unter „maximum sustainable yield“ verstanden wurde, dass ein an der Reproduktionsfähigkeit der Fischbestände orientierter Fang dauerhaft maximale Erträge erzielen kann. (Grunwald/Kopfmüller 2006, 14)

Als der unbekümmerte Fortschrittsoptimismus der 1960er und der frühen 1970er Jahre durch negative Folgen des technischen Fortschritts und der Produktions- und Lebensstile beendet wurde, änderte sich die Wahrnehmung der natürlichen Umwelt drastisch: „Einerseits erschien sie durch den Menschen und seine Technik und Wirtschaft bedroht, andererseits wurde deutlich, dass gerade Technik und Wirtschaft auf eine hinreichend intakte natürliche Umwelt angewiesen sind. Die Erkenntnis, dass die menschliche Wirtschaftsweise die Grundlagen zu zerstören drohte, auf die sie angewiesen war, wirkte vor allem in den Industriestaaten wie ein Schock.“ (ebd., 16f.) Ein Ausdruck dessen war der Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ welcher vom Club of Rome 1972 veröffentlicht wurde und Prognosen für die zukünftige Entwicklung der Menschheit enthielt. Ein zentraler Schluss lag darin, dass die damals aktuellen Trends wie Bevölkerungswachstum, Ressourcenausbeutung und Umweltverschmutzung im Laufe der folgenden hundert Jahre zu einem ökologischen Kollaps und in weiterer Folge zu einem ökonomischen Niedergang führen würden. Der Bericht lieferte – begünstigt durch das Zusammenfallen mit der ersten Ölkrise 1973 – den Anstoß zu einem Nachdenkprozess über bestehende gesellschaftliche Produktions- und Lebensweisen, Wirtschaftswachstum sowie die Verfügbarkeit von Ressourcen. (ebd.)

Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ (in Englisch „sustainable development“) bezeichnet in seiner heutigen Verwendung einen gesellschaftlichen Veränderungsprozess, welcher auf die Erreichung des Zustandes der Nachhaltigkeit abzielt. Er wurde wesentlich durch die von den Vereinten Nationen eingesetzte Kommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission) geprägt. Ihr wird auch der Verdienst zugeschrieben, den Begriff erstmals einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu haben. Ein zentraler Bestandteil der von dieser Kommission ausgearbeiteten Definition von nachhaltiger Entwicklung lautet: „Humanity has the ability to make development sustainable to ensure that it meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“ (UN 1987, Abschnitt 3-27) Im Zustand der Nachhaltigkeit können also Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden ohne dass es zu einer Gefährdung der Lebenschancen zukünftiger Generationen kommt. Dies kann nur durch den Erhalt der sozialen, wirtschaftlichen und natürlichen Grundlagen der Gesellschaft erreicht werden. Beim Begriff der nachhaltigen Entwicklung handelt es sich in diesem Sinne nicht um ein wissenschaftliches Konstrukt, sondern vielmehr um ein gesellschaftlich-politisches und normatives Leitbild. (Grunwald/Kopfmüller 2006, 7)

In ethischer Hinsicht hat nachhaltige Entwicklung somit ein doppeltes Fundament: Zum einen die Übernahme von Verantwortung für zukünftige Generationen (Zukunftsverantwortung). Dies ist der Kern der Begründung für die Notwendigkeit des in dieser Arbeit betrachteten Klimaschutzhandelns. Zum anderen die Herstellung von Gerechtigkeit unter den heute lebenden Menschen (Verteilungsgerechtigkeit), welche die ethische Basis für die Notwendigkeit der Reduktion von Energiearmut ist.

2.1.2 Starke und schwache Nachhaltigkeit

Ausgangspunkt der Diskussion über starke und schwache Nachhaltigkeit stellt die in den Wirtschaftswissenschaften übliche Einteilung von Ressourcen in verschiedene Kapitalsorten dar. Diese bestehen aus von Menschen geschaffenem *künstlichen Kapital* wie Maschinen, Gebäude, Wissen oder soziale Strukturen sowie aus *natürlichem Kapital* wie Luft, Boden, Gewässer, Biodiversität oder Rohstoffen. Beim Ansatz der schwachen Nachhaltigkeit wird davon ausgegangen, dass diese Kapitalsorten beliebig austauschbar sind und ein nachhaltiger Zustand besteht, solange die Summe des künstlichen und natürlichen Kapitals nicht verkleinert wird. Hierbei können z.B. Rückgänge von natürlichem Kapital durch den Einsatz nicht erneuerbarer Energieträger durch eine Vermehrung von künstlichem Kapital (von Menschen geschaffene Produktionsanlagen oder Technologien) kompensiert werden. Der Ansatz der schwachen Nachhaltigkeit ist vor allem in der neoklassischen Ökonomie verbreitet. (Grunwald/Kopfmüller 2006, 37f.)

Vertreter des Konzepts der starken Nachhaltigkeit lehnen hingegen eine Austauschbarkeit von künstlichem und natürlichem Kapital ab. Daher ist der Erhalt beider Ressourcentypen Bedingung für die Erreichung einer nachhaltigen Gesellschaft. Die Konsequenzen, die sich aus dieser Perspektive für den Umweltschutz ergeben, sind weitreichend, da die natürlichen Ressourcen in ihrer bestehenden Zusammensetzung erhalten bleiben müssen, was einer Antithese zu den gegenwärtigen Stoffströmen und dem Umgang mit Ressourcen gleich kommt. (Grunwald/Kopfmüller 2006, 37f.; Ott/Döring 2008, 145ff.)

Diese beiden Perspektiven stellen jedoch Extrempositionen dar, weshalb Kopfmüller et. al. (2001, in Grunwald/Kopfmüller 2006, 39) eine mittlere Position entwerfen, in der eine begrenzte Substitution von Naturkapital mit künstlichem Kapital als zulässig erachtet wird.

2.1.3 Drei-Säulen-Modell

Das Drei-Säulen-Modell von Nachhaltigkeit wurde unter anderem durch die Arbeit der deutschen Enquete-Kommission sowie deren Nachfolgekommissionen geprägt. Es sieht vor, dass eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft auf drei Säulen beruht: Ökologie, Ökonomie und Soziales. Diese werden als gleichwertig und miteinander verbunden angesehen. Die im Modell enthaltenen langfristigen Ziele sind an die Realisierung von kurzfristigen Zielen gekoppelt, was der Machbarkeit von nachhaltiger Entwicklung zuträglich sein sollte. (Brand/Jochum 2000, 68ff.)

Tabelle 1: Unterschiedliche Nachhaltigkeitskonzepte im „Drei-Säulen“-Modell (Brand/Jochum 2000, 79f.)

	Naturverständnis	Ziel "nachhaltiger Entwicklung"
Ökologische Säule	Natur als zusammenhängendes Ökosystem	Nachhaltigkeit von Struktur und Funktionen des Ökosystems
Ökonomische Säule	Natur als Ressource für wirtschaftliche Produktion	Dauerhaftes, ressourcenerhaltendes ökonomisches Wachstum; "sustainable growth"
Soziale Säule	Natur als psycho-physische Umwelt der Menschen	Dauerhafte soziale Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft; "sustainable society"

Das innerhalb der Säulen vorliegende Naturverständnis sowie die darin verfolgten Ziele variieren jedoch, wodurch das Modell nicht frei von Widersprüchen ist. Insbesondere die im Drei-Säulen-Modell betonte Gleichrangigkeit der Säulen führt zu Kritik. „Das Prinzip der Gleichrangigkeit darf den Umstand nicht verdecken, dass im Prozess der Moderne eine der drei Säulen zumeist nachrangig behandelt wurde.“ (Ott/Döring 2008, 39) Zudem „zementiert“ diese Herangehensweise Denkstrukturen und begünstigt, dass in der Auseinandersetzung nur Teilaspekte berücksichtigt werden. Dabei wäre eine integrative Herangehensweise an Nachhaltigkeit eigentlich erstrebenswerter. (Rid 2003, 23) Das Drei-Säulen-Modell ist somit *eine*

mögliche Konzeption von Nachhaltigkeit, welche allerdings nicht den Blick auf die originären, miteinander verbundenen Ziele von nachhaltiger Entwicklung verstellen darf.

2.2 Der globale Klimawandel

Eckardt (2010, 235) greift oben genannte ethische Überlegung auf und erweitert sie wie im Folgenden erläutert: Alle Maßnahmen und Bestrebungen, den globalen Klimawandel wissenschaftlich zu erfassen und dessen Minderung anzustreben sind kein Selbstzweck, sondern müssen als Ausdruck von gesellschaftlicher Verantwortung betrachtet werden. Der Ausgangspunkt dieser Bestrebungen liegt in einem Grundprinzip liberal-demokratischer Gesellschaften: Der Freiheit des Einzelnen, verstanden als Möglichkeit zur Selbstentfaltung und als Abwesenheit übermäßiger Bedrückung durch den Staat. Das Recht auf diese Freiheit für Menschen in allen Teilen der Erde ebenso wie für künftige Generationen darf nicht durch das gegenwärtige Handeln zerstört werden, wie dies bei Unterlassung von effektivem Klimaschutz jedoch der Fall wäre. (Eckardt 2010, 235) Dabei sind es insbesondere die Gesellschaften des globalen Nordens, welche gefordert sind, eine aktive Klimaschutzpolitik zu betreiben. Ihr wirtschaftliches Wachstum seit der industriellen Revolution ist Ursache für einen Großteil des anthropogenen Anteils an der THG-Konzentration in der Atmosphäre. Daraus muss insbesondere für diese Gesellschaften auch die Verantwortung erwachsen, wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. Gelingt es letztlich nicht dies umzusetzen, wird das Risiko in Kauf genommen, dass der bisher geschaffene Wohlstand die Freiheit anderer Menschen in der Gegenwart genauso wie jene künftiger Generationen bis in die ferne Zukunft in Geiselschaft nimmt. (Stern 2007, 31)

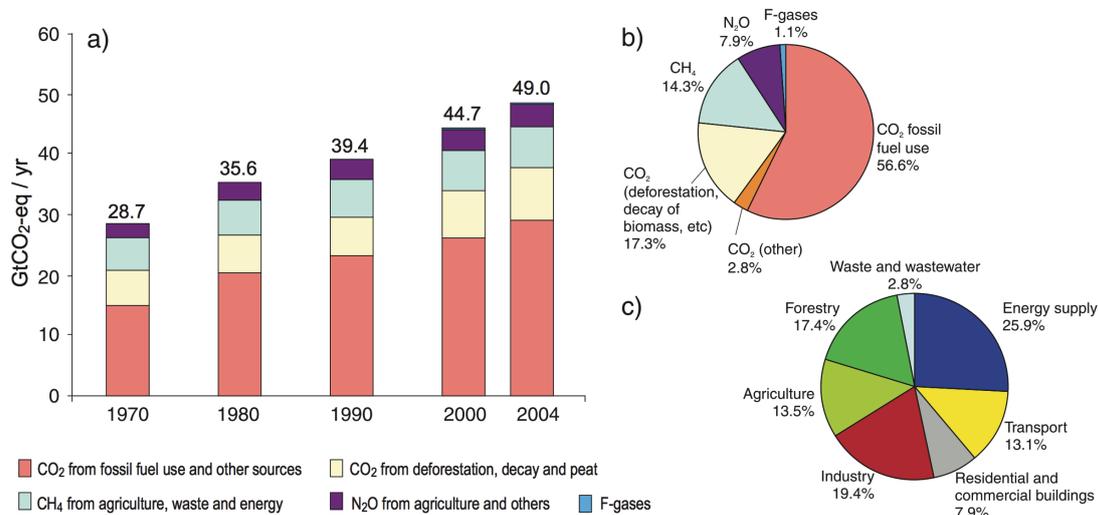
2.2.1 Naturwissenschaftliche Faktenlage

Die naturwissenschaftliche Forschung hat in den vergangenen Jahrzehnten eine eindeutige Faktenlage zum Klimawandel geschaffen: Es findet zweifelsfrei eine globale Veränderung des Klimas statt und diese ist zum größten Teil durch menschliche Aktivitäten seit der industriellen Revolution verursacht. Der Begriff Klimawandel kann dabei dem IPCC (2007, 30) folgend definiert werden als eine Veränderung des Klimastatus, welche (z.B. mittels statistischer Tests) als Veränderungen von Mittelwerten und/oder der Variabilität von Eigenschaften erfasst werden kann und über eine größere Zeitspanne – Jahrzehnte oder mehr – vorhanden ist. In dieser allgemeinen Form umfasst der Begriff Klimawandel sowohl durch natürliche Schwankungen als auch durch menschliche Aktivität verursachte Veränderungen. Beispiele für solche gut fassbaren Veränderungen sind der Anstieg der globalen Luft- und Wasserdurchschnittstemperaturen, das weitreichende Abschmelzen von Eis- und Schneemassen sowie der Anstieg des weltweiten Meeresspiegels. (ebd.) Die in den letzten Jahrzehnten aufgetretenen sowie die in den kommenden

Jahrzehnten und Jahrhunderten erwarteten Klimaveränderungen hängen dabei direkt mit menschlichen Aktivitäten zusammen.

Die durch Menschen verursachten globalen Emissionen von Treibhausgasen stiegen und steigen im Vergleich zu den vorindustriellen Werten stetig an, wodurch es zu einer Verstärkung des Treibhauseffekts mit der unmittelbaren Wirkung einer globalen Erwärmung kommt.² Die globalen THG-Emissionen pro Jahr verzeichneten dabei alleine zwischen 1970 und 2004 einen Anstieg um 70%. Die größten Zuwächse entstanden bei einer weltweiten Betrachtung im Bereich Energieversorgung, Transport und Industrie. Geringere Steigerungen wurden bei Gebäuden (privat oder gewerblich genutzt), im Bereich Forstwirtschaft (inklusive Entwaldung) sowie im Bereich Landwirtschaft verzeichnet. Als Folge dieser insgesamt immer größer werdenden Emissionen hat auch die Konzentration von Kohlendioxid, Methan und Stickoxiden in der Atmosphäre seit 1750 deutlich zugenommen. Bei Kohlendioxid und Methan übersteigen die heutigen Konzentrationen deutlich die natürlichen Konzentrationen der letzten 650.000 Jahre, was ursächlich mit der Verwendung fossiler Energieträger verbunden ist. Die Steigerung der Methan-Konzentration wird zusätzlich, die Steigerung der Stickoxidkonzentration wird hauptsächlich durch die Landwirtschaft ausgelöst. (IPCC 2007, 36ff.)

Abbildung 1: Globale jährliche anthropogene Treibhausgas-Emissionen (IPCC 2007, 36)



- a) Globale jährliche anthropogene THG-Emissionen von 1970 bis 2004
- b) Anteil verschiedener THG an den Gesamtemissionen in 2004 (%-Angaben entsprechend der CO₂-Äq)
- c) Anteil der verschiedenen Sektoren an den Gesamtemissionen in 2004 (entsprechend der CO₂-Äq)

² Treibhausgase sind jene natürlich vorhandenen sowie durch menschliche Aktivität in die Atmosphäre eingebrachten gasförmigen Stoffe, welche von der Erdoberfläche, der Atmosphäre oder von Wolken reflektierte Strahlung im Infrarot-Bereich absorbieren und rückreflektieren. Diese Eigenschaft bewirkt den Treibhauseffekt, welcher eine Erwärmung der Oberfläche verursacht. Wasserdampf (H₂O), Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Stickoxide (N₂O) und Ozon (O₃) zählen zu den primären Treibhausgasen der Erdatmosphäre. Das Kyoto-Protokoll berücksichtigt die Emissionen von Kohlendioxid, Methan und Stickoxiden sowie den Ausstoß von Fluorkohlenwasserstoffe (FKW), Perfluorcarbone (PFC) und Schwefelhexafluorid (SF₆). (Parry et al. 2007, 875)

Der bereits vorhandene Anstieg der globalen Durchschnittstemperaturen seit Mitte des 20. Jahrhunderts kann mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auf diese durch Menschen verursachte Erhöhung der THG-Konzentration in der Atmosphäre zurückgeführt werden. Dieser Konzentrations-Anstieg wird auch als sehr wahrscheinliche Ursache für eine Zunahme von Tagen mit extremer Hitze oder extremer Kälte, Veränderungen von Luftströmungen, dem Anstieg des Meeresspiegels und der Zunahme von Dürreperioden erachtet. (ebd.)

Basierend auf dem aktuellen Stand der Erkenntnisse wurde durch die Working Group I des IPCC für verschiedene Szenarien – insbesondere was die zukünftigen Maßnahmen zur Reduktion der durch Menschen verursachten THG-Emissionen anbelangt – die Entwicklung des Weltklimas modelliert. Aus diesen Modellen lassen sich die konkreten Folgen für die zukünftige Weltbevölkerung ableiten. Beispiele für die potenziellen Auswirkungen durch den Klimawandel sind strukturiert nach Sektoren in Tabelle 2 dargestellt.

Tabelle 2: Erwartete Phänomene und ihre Auswirkungen nach Sektoren (IPCC 2007, 53)					
Phänomen und Richtung des Trends	Wahrscheinlichkeit	Beispiele von wichtigen Auswirkungen nach Sektoren			
		Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Ökosysteme	Wasserressourcen	Menschliche Gesundheit	Industrie, Siedlungen, Gesellschaft
In meisten Gebieten: Wärmere und weniger kalte Tage und Nächte, wärmere und häufigere heiße Tage und Nächte	>99%	Höhere Erträge in kühleren Zonen; geringere Erträge in wärmeren Gebieten; zunehmende Vermehrung von Insekten	Auswirkungen auf von der Schneeschmelze abhängige Wasserressourcen; z.T. Auswirkungen auf die Wasserversorgung	Reduzierte Sterblichkeit aufgrund geringerer Kälteexposition	Reduzierter Heizenergiebedarf, höherer Bedarf an Kühlung; Sinkende Luftqualität in den Städten; weniger Unterbrechung im Transportwesen durch Schnee und Eis; Auswirkungen auf Wintertourismus
Wärmephasen und Hitzewellen: Häufigkeit steigt in den meisten Gebieten	>90%	verringerte Ernteerträge in warmen Gebieten; erhöhte Gefahr von Flächenbränden	steigender Wasserbedarf; Probleme bei Wasserqualität (z.B. Algenblüte)	Erhöhtes Risiko hitzebedingter Sterblichkeit, insbesondere für ältere Menschen und chronisch Kranke, Kleinkinder und gesellschaftlich isolierte Menschen	Verminderung der Lebensqualität für Menschen in warmen Gebieten ohne zweckmäßige Wohnung
Starkregenfälle: Häufigkeit steigt in den meisten Gebieten	>90%	Ernteaussfälle; Bodenerosion; Bestellung von Land aufgrund von Vernässung des Bodens unmöglich	Nachteilige Wirkungen auf die Oberflächen- und Grundwasserqualität; Verunreinigung der Wasserversorgung; Verringerung von Wasserknappheit	Erhöhtes Risiko für Todesfälle, Verletzungen, Infektions-, Atemwegs- und Hauterkrankungen	Beeinträchtigung von Siedlungen, Handel, Verkehr und einzelnen Bevölkerungsgruppen infolge von Überschwemmungen; starke Belastung städtischer und ländlicher Infrastrukturen; Verlust von Eigentum

Tabelle 2: Erwartete Phänomene und ihre Auswirkungen nach Sektoren (IPCC 2007, 53) – Fortsetzung

Phänomen und Richtung des Trends	Wahrscheinlichkeit	Beispiele von wichtigen Auswirkungen nach Sektoren			
		Beispiele von wichtigen Auswirkungen nach Sektoren	Phänomen und Richtung des Trends	Wahrscheinlichkeit	Beispiele von wichtigen Auswirkungen nach Sektoren
Gebiete mit stärker ausgeprägten Dürperioden	>66%	Bodenbeeinträchtigung, geringere Erträge/ Ernteschäden und -ausfälle; vermehrtes Viehsterben; höheres Risiko für Flächenbrände	Stärker verbreiteter Wassermangel	erhöhtes Risiko für Nahrungsmittel- und Wasserknappheit; Erhöhtes Risiko für Krankheiten, die durch Wasser und Lebensmittel übertragen werden	Wasserknappheit in bestehenden Siedlungsgebieten, der Industrie und für einzelne Bevölkerungsgruppen; geringere Potentiale für Wasserkrafterzeugung; Potential für Migrationsbewegungen
Die Aktivität starker tropischer Wirbelstürme nimmt zu	>66%	Schäden an Ernte; Windwurf (Entwurzelungen) von Bäumen; Schäden an Korallenriffen	Stromausfälle als Ursache für Unterbrechung in öffentlicher Wasserversorgung	Erhöhtes Risiko für Todesfälle, Verletzungen, Krankheiten, die durch Wasser oder Nahrungsmittel übertragen werden; posttraumatische Belastungsstörungen	Diskontinuitäten durch Überflutungen und starke Winde; Keine Versicherungsmöglichkeit durch private Versicherungen in betroffenen Gebieten; Potential für Migrationsbewegungen; Verlust von Eigentum
Zunehmendes Auftreten von extrem hohem Meeresspiegel (ohne Tsunamis)	>66%	Versalzung des Wassers für die Bewässerung, in Flussmündungen und Süßwassersystemen	Verminderte Süßwasserverfügbarkeit durch Salzwassereintritt	Erhöhtes Risiko für Todesfälle durch Ertrinken infolge des hohen Wasserstandes sowie für Verletzungen; migrationsbedingte gesundheitliche Auswirkungen	Kosten für Küstenschutz stehen Kosten von Landnutzungsverlagerung gegenüber; Potential für Verlagerung von Bevölkerung und Infrastruktur; siehe auch tropische Wirbelstürme oben

Der Klimawandel betrifft und bedroht also Lebensgrundlagen für Menschen auf der gesamten Erde: Nahrung, Zugang zu Wasser, Gesundheit, Landnutzung, Industrie, Siedlungen und Gesellschaft. Ausgehend von Szenarien mit einem prognostiziertem Temperaturanstieg von 2-3°C bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts können die oben dargestellten Auswirkungen nach Stern (2007, 56) um Schätzungen der Zahl der betroffenen Menschen verschiedener Regionen erweitert werden:

- Schmelzende Gletscher werden das Überschwemmungsrisiko in Regenzeiten erhöhen und gleichzeitig die Wasserversorgung in Trockenphasen verringern. *Ein Sechstel der Weltbevölkerung*, vorwiegend im indischen Subkontinent, in Teilen Chinas sowie in Teilen von Südafrika wird davon betroffen sein.

- Sinkende Ernteerträge, insbesondere in Afrika, werden wahrscheinlich dazu führen, dass *hunderte Millionen Menschen* keine ausreichenden Nahrungsmittel produzieren oder käuflich erwerben können. In gemäßigeren Klimazonen kann die globale Erwärmung zunächst zu steigenden Ernteerträgen führen, wobei ab einer Erwärmung von mehr als 3°C auch hier von einer Abnahme ausgegangen wird.
- Steigende Meeresspiegel werden Ursache für Überflutungen sein, mit dem Potential *mehrerer Zehn- bis mehrerer Hundertmillionen Betroffener jährlich*.
- Bis Mitte des 21. Jahrhunderts könnten *200 Millionen Menschen* auf Grund steigender Meeresspiegel, stärkerer Überflutungen und intensiverer Dürreperioden dauerhaft von ihrer Heimat verdrängt werden.
- Die globale Erwärmung kann plötzliche Veränderungen bei Wettermustern wie dem Monsun oder El Niño bewirken. Dies wirkt sich über die Verfügbarkeit von Wasser und über Fluten in tropischen Regionen aus und *könnte Milliarden Menschen* betreffen.
- Das Abschmelzen oder Abbrechen von polarem Eis würde den Meeresspiegel ansteigen lassen. Dies bedroht zumindest vier Millionen km² Landfläche, welche momentan Heimat von *5% der Weltbevölkerung* ist.

Weitere Konsequenzen liegen in der Zunahme der Kohlendioxid-Konzentration in den Ozeanen. Diese bewirkt eine Versäuerung eben dieser mit bedrohlichen Konsequenzen für die maritime Fauna. Darüber hinaus sind Ökosysteme besonders anfällig für Klimaveränderungen und es kommt zu einem deutlichen Verlust an Biodiversität.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind also mannigfaltig, regional verschieden und betreffen weite Teile der heutigen sowie der zukünftigen Weltbevölkerung. Insbesondere für die Menschen in Ländern des globalen Südens sind die Bedrohungen durch sich ändernde Umweltbedingungen besonders hoch. Eine geografisch oftmals ungünstigere Lage, niedrige Einkommen und die größere Abhängigkeit von klimaabhängigen Sektoren wie der Landwirtschaft sind die Gründe dafür. Zusammen führen diese Faktoren dazu, dass die Auswirkungen proportional größer und die Fähigkeit zur Anpassung geringer sind. (Stern 2007, 92) Damit wird Klimaschutz auch zu einer Frage der globalen Gerechtigkeit, da historisch betrachtet der größte Teil des Anstiegs der THG-Konzentration in der Atmosphäre den Industriestaaten des globalen Nordens zugeordnet werden kann. Deren Wohlfahrtsgewinn und Wachstum des Konsums seit der industriellen Revolution hat jene Externalitäten erzeugt, welche nun in Form des Klimawandels ärmere Länder

der Welt stark belasten.³ Aus ethischer Sicht stehen diese Verursacher-Länder in der Pflicht, eben diesen am stärksten betroffenen Staaten Unterstützung zukommen zu lassen. (ebd., 37)

Aus diesem Erkenntnisstand heraus wird deutlich, welche Bedeutung sowohl der Emissionsminderung als auch der Anpassung an den Klimawandel zukommt. Dabei kann keine dieser beiden Maßnahmen für sich alleine ausreichen, um den Klimawandel zu verhindern. Da selbst bei einer sofortigen massiven Einschränkung der THG-Emissionen die globale Durchschnittstemperatur aufgrund der Trägheit des Klimas weiter steigen würde, sind kurz- und längerfristige Anpassungen unumgänglich. (IPCC 2007, 65)

Bei der Betrachtung der makroökonomischen Kosten sowie des Nutzens von Emissionsminderung ist die anzustrebende THG-Konzentration in der Atmosphäre, bei der eine Stabilisierung eintritt, eine zentrale Größe. Je niedriger dieser Wert sein soll, desto höher ist der Aufwand der für dessen Erreichung notwendig ist. Dieser höhere Aufwand reduziert jedoch die Kosten, welche als Folge des Klimawandels entstehen. Das IPCC (2007, 69) kommt zum Schluss, dass im Jahr 2050 die makroökonomischen Durchschnittskosten für eine Stabilisierung im Bereich zwischen 710 und 455 ppm CO_{2-Äq}⁴ von einem 1%-igen BIP-Zuwachs bis zu einer BIP-Minderung um 5,5% reichen (Tabelle 3). Die Kosten für eine mittlere globale Erwärmung um 4°C werden auf 1 bis 5% des BIPs geschätzt, wobei regionale Verluste deutlich darüber liegen können. Eine Kosten-Nutzen-Berechnung für Emissionsminderungsmaßnahmen kann aufgrund der bestehenden Unsicherheiten in den Modellen laut IPCC (2007) nicht zur eindeutigen Determinierung des besten Pfades für die Emissionsentwicklung verwendet werden.

³ So führt Stern (2007, 92) aus, dass

- für Länder mit niedrigem Einkommen Naturkatastrophen durchschnittlich 5% des BIP kosten können.
- sinkende Einkommen aus Landwirtschaft armutssteigernd und entwicklungshemmend wirken.
- die Kosten des Klimawandels in Indien und Süd-Ost Asien 9-13% Verlust des BIPs im Vergleich zu einem Szenario ohne Klimawandel betragen.
- durch den Klimawandel 145-220 Millionen Menschen zusätzlich mit weniger als 2\$ pro Tag leben müssen.

⁴ ppm: parts per million

CO_{2-Äq}: Steht für jene Menge CO₂, welche die gleiche Strahlungswirkung wie die tatsächlich vorhandenen THG besitzt. Das Maß wird zur Vereinfachung der Angaben über Emissionen und der Konzentration von THG verwendet. (IPCC 2007, 36) So lag die reine CO₂-Konzentration 2005 bei 379ppm. Zum gleichen Zeitpunkt wurde die CO_{2-Äq} Konzentration, welche alle THG mitberücksichtigt, auf 455ppm geschätzt, wobei durch die Wirkung von Aerosolen, anderen Luftverschmutzungen und veränderte Landnutzung von einem Netto-Effekt ausgegangen wird, das einem CO_{2-Äq}-Niveau von 311-435ppm entspricht. (IPCC 2007, 67; Rogner et al. 2007, 97)

Tabelle 3: Geschätzte globale gesamtwirtschaftliche Kosten im Jahr 2030 und 2050. (IPCC 2007, 69)

Stabilisierungsniveaus (ppm CO ₂ -Äq.)	Median der BIP-Reduzierung (%)		Bandbreite der BIP-Reduzierung (%)		Reduzierung der durchschnittlichen jährlichen BIP-Zuwachsraten (Prozentpunkte)	
	2030	2050	2030	2050	2030	2050
445-535	nicht verfügbar		<3	<5,5	<0,12	<0,12
535-590	0,6	1,3	0,2 bis 2,5	Leicht negativ bis 4	<0,1	<0,1
590-710	0,2	0,5	-0,6 bis 1,2	-1 bis 2	<0,06	<0,05

Anders argumentiert Stern (2007, 284ff.), welcher in Hinblick auf die Unsicherheit der verwendeten Modelle und der ableitbaren Aussagen festhält, dass gerade dies auch Worst-Case-Szenarien ermöglicht, welche Anlass dafür sein müssen, ambitionierte Ziele beim Klimaschutz anzustreben. Er kommt zu dem Ergebnis, dass bei einer Stabilisierung unterhalb eines THG-Konzentrationsniveaus von 550ppm CO₂-Äq der Nutzen von Emissionsminderungsmaßnahmen deren Kosten übersteigt. Je früher dabei diese Maßnahmen ergriffen werden, umso „günstiger“ sind sie umsetzbar. Auch eine Stabilisierung auf einem niedrigeren Niveau von etwa 450 ppm CO₂-Äq wäre möglich, allerdings nur mit deutlich höherem Aufwand erreichbar, eine Stabilisierung auf einem höheren Niveau würde wiederum die Folgekosten des Klimawandels umso stärker ansteigen lassen. (ebd., 299)

Anzumerken ist, dass in den hier kurz skizzierten Modellen die Tatsache, dass der Klimawandel auch zu abrupten, irreversiblen Veränderungen führen kann, weitgehend unberücksichtigt blieb. Diese Veränderungen können durch positive Rückkopplungseffekte entstehen und mitunter drastischere Konsequenzen als oben angeführt haben. Beispiele solcher Rückkopplungseffekte sind (a) die Reduktion des Albedo-Effekts⁵ mit der Konsequenz einer zusätzlichen globalen Erwärmung, (b) eine Änderung von wichtigen Meeres- und Luftströmungen mit großer Auswirkung auf das globale Klima (c) eine durch die globale Erwärmung bewirkte Freisetzung von in Permafrostböden und in Meeren gebundenem Methangas, welches selbst wiederum stark klimawirksam ist. (IPCC 2007, 53; Randall et al. 2007, 640-643; Voss 2010, 19)

Aus naturwissenschaftlicher Perspektive ist somit die Tatsache, dass der Klimawandel stattfindet und größtenteils anthropogen verursacht wird, gesichert. Die Prognosen weisen darauf hin, dass einige Bevölkerungsgruppen bzw. Gesellschaften und generell zukünftige Generationen

⁵ Der Albedo-Effekt beschreibt, wie die Erdoberfläche – und dabei vor allem die Schnee- und Eisflächen – Strahlung reflektiert und dadurch die Aufnahme von Wärmeenergie verringert. Durch den Rückgang der Schnee- und Eisflächen aufgrund der globalen Erwärmung kommt es zu einer Verringerung dieses Effekts. Es wird weniger Wärmestrahlung von der Oberfläche reflektiert und damit mehr Wärme in der Atmosphäre behalten, welche wiederum die globale Erwärmung weiter verstärkt. Somit liegt hier eine positive Rückkopplungsschleife, also ein sich selbst verstärkender Prozess vor.

besonders stark betroffen sein werden. Neben ethischen Überlegungen sind es auch die erwarteten Kosten, welche – soweit abschätzbar – den Schluss zulassen, dass Aufwände zur Vermeidung des Klimawandels eine lohnende Investition für die menschliche Zukunft darstellen.

Treibhausgasemissionen in Österreich

Bei Betrachtung der THG-Emissionen auf nationaler Ebene können durch eine Aufgliederung nach Sektoren die größten Emittenten identifiziert werden. Diese sind der Sektor Industrie und produzierendes Gewerbe (29,2%), Verkehr (26,6%), Energieaufbringung (16,9%), Raumwärme und sonstiger Kleinverbrauch (13,5 %) sowie Landwirtschaft (8,9%). Diesen Sektoren können zusammen 95,0% der Treibhausgas-Emissionen zugeordnet werden.

Tabelle 4: Sektorale Emissionen, Abweichungen und Zielwerte für 2008–2012 entsprechend der Klimastrategie 2007 (Umweltbundesamt 2012, 24; eigene Berechnungen)

Werte in Mio. t CO₂-Äq, Anteile der Sektoren in Spaltenprozent; Werte gerundet				
Sektor ⁶	1990	2009	2010	Anteile der Sektoren an Gesamtemissionen in 2010
Raumwärme und sonst. Kleinverbrauch (CO ₂ + N ₂ O + CH ₄)	14,4	10,3	11,4	13,5%
Energieaufbringung (Strom- und Wärmeerzeugung, Raffinerien; CO ₂ + N ₂ O + CH ₄)	13,8	12,9	14,3	16,9%
davon im Emissionshandel (EU-ETS)		10,7	12,1	
davon nicht im Emissionshandel		2,2	2,2	
Abfallwirtschaft (CO ₂ + N ₂ O + CH ₄)	3,6	1,9	1,8	2,1%
Verkehr (CO ₂ + N ₂ O + CH ₄)	14,1	21,9	22,5	26,6%
Industrie und produzierendes Gewerbe (CO ₂ + N ₂ O + CH ₄ ; inkl. Prozesse, ohne Strombezug)	21,3	22,9	24,7	29,2%
davon im Emissionshandel (EU-ETS)		16,7	18,8	
davon nicht im Emissionshandel		6,3	5,9	
Fluorierte Gase (H-FKW, P-FKW, SF ₆)	1,6	1,4	1,6	1,9%
Sonstige CO ₂ -, CH ₄ - und N ₂ O-Emissionen (v. a. Lösemittleinsatz und andere Produktverwendung)	0,8	0,8	0,8	0,9%
Landwirtschaft (N ₂ O+CH ₄)	8,6	7,6	7,5	8,9%
Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft				0,0%
Rundungsdifferenz	0,0	-0,1	0,1	
Summe Emissionen	78,2	79,7	84,6	100,0%
Summe Emissionshandel-Betriebe		27,4	30,9	

⁶ Für die Einteilung nach und Zuordnung zu Sektoren siehe Umweltbundesamt (2012)

Im für die vorliegende Arbeit relevanten Sektor Energieaufbringung stiegen die THG-Emissionen im Zeitraum 1990 bis 2010 um 0,5 Mio. tCO_{2-Aq} (+ 3,3%). Die wichtigsten Emittenten in diesem Sektor sind die öffentliche Strom- und Wärmeproduktion – wozu auch die hier betrachteten Unternehmen zählen – und die Raffinerie Schwechat. Die treibende Kraft für den verzeichneten Anstieg ist der inländische Stromverbrauch (2010 um rund 44% höher als 1990). Die CO₂-Emissionen aus der Raffinerie Schwechat stiegen im Zeitraum 1990 bis 2010 um rund 14 %. Eine institutionelle Maßnahme in diesem Sektor ist der Emissionshandel (im EU-ETS⁷), da durch die nationalen Zuteilungspläne der einzelnen Mitgliedstaaten die Emissionsobergrenze vorgegeben ist. Zu den weiteren Maßnahmen zählen die Umsetzung des Ökostromgesetzes sowie zahlreiche betriebliche Förderprogramme, welche zu einer Reduktion der THG-Emissionen führten. (Umweltbundesamt 2012, 25ff.)

2.2.2 Klimapolitik auf globaler, europäischer und nationaler Ebene

Internationale Abkommen und das Kyoto-Protokoll

Auf Ebene der internationalen Politik sind die UNO-Klimarahmenkonvention (UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change) und das durch sie hervorgebrachte Kyoto-Protokoll zentrale politische Institutionen im Umgang mit dem Klimawandel, wobei die bisherigen Ergebnisse und Vereinbarungen als Beginn einer internationalen politischen Lösung für ein langfristiges globales Umweltproblem zu sehen sind. Das 1997 beschlossene Kyoto-Protokoll ist die erste völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung mit dem Ziel einer globalen THG-Emissionsreduktion. Diese soll einer Gesamtreduktion um 5% im Vergleich zu 1990 entsprechen. Um dies zu erreichen wurden verschiedene nationale Reduktionsziele festgesetzt. Auch regte das Kyoto-Protokoll eine Vielzahl an nationalen Politikmaßnahmen an und führte zur Schaffung von Märkten für Emissionsrechte sowie zu neuen Institutionen. (Gupta et al. 2007, 748; Kyoto Protokoll, 4)

Doch muss das bisher politisch Erreichte kritisch hinterfragt werden. So merken beispielsweise Gupta et al. (2007, 748) im Bericht der Working Group III des IPCC an: „The Kyoto Protocol is currently constrained by the modest emission limits. It would be more effective if the first commitment period is followed-up by measures to achieve deeper reductions and the implementation of policy instruments covering a higher share of global emissions.“ Das Feld an weiterer Kritik ist groß, exemplarisch soll hier jene von Lohmann (2010, 134ff.) dargestellt werden. Er führt zunächst offensichtliche Probleme wie die fehlende Teilnahme der USA, die

⁷ EU-ETS (The EU Emissions Trading System) ist ein zentrales Instrument der europäischen Klimapolitik. Basierend auf Obergrenzen für die THG-Emissionen werden THG-Emissionszertifikate vergeben. Diese werden Unternehmen zugeteilt oder von diesen gekauft, zudem können Unternehmen untereinander damit Handel treiben. Ziel ist es, dadurch eine Reduktion der THG-Emissionen mit möglichst niedrigen volkswirtschaftlichen Kosten zu erreichen.

Ausnahme von Reduktionszielen für China und Indien sowie Trittbrettfahrerproblematiken an. Die tiefergehenden Probleme sieht Lohmann jedoch im dominanten Politikinstrument im Umgang mit dem Klimawandel: dem marktbasieren Emissionsrechtehandel. Die aus der neoklassischen Ökonomie stammende Überlegung zu diesem ist, Eigentumsrechte für klimawirksame Emissionen zu vergeben und diese zu vereinheitlichen, um sie handelbar bzw. tauschbar zu machen. In diesem Rahmen werden nachfolgend beschriebene Instrumente eingesetzt.

Bei *Cap and Trade* ist der Gesamtausstoß innerhalb festgelegter Grenzen gedeckelt und die Marktteilnehmer können die ihnen zugeteilten Rechte auf Emissionen untereinander handeln. Für dieses System spricht, dass dadurch externe Kosten internalisiert werden und dass es – im Vergleich zu anderen Maßnahmen – politisch leichter umsetzbar ist. Im Zeitverlauf besteht die politische Möglichkeit, die Emissionsgrenzen so weit zu senken, dass die Kosten für den Ausstoß von THG hoch genug sind, um den gewünschten Reduktions-Effekt bei den THG-Emissionen zu bewirken. Historisch betrachtet ist Emissionshandel für sich jedoch bei weitem kein Instrument für wirksamen Umweltschutz.⁸ Bei dieser Art von Programm bzw. Regulierung treten zudem mehrere Probleme auf. Zunächst wird das Ziel einer effektiven Bekämpfung des Klimawandels dadurch kaum erreicht werden, da kein Anreiz für technologischen und sozialen Wandel besteht, sondern ganz im Gegenteil eher vorhandene Strukturen gestützt werden.⁹ Emissionshandelsysteme begünstigen außerdem die Verschmutzer. So wurde im EU-ETS (EU Emissions Trading System) ein Großteil der CO₂-Emissionszertifikate gratis an die größten Emittenten vergeben, welche daraus Profite schlagen können, die großteils wiederum in von fossilen Energieträgern abhängige Technologien investiert werden. Innerhalb des EU-ETS sind die Emissionsgrenzen gegenwärtig unpassend und die Preise für CO₂-Emissionszertifikate zu niedrig, um einen strukturellen Wandel herbeizuführen. Dazu kommt, dass Emissionsrechte vom EU-Ausland in das System kamen, wodurch die effektive Begrenzung noch lockerer wurde. Darüber hinaus sind Zertifikate langfristig gültig und können von Marktteilnehmern gehalten werden, wodurch ein struktureller Wandel noch weiter verzögert wird. Die Erreichung eines höheren Preises hätte theoretisch eine (stärkere) Wirksamkeit auf die Emissionen, könnte jedoch dazu führen, dass Unternehmen und letztendlich ganze Staaten an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Ein dazwischen liegender „optimaler Preisbereich“ muss jedoch nicht zwangsläufig existieren. Zuletzt führen die

⁸ So wurde in den USA ein Handelssystem für SO₂-Emissionen eingeführt, Deutschland war gleichzeitig in der Lage, diese Emissionen bei Kraftwerken ohne den Einsatz eines Handelssystems deutlich stärker zu senken. Als anderes Beispiel gilt das Verbot von umweltschädlichen Substanzen, welches einfacher und kostengünstiger als dafür vorgesehene Marktsysteme eingeführt werden kann. (Lohmann 2010, 139)

⁹ So kann zum Beispiel der Betrieb von kohlenstoffintensiven Kraftwerken durch Cap and Trade langfristig mehr Attraktivität erhalten, da ein struktureller Wandel (und damit Schließung der Kraftwerke vor Ende der Nutzungsdauer) weniger notwendig ist. (Lohmann 2010, 136)

Handelssysteme zur Entwicklung einer unüberschaubaren Materie an Zahlen und Abkürzungen, welche im Finanzmarkt-Jargon ausgetauscht werden und sich damit zu einer intransparenten und (über)-komplexen Materie entwickeln. (Gilbertson et al. 2009; Lohmann 2010, 136ff.; weiterführende Kritik am EU-ETS bei Spash 2010, 173ff.)

Im Kyoto-Protokoll sind drei Artikel zur Erhöhung der Flexibilität in der Zielerreichung enthalten, welche die Möglichkeit einräumen, eingesparte THG-Emissionen innerhalb festgelegter Regionen zu handeln. Diese werden unter dem Begriff *Carbon Offset* subsummiert. Emissionseinsparungen können durch Joint Implementation (JI) oder Clean Development Mechanism (CDM) erreicht werden, wobei sich erstere auf Maßnahmen innerhalb der Annex I Länder (dies sind die meisten Industrienationen), letztere auf Maßnahmen in den Nicht-Annex I Ländern beziehen.¹⁰ Insbesondere Investitionen in emissionsmindernde Projekte in Form von CDM haben seit 2001 rasch an Volumen gewonnen. (Gupta et al. 2007, 748 & 778) Die daraus über CERs (Certified Emission Reduction) gehandelte Menge an eingesparten CO₂-Äq lag 2011 bei 263 Mt (Megatonnen), das sich ergebende Marktvolumen lag im selben Jahr bei 2.980 Mio. USD. (Weltbank 2012, 49)

Die so eingesparten und weitergehandelten THG-Emissionen können mit anderswo auftretenden Emissionen „gegengerechnet“ werden, was auf dem Papier zu einer Neutralisierung der Gesamtemissionen führt. Somit wird durch Carbon Offset der Handlungs-Druck, welcher durch die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern im industrialisierten globalen Norden besteht, eher gemindert. Der hier entstandene Markt für CERs setzt zudem für Unternehmen einen Anreiz, sich auf oft einfache Maßnahmen zu konzentrieren, wie z.B. die Verhinderung des Ausstoßes von stark treibhauswirksamen Gasen (z.B. HFC-23 oder Methan). Werden hier Emissionsreduktionen erzielt, kann dies als große Menge an CO₂-Äq-Einsparungen weiterverkauft werden. Es kann argumentiert werden, dass nachdem diese „Low-Hanging-Fruits“ gepickt wurden, schwierigere, teurere und nützlichere Projekte zur Gewinnung von CO₂-Zertifikaten umgesetzt werden. Allerdings entsteht (1) bis dahin eine zeitliche Verzögerung und (2) entspricht das Argument nicht der Handlungslogik der Akteure auf dem Zertifikatemarkt, da diese den grundlegenden Anreiz haben, möglichst billig Emissionsrechte zu generieren, um diese mit möglichst viel Profit zu verkaufen anstatt einen gemeinsamen Weg hin zu einem nicht von fossilen Energieträgern abhängigen Wirtschaften zu beschreiten. (Lohmann 2010, 142ff.)

Die im Rahmen der CDM vollzogenen Projekte führen oftmals nicht dazu, im globalen Süden eine ökologischere Entwicklung voranzutreiben. Im Gegenteil, es werden mitunter vorhandene (klimaschädliche) Anlagen umgerüstet oder erweitert und damit die kohlenstoffintensive

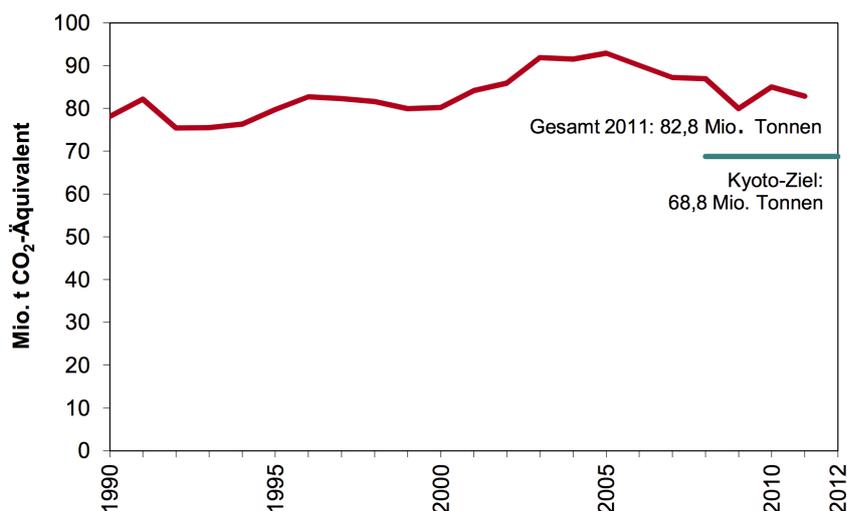
¹⁰ Eine Übersicht über die Staaten in Annex I laut Kyoto Protokoll findet sich im Anhang.

Industrie unterstützt. Dieser Mechanismus scheint somit ebenso wie Cap and Trade ungeeignet, um strukturelle Veränderung herbeizuführen. (ebd.)

Europäische und nationale Klimapolitik

Im Kyoto-Protokoll wurde für die EU eine THG-Emissionsreduktion von 8%, relativ zu den Emissionen im Kyoto-Basisjahr 1990 und mit Erreichung im Zeitraum 2008-2012 vereinbart. Dabei sieht die EU-interne Lastenaufteilung vor, dass Österreich eine Reduktion im Ausmaß von 13% zu erreichen hat. Dazu wurde seitens der nationalen Politik 2002 die „Strategie Österreichs zur Erreichung des Kyoto-Ziels“ erarbeitet, welche im Jahr 2006 überarbeitet und 2007 vom Ministerrat beschlossen wurde. Diese enthält eine Reihe an konkreten Maßnahmen für die innerösterreichische Klimapolitik. Als weitere politische Maßnahme wurde 2011 das Klimaschutzgesetz (BGBl. I Nr. 106/2011) verabschiedet, welches die Klimastrategie juristisch verbindlicher festhält und indikative Zielwerte für die Höchstmengen an THG-Emissionen nach Sektoren enthält. (Umweltbundesamt 2012, 17)

Abbildung 2: Verlauf der österreichischen THG-Emissionen und Kyoto-Ziel (Umweltbundesamt 2013a, 19)



Die Entwicklung der Treibhausgas-Emissionen in Österreich zeigt zwar einen Rückgang während der Rezession 2009, aufgrund der wirtschaftlichen Erholung stiegen die Emissionen im Folgejahr 2010 jedoch wieder an. Wie in Abbildung 2 ersichtlich ist, liegen die tatsächlichen THG-Emissionen in Österreich über dem Kyoto-Ziel, welches in der ersten Verpflichtungsperiode (2008-2012) nicht alleine durch inländische Reduktionen und die getroffenen politischen Maßnahmen erreicht werden konnte. Zur Schließung der sich so ergebenden Lücke bzw. zur Einhaltung der Kyoto-Verpflichtung wurden daher von Österreich Emissionsreduktionseinheiten angekauft, wodurch der Staat seinen unionsrechtlichen und völkerrechtlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Kyoto-Zielen nachkommt. (Umweltbundesamt 2013a, 22)

Für den Zeitraum nach der ersten Kyoto Verpflichtungsperiode ist aus politischer Sicht vor allem das von der EU gesetzte, verbindliche Ziel, bis zum Jahr 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen

um 20 % im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, relevant. „Der Anteil der erneuerbaren Energiequellen am Bruttoendenergieverbrauch ist bis 2020 auf 20% zu steigern. Ferner ist vorgesehen, die Energieeffizienz um 20% im Vergleich zu einem business-as-usual-Szenario zu erhöhen. [...] Für Quellen außerhalb des Emissionshandels (z. B. Verkehr, Raumwärme, Landwirtschaft) sieht das Klima- und Energiepaket der EU im Rahmen des 20%-THG-Reduktionsziels eine Verringerung der Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 10% im Vergleich zu 2005 vor. Diese Verpflichtung wurde auf die Mitgliedstaaten entsprechend ihres Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts aufgeteilt. Österreich hat demnach die Treibhausgas-Emissionen der nicht vom Emissionshandel erfassten Quellen von 2005 bis 2020 um 16 % zu reduzieren (Effort-Sharing-Entscheidung, Nr. 406/2009/EG).“ (Umweltbundesamt 2012, 54)

Für die Prognose der weiteren Entwicklung der THG-Emissionen in Österreich und damit auch für die Einschätzung, ob diese Vorgaben erfüllt werden können, bestehen zwei Szenarien. Dabei berücksichtigt ein Szenario nur bestehende klimapolitische Maßnahmen, das zweite Szenario hingegen auch zusätzliche Maßnahmen. Das Ergebnis der so modellierten Entwicklung der THG-Emissionen zeigt für das erste Szenario (nur „mit *bestehenden* Maßnahmen“) eine Abnahme von 9,5%. Dies würde eine deutliche Verfehlung des österreichische Effort-Sharing-Ziels um minus 16% bedeuten. Im zweiten Szenario „mit *zusätzlichen* Maßnahmen“ wird dieses Ziel hingegen erreicht. Daraus geht hervor, dass nur durch zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen die Erreichung der EU-Ziele möglich ist. (ebd., 54ff.)

Instrumente und Maßnahmen der europäischen und nationalen Klimapolitik

Auf nationaler Ebene steht eine Vielzahl an politischen Instrumenten zur Verfügung, um Anreize für Emissionsminderungen zu schaffen. (Gupta et al. 2007, 751ff.) Diese weisen dabei meist sowohl Vor- und Nachteile bezüglich der Kriterien Umweltwirksamkeit, Kosteneffizienz, Verteilungseffekte einschließlich Gerechtigkeit und institutioneller Machbarkeit auf. Dabei steht weder fest, welches dieser Kriterien am Bedeutendsten für die Bewertung ist, noch, dass nicht weitere Aspekte für eine Beurteilung des Politikinstrumentes wichtig sind.

Zu diesen Instrumenten zählen (ebd., 753ff.):

- Regulierungen und Standards
- Steuern und Gebühren
- Handelbare Zertifikate für das Recht auf THG-Emissionen
- Finanzielle Anreize (Subventionen und Steuergutschriften)
- Freiwillige Vereinbarungen zwischen Industrie und Regierungen
- Informationsmaßnahmen
- Forschung, Entwicklung und Demonstration

- Einbeziehung von Klimapolitik in andere Politikfelder: wie den Umgang mit Armut, Landnutzung, Energieversorgung und -sicherheit, internationaler Handel, Luftverschmutzung, Strukturreformen, Bevölkerungspolitik, politische Instrumente mit Einfluss auf Konsumniveau (und damit auf den Verbrauch natürlicher Ressourcen)

Dies stellt somit den politischen Handlungsraum dar. Die Instrumente der internationalen Klimapolitik – Cap and Trade und Carbon Offsets – wurden weiter oben bereits behandelt.

Ein Überblick über die Maßnahmenblöcke der österreichischen Klimapolitik ist in Tabelle 5 dargestellt. (Detailmaßnahmen und Erläuterungen siehe Lebensministerium 2007)

Tabelle 5: Maßnahmen der österreichischen Klimapolitik (Lebensministerium 2007, 70ff.)	
Maßnahmen im Bereich Raumwärme, Kleinverbrauch und Energiebereitstellung	Maßnahmen im Bereich Verkehr
<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Steigerung der Gesamtenergieeffizienz im Gebäudebestand und des Umstiegs auf erneuerbare Energie und effiziente Fernwärme • Anhebung der energetischen Standards im Gebäudeneubau und verstärkter Einsatz erneuerbarer Energie und effizienter Fernwärme • Einbeziehung von Energieeffizienz in Raumplanung • Nationale Energieeffizienz-Offensive • Forcierung erneuerbarer Energieträger in der Wärmeversorgung • Rasche und ambitionierte Umsetzung der KWK-RL • Fortführung der Ökostromförderung • Energieeffizienz und erneuerbare Energieverwendung in der Industrie • Klima- und Energiefonds 	<ul style="list-style-type: none"> • Forcierung umweltfreundlicher und verbrauchssparender Antriebstechnologien (CMG26, Hybrid-konzepte, Brennstoffzelle, Wasserstoff, etc.) • Forcierung von Biokraftstoffen • Mobilitätsmanagement – Beratungs- und Förderprogramme • Spritsparinitiative • Bewusstseinsbildungsmaßnahmen • Förderung des Rad- und Fußgängerverkehrs • Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen an Klimaschutzziele • Erhöhung der Effizienz und Verlagerung auf energieeffiziente Fahrzeuge und Transportsysteme sowie verstärkte Anwendung von Telematiksystemen • Verbesserungen im Güterverkehr • Attraktivierung und Ausbau des öffentlichen Verkehrs • Setzen Ökonomische Anreize • Anpassung von Raum- und Regionalplanung • Flugverkehr: z.B. Verstärkte Anstrengungen zur Reduktion bzw. Limitierung der Treibhausgasemissionen aus dem Flugverkehr durch Integration in den EU- Emissionshandel

2.2.3 Gesellschaft und Klimadiskurs

Für die in der vorliegenden Arbeit behandelte Fragestellung bilden die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse einen Rahmen, der einerseits die Thematik des Klimawandels quantifizierbar

macht, andererseits dessen Bedeutung für die Gesellschaft aufgrund der weitreichenden Auswirkungen verdeutlicht. Der Klimawandel wurde dabei als mess- und rekonstruierbares Phänomen betrachtet. Gleichzeitig ist er jedoch auch ein durch soziale Systeme und Akteure hergestelltes Faktum, somit eine soziale Konstruktion. In der klassischen Soziologie wurde das Klima nicht thematisiert, es stellte lediglich einen Teil des Hintergrunds dar, welcher unproblematisch vorausgesetzt werden konnte. Diese Betrachtung scheint jedoch aufgrund des anthropogenen Klimawandels als nicht mehr zeitgemäß. Eine klare Unterscheidung von sinnfremder Natur und sinnhafter Gesellschaft würde wesentliche Zusammenhänge zwischen diesen vernachlässigen. Die Interaktion des Menschen mit seiner natürlichen Umwelt rückt somit in den Vordergrund, insofern, dass bewusstes menschliches Handeln Nebenwirkungen auf diese Umwelt hat. Gleichzeitig wirkt diese durch ihre Veränderung auf die Menschen ein und zeigt deren Anfälligkeit auf Änderungen in ihrer natürlichen Grundlage auf. (Reusswig 2010, 75f.)

In der gesellschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema Klima(wandel) wird von Reusswig (2010, 80ff.) eine Wandlung vom Katastrophen- zum Gestaltungsdiskurs festgestellt. Dabei werden unter Klimadiskurs themenbezogene Redeäußerungen, Texte und Aussagengeflechte, welche in Kontexte eingebettet sind und unter Beteiligung spezifischer Akteure stattfinden, verstanden. Diese beteiligten Akteure verfolgen dabei das Ziel, die Rahmenbedingungen oder andere Akteure dahingehend zu beeinflussen, dass ihre eigenen Interessen und Deutungen eine höhere Legitimität erreichen. Reusswig unterstellt einen Wandel von einem Katastrophen- zu einem Gestaltungsdiskurs seit ca. 2006/2007, wobei der Rahmen des Klimadiskurses sich vom Wissens- zum Entscheidungsproblem hin veränderte. Voraussetzung dafür war die im Vierten Sachstandsbericht des IPCC (2007) erfolgte diskursive Schließung der Ursachenfrage. Nunmehr liegt der Fokus auf Entscheidungs- und Handlungsfragen. Die sich ergebenden Kernfragen sind somit sozialwissenschaftlich besser bearbeitbar (Was ist gefährlicher Klimawandel? Wie kann eine kosteneffiziente und gerechte Stabilisierung des Klimasystems erreicht werden? Wer muss wann was zahlen?) und der Risikofokus liegt nun statt auf Impaktrisiken bei den Handlungsrisiken. Die Hauptakteure im Gestaltungsdiskurs zum Klimawandel sind die Wissenschaften (transdisziplinär), die Politik, die Umweltbewegung, die kritische Öffentlichkeit, Massenmedien und Teile des Unternehmenssektors, zu denen die in der vorliegenden Arbeit betrachteten EVU zählen. Die Hauptkonflikte des neuen Diskurses sind: „Gewinner versus Verlierer“, „Kosten-Nutzen-Analyse versus Portfoliomanagement“, „Optimaler Mix aus Mitigation¹¹ /Anpassung“ und „Explizite Wertkonflikte“. (Reusswig 2010, 87f.)

¹¹ Der Begriff „Mitigation“ umfasst alle Maßnahmen, welche das Ziel einer Milderung des Klimawandels verfolgen.

Bei der Bearbeitung der vorliegenden Forschungsfrage wird dieser beschriebene Wandel im Klimadiskurs mitberücksichtigt. Der neoinstitutionalistischen Organisationstheorie folgend wird angenommen, dass gesellschaftliche Erwartungen in Form von Institutionen tief in Organisationen hineinwirken. Es wird davon ausgegangen, dass der beschriebene Diskurswandel zur Bildung neuer Institutionen führte, wie etwa einer Norm die THG-Emissionen nach Möglichkeit zu reduzieren bzw. gering zu halten. Dieser Aspekt wird im Abschnitt 5.2 im Zusammenhang mit den gewonnenen Ergebnissen verdeutlicht werden.

2.3 Energiearmut

Nachhaltige Entwicklung als normatives Leitbild der Gesellschaft impliziert Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen und damit die Übernahme von Verantwortung für diese. Darauf beruht die Begründung der Notwendigkeit von Klimaschutz. Sie impliziert jedoch auch die Herstellung von Gerechtigkeit für die heute lebenden Menschen. Energiearmut, welche aus einer Ungleichverteilung von Ressourcen innerhalb der Gesellschaft resultiert, kann in diesem Lichte als eine Herausforderung der unmittelbaren Gegenwart betrachtet werden, die es auf dem Weg der nachhaltigen Entwicklung zu lösen gilt. Dabei besteht ein direkter Zusammenhang zum Klimaschutz, da für diesen eine Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Energieeffizienz von zentraler Bedeutung ist. Von Energiearmut betroffene Personen können übliche Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz – z.B. geförderte Wohnbausanierungen oder Investitionen in effiziente Elektrogeräte – oftmals nicht durchführen und somit davon nicht im gleichen Ausmaß wie andere Gruppen innerhalb der Gesellschaft profitieren. (Hills 2011, 11f.) Dabei wären insbesondere Effizienzmaßnahmen, wenn sie energiearme Haushalte erreichen, doppelt wirksam: In Form einer unmittelbaren Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation der Personen sowie durch den Beitrag, den sie zur Erhöhung der gesamtgesellschaftlichen Energieeffizienz und damit zum Klimaschutz leisten.

Energiearmut von armen oder armutsgefährdeten Personengruppen als gesellschaftliches Problem, welches auch in global betrachtet reichen Industriestaaten auftritt, wurde in den vergangenen Jahren zunehmend diskutiert und wissenschaftlich untersucht. Doch trotz dieser gestiegenen wissenschaftlichen Bearbeitung und den Bemühungen führender Nonprofit-Organisationen, auf das Thema hinzuweisen, nimmt es nach wie vor eine Randposition im öffentlichen Diskurs zu sozialen Lebenswelten ein.

Auf mögliche Definitionen des Begriffs wird in Abschnitt 2.3.2 eingegangen. Im allgemeinen gilt, dass Energiearmut mit Armut verknüpft sein kann, wobei letztere jedoch keine Bedingung für erstere darstellt. Energiearmut ist in den Industrieländern im Wesentlichen durch drei Faktoren determiniert: Niedriges Einkommen, geringe Energieineffizienz und hohe

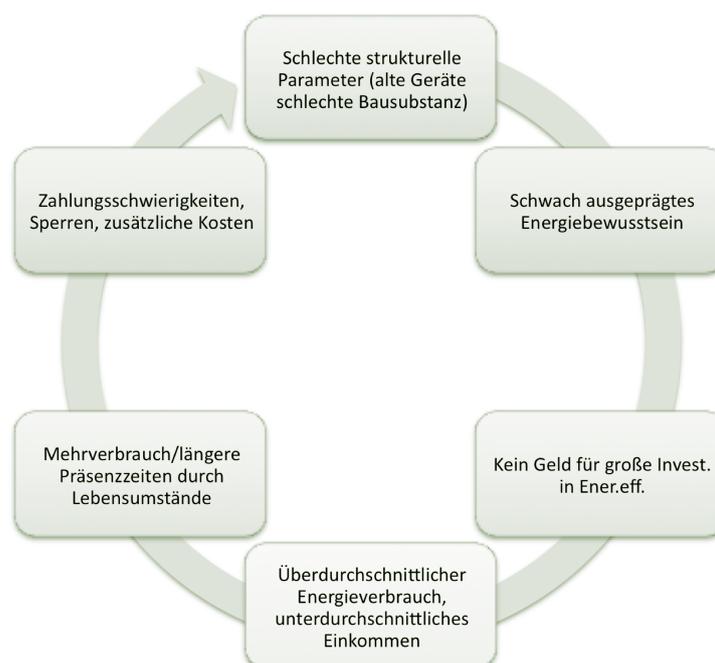
Energiepreise. (Boardman 2010) In ihrer Beschreibung der Lebens- und Wohnsituation energiearmer Haushalte in Österreich gelangen Brunner et al. (2011, 2f.) zu eben diesen bestimmenden Faktoren. Ein niedriges Haushaltseinkommen, eine großteils schlechte energetische Wohnsituation, eine Ausstattung mit überwiegend energieineffizienten Geräten sind dabei typisch. „Ein weiterer Problembereich des Wohnens unter Armutsbedingungen liegt in den hohen Energiekosten bzw. unerwarteten Nachzahlungsforderungen der Energieunternehmen, was für die betroffenen Haushalte eine Belastung darstellt. Zahlungsver säumnisse können zu Abschaltungen führen, was eine Schuldenspirale in Gang setzen kann.“ (ebd.)

Energiearmut in Haushalten impliziert unter anderem folgende typische Problemstellungen (Brunner et al. 2012; Hills 2011, 64ff.):

- Keine ausreichende Beheizung oder Beleuchtung
- Überdurchschnittlich hohe Ausgaben für die Energieversorgung
- Energieineffiziente Wohnsituation, Heizungssysteme und/oder Haushaltsgeräte
- Gesundheitsrisiken aufgrund der Wohnsituation und unzureichend temperierter Räume
- Schulden bei Energieversorgungsunternehmen
- Abschaltungen aufgrund von Zahlungsverzug bei Energierechnungen
- Einschränkungen in anderen Lebensbereichen um die Energieversorgung zu bezahlen

Aus dieser Vielzahl von Einflüssen kann sich für energiearme Haushalte dabei eine sich verstärkende Rückkopplung ausbilden. Diese ist Kopatz et al. (2010, 52) folgend in Abbildung 3 dargestellt.

Abbildung 3: Selbstverstärkungseffekte der Energiearmut (Kopatz et al. 2010, 52)



2.3.1 Formen von Energiearmut in Österreich

Auf Basis einer Analyse eines ExpertInnen-Workshops zum Thema Energiearmut, der mit Personen aus dem Energie- und Sozialbereich besetzt war, hat Schneider (2010, 51ff.) folgende vier Formen von Energiearmut herausgearbeitet:

Energiearmut als mangelnde Finanzierbarkeit der Energiekosten

Bei dieser Form liegen die Ursachen der Energiearmut in niedrigen Einkommen und steigenden Energiekosten, wobei letztere zudem einen hohen Anteil an den gesamten Haushaltsausgaben darstellen. Als typische Personengruppen werden für diese Form der Energiearmut Haushalte mit Kindern sowie Haushalte von Personen mit einer überdurchschnittlich hohen Aufenthaltsdauer im Wohnbereich identifiziert. Auch chronisch kranke Personen sind häufig von dieser Form von Energiearmut betroffen.

Energiearmut als Teilaspekt deprivierter Lebensführung

Bei der Betrachtung finanzieller Deprivation wird die Frage des Auskommens mit dem zur Verfügung stehendem Einkommen thematisiert. Das Einkommen muss für verschiedene, gegenseitig in Konkurrenz stehende Ausgaben aufgewendet werden. Aus Sicht der betroffenen Haushalte sind die Energiekosten somit nur einer von vielen finanziellen Deprivationsfaktoren. „Das Verständnis von Armut als deprivierte Lebensführung eröffnet eine weitere Dimension von Armut, die ebenso ihren prozesshaften (d.h. strukturell heterogenen) wie variablen (d.h. auf der Mikroebene der einzelnen Haushalte individuellen) Charakter betont, nämlich die zeitliche Dauer der (Einkommens-) Armut.“ (ebd., 57) Da durch Mangel an finanziellen Ressourcen die Bildung von Rücklagen nicht möglich ist, kommt insbesondere der Dauer der finanziellen Deprivation eine wichtige Rolle zu. Auch bedeuten fehlende Rücklagen hier, dass jede Zahlungsaufforderung mangels der Möglichkeit dieser nachzukommen zu einer sofortigen Überforderung der betroffenen Personen führen kann.

Energiearmut als Teilaspekt multikomplexer Lebenslagen

Bei dieser Form von Energiearmut liegen psychosoziale Problemlagen oftmals kombiniert mit weiteren Problemen vor. Hier stellt das Thema Energie also nur noch ein weiteres Problem dar, welches meist marginalisiert wird. Dadurch sinkt die Wirksamkeit von Suffizienzstrategien (Maßnahmen zur Verringerung des Energiekonsums). Psychosoziale Probleme können hier zu einer Ressourcenverlustspirale führen, welche in einer Kette von Umständen die Situation und den Zustand betroffener Personen weiter selbstverstärkend verschlechtern. (ebd. 56ff.)

Energiearmut als energieloses Leben

Diese vierte Form der Energiearmut tritt ein, wenn die Energiezufuhr durch die EVU unterbrochen wurde. Ab diesem Zeitpunkt wird für Haushalte eine „normale Lebensführung“ unmöglich. Rückstände, kumulierte Gebühren und Abschaltkosten erschweren die finanzielle Situation zusätzlich.

2.3.2 Ausmaß von Energiearmut in Österreich

Um das Ausmaß der von Energiearmut betroffenen Personen bzw. Haushalte feststellen zu können ist eine genaue und einheitliche Definition unumgänglich, was jedoch bei einer Thematik mit einer Vielzahl von Ursachen kein einfaches Unterfangen darstellt. Beim Vergleich von vier verschiedenen, in Arbeiten zum Thema Energiearmut verwendeten Definitionen stellt Mandl (2012) fest: „Je nach Definition und Länderfokus unterscheiden sich auch die Merkmale der betroffenen Haushalte, die von den AutorInnen angegeben werden. Je nachdem auf welcher politischen Einschätzung die Definitionen basieren, umfassen sie auch unterschiedliche Elemente, wodurch jeweils andere Bevölkerungsgruppen als energiearm identifiziert werden.“

Einen ersten Anhaltspunkt zur Bestimmung der Zahl energiearmer Personen in Österreich erhält man aus aktuellsten Statistiken zum Ausmaß von Armut und Armutsgefährdung, welche aus der EU-SILC Erhebung des Jahres 2011 stammen. Danach leben 1,4 Millionen Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete in Österreich, wovon 1,05 Millionen Menschen armutsgefährdet sind. Im Zeitraum von 2004 bis 2011 blieben diese Werte annähernd unverändert. (BMASK 2013, 13) Um die von Energiearmut betroffenen Personen bzw. Haushalte abzuschätzen wurde in den vergangenen Jahren weitgehend auf die selben Daten der EU-SILC-Erhebung zurückgegriffen, in der eine Frage lautet: „Können Sie sich leisten, die gesamte Wohnung angemessen warm zu halten?“ (Statistik Austria 2013, 53) Der Anteil der Personen in der Stichprobe, welche diese mit „Nein“ beantwortete, lag in den Jahren 2004 bis 2011 zwischen 2,1% und 4,0%, was auf die österreichische Gesamtbevölkerung hochgerechnet einer Zahl zwischen rund 172.000 und 333.000 Menschen entspricht. (EU-SILC 2011; Statistik Austria 2013b; eigene Berechnungen)

Die Energieregulierungsbehörde E-Control legte sich auf eine eigene Definition von Energiearmut fest, welche allerdings nur Haushalte mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle miteinschließt. (E-Control 2013b, 16) Damit wird einem wesentlichen Merkmal von Energiearmut, nämlich dass diese nicht mit Einkommensarmut einhergehen muss, nicht Rechnung getragen. Eine von der E-Control in Auftrag gegebene quantitative Erhebung gelangt zu einer statistischen Schätzung, wonach 170.000 Personen bzw. 90.000 Haushalte (2,5%) in Österreich als energiearm gelten. (E-Control 2013) Dieses Ergebnis liegt am unteren Ende der Schätzungen, die sich aus den EU-SILC-Daten ergeben, was unter

anderem von der gewählten engen Definition herrühren dürfte. Die Zahl der betroffenen Haushalte wäre bei Anwendung einer, der tatsächlichen Lebenssituation und den Problemlagen von energiearmen Personen eher gerecht werdenden Definition, wie sie z.B. Hills (2011, 110ff.) vorschlägt, wohl deutlich höher. Um zu einer besseren Einschätzung des Ausmaßes von Energiearmut in Österreich zu gelangen, bedarf es somit noch weiterer Forschungsanstrengungen.

3 UNTERNEHMEN UND NACHHALTIGKEIT

Sowohl Klimaschutz als auch Energiearmut sind Themen, welche für EVU von Bedeutung sind. Ersteres, da Energiegewinnung zu einem Großteil mit THG-Emissionen verbunden ist und die Herausforderung, diese Emissionen zu verringern, unmittelbar auf die Unternehmen einwirkt. Zweiteres, da es sich bei energiearmen Menschen, mit Ausnahme jener Gruppe, die ein energieloses Leben führt, zumeist um KundInnen von EVU handelt. EVU, als in dieser Arbeit beforschte Akteure, sind daher mit diesen beiden Nachhaltigkeitsthemen unmittelbar konfrontiert. *Wie* diese damit umgehen und *welches* Handeln *warum* getätigt wird, ist Inhalt von Kapitel 5. Nachfolgend soll zunächst eine Darstellung geeigneter theoretischer Perspektiven sowie der Stand der Forschung in Hinblick auf die untersuchte Forschungsfrage gegeben werden.

3.1 Nachhaltiges Handeln von Unternehmen aus neoinstitutionalistischer Perspektive

Als theoretische Perspektive auf den Aspekt des Zusammenspiels von Gesellschaft und Unternehmen wird in dieser Arbeit die neoinstitutionalistische Organisationstheorie herangezogen. Diese basiert im wesentlichen auf den Arbeiten von Meyer und Rowan (1977), DiMaggio und Powell (1983) sowie Zucker (1977) und versteht Organisationen als eng mit dem sie umgebenden, gesellschaftlichen Umfeld verwoben sowie als mit einem vielschichtigen und komplexen Muster an Erwartungsstrukturen konfrontiert. „Die Umwelt der Organisation generiert politischen und sozialen Druck, der die Ausgestaltung der Organisation unabhängig von Effizienzerwägungen prägt. Organisationen sind also nicht individuell und beliebig gestaltbare Mittel zum Zweck, sondern in ihrer Ausgestaltung einem erheblichen Druck zur Konformität mit gesellschaftlichen Annahmen darüber ausgesetzt, wie rationale Organisationen aufgebaut sein und welche Steuerungsinstrumente in ihnen zum Einsatz kommen sollen.“ (Walgenbach/Meyer 2008, 17) Das Organisationsverständnis basiert hier, wie in vielen anderen Organisationstheorien, auf Arbeiten von Max Weber. Für die neoinstitutionalistische Organisationstheorie ist dabei jedoch nicht so sehr der Bürokratiebegriff zentral, als viel mehr Webers Argumentationsstrang, dass Organisationen das Ergebnis eines gewaltigen Rationalisierungsprozesses sind. Dieser spielt sich auf drei Ebenen ab: (1) Rationalisierung der Weltbilder und Glaubenssysteme, (2) Rationalisierung auf Ebene der praktischen Lebensführung und (3) Rationalisierung auf Ebene der Institutionen. Es wird auch betont, dass Organisationen neben dem Versuch einer möglichst effizienten Steuerung durch eine technisch-rationale Struktur vor allem durch verschwommene Grenzen zur Umwelt gekennzeichnet sind. Dabei ist eine Durchlässigkeit der Organisation für rationalisierte institutionelle Erwartungen vorhanden, was der kulturellen und institutionellen Umwelt eine große Bedeutung zukommen lässt. (ebd.)

Im Hinblick auf Nachhaltigkeitsbemühungen von EVU und somit für die vorliegende Arbeit sind folgende Konzepte dieser theoretischen Perspektive von besonderer Relevanz:

Legitimität

Ein grundsätzliches Element der neoinstitutionalistischen Organisationstheorie ist die Legitimität. In dieser Arbeit wird für den Begriff folgende, eher weiter gefasste Definition, verwendet: „Legitimacy is a generalized perception or assumption that the actions of an entity are desirable, proper, or appropriate within some socially constructed systems of norms, values, beliefs, and definitions.“ (Suchman 1995, 574) Legitimität wird dabei als etwas verstanden, dass Organisationen zugeschrieben wird, dass also nicht im Besitz der Organisation selbst steht. Legitimität gewinnen Organisationen vor allem dadurch, dass ihnen gesellschaftliche Funktionen zugeschrieben werden. (Walgenbach/Meyer 2008, 65) So kann für EVU der erbrachte Nutzen für die Gesellschaft – eine weitgehend störungsfreie Energieversorgung zu erbringen – unmittelbar als Legitimitätsquelle nachvollzogen werden. Legitimität könnte einem Unternehmen aber auch schnell abgesprochen werden. So würde wohl jedes EVU, welches auch nur Pläne zur Errichtung eines Kernkraftwerkes in Österreich verkünden würde, unter einem massiven Legitimitätsverlust leiden. Gesellschaftliche Werte und Normen, in diesem Fall also die strikte Ablehnung von Atomkraft durch einen Großteil der österreichischen Bevölkerung¹², wirken also – in unterschiedlicher Intensität und Unmittelbarkeit – auf Unternehmen ein.

Umwelt der Unternehmen: Technische und institutionelle Dimension

In frühen Arbeiten der neoinstitutionalistischen Organisationstheorie fanden sich zwei verschiedene Konzepte zur Umwelt von Organisationen wieder. In neueren Ansätzen wird hingegen von zwei analytischen Dimensionen davon, wie Umwelt institutionell Einfluss auf Organisationen nimmt, gesprochen. (Walgenbach/Meyer 2008, 68ff.) Unter die technische Dimension fällt dabei die Bewertung von Leistungen am Markt, die Koordination und Steuerung von Organisationen mit dem Ziel einer möglichst effizienten Leistungserbringung, oder generell der Kern der unternehmerischen Tätigkeit. Die institutionelle Dimension zielt hingegen auf oben ausgeführte Thematik ab, dass Organisationen mit institutionalisierten Regeln konform gehen müssen, um Legitimität zugesprochen zu bekommen. Diese analytischen Dimensionen flossen auch in die Auswertung der erhobenen Daten über die EVU und damit in die Ergebnisse ein.

¹² Die Ablehnung der Atomkraft durch die österreichische Bevölkerung ist allgemein bekannt. Eine jüngere Untersuchung zur Untermauerung dieser Aussage stellt eine Umfrage der EU Kommission dar, welche aufzeigte, dass Österreich innerhalb der EU das Land mit den meisten Atomkraftgegnern und wenigsten Atomkraftbefürwortern (relativer Anteil an Gesamtbevölkerung) ist und dies selbst unter der hypothetischen Annahme, dass es eine dauerhafte und sichere Lösung für die Lagerung radioaktiven Abfalls gäbe. (Europäische Kommission 2008, 13)

Organisationales Feld

DiMaggio und Powell (1983, 148) definieren als organisationales Feld jene Organisationen, welche zusammengenommen einen wahrnehmbaren Bereich des institutionellen Lebens herstellen und nennen dabei bedeutsame Lieferanten, Ressourcen, KundInnen, Regulierungsbehörden, andere Organisationen mit gleichen oder ähnlichen Produkten und Dienstleistungen. In der Praxis scheint die Grenzziehung für organisationale Felder nach Merkmalen wie Branche, Unternehmensgröße, geografischer Lage udgl. sinnvoll. DiMaggio und Powell (1983) beschreiben Mechanismen und Prozesse, die zu einer Strukturangleichung zwischen Akteuren innerhalb eines organisationalen Feldes führen. Bei den untersuchten EVU zeigt sich zum Beispiel, dass in den großen EVU in Österreich ein professionelles Nachhaltigkeitsmanagement, mit eigenen Strukturen und verantwortlichen Personen existiert. Diese Organisationsstrukturen sind in allen Unternehmen in den vergangenen zehn Jahren entstanden. Aus neoinstitutionalistischer Perspektive wird dies durch den institutionellen Druck begründet, was ein Beispiel für die von DiMaggio und Powell beschriebenen Prozesse darstellt.

Entkopplung

Bereits Meyer und Rowan (1977) argumentierten, dass Organisationen Widersprüchen und Konflikten zwischen den Erwartungen der institutionellen Umwelt und den Anforderungen einer technisch effizienten Produktion ausgesetzt sind und mit diesen in Form einer Entkoppelung der formalen Struktur von den tatsächlichen Arbeitsaktivitäten umgehen. In diesem Fall können die Organisationen nach außen die Konformität mit den institutionellen Anforderungen aufzeigen, müssen dabei jedoch gleichzeitig zentrale Tätigkeiten vor externer Evaluation bewahren. Es kommt zum „Window Dressing“, worunter eine geschönte Außendarstellung, welche nicht dem tatsächlichen Handeln von Unternehmen entspricht, verstanden wird. Dieses Konzept ist jedoch umstritten, da in langfristiger Betrachtung eine Entkopplung als nicht ohne Konsequenzen für die Organisation möglich erscheint. (Walgenbach/Meyer 2008, 81f.)

In der vorliegenden Arbeit wird die Außendarstellung der EVU ebenso mitberücksichtigt, was in Relation zu den zentralen Unternehmenstätigkeiten einen Rückschluss auf eine mögliche Entkoppelung zulässt. Es soll also herausgearbeitet werden, ob die Nachhaltigkeitsagenden der EVU als „Window Dressing“ anzusehen sind oder aber eine Auswirkung der bis in die Unternehmen wirkenden und damit deren zentrale Tätigkeiten beeinflussenden Institutionen sind.

3.2 Nachhaltiges Handeln von Unternehmen

Dyllick (2003) folgend dienen fünf zentrale Aspekte der konzeptionellen Definition unternehmerischer Nachhaltigkeit:

Problemebene

Nachhaltigkeit auf Ebene der Gesellschaft, wie sie in Abschnitt 2.1 vorgestellt wurde, stellt für Dyllick ein Konzept dar, welches inhaltlich vage bleibt. „Ganz allgemein geht es um eine Verbesserung der Lebensqualität und um Zukunftssicherung in einem sehr umfassenden Sinne, unter Vermeidung nachteiliger Wirkungen im ökologischen und sozialen Bereich.“ (Dyllick 2003, 236) Unternehmen können nun ihre eigenen Nachhaltigkeitsziele und Maßnahmen zu deren Erreichung an zwei Referenzpunkten ausrichten: Den Nachhaltigkeitswirkungen der unmittelbaren Unternehmenstätigkeiten und den Nachhaltigkeitsproblemen der Gesellschaft.

Tabelle 6: Unterschiedliche Referenzpunkte unternehmerischer Nachhaltigkeit (Dyllick 2003, 237)

	Nachhaltigkeitswirkungen der Unternehmenstätigkeiten	Nachhaltigkeitsprobleme der Gesellschaft
Ziel	Optimierung unternehmerischer Öko- oder Sozioeffizienz und Öko- oder Sozioeffektivität	Beitrag zur Lösung von Nachhaltigkeitsproblemen der Gesellschaft
Ansatzpunkte für Maßnahmen	Tätigkeiten des Unternehmens und deren Nachhaltigkeitswirkungen	Nachhaltigkeitsprobleme der Gesellschaft
Maßnahmen	Primär auf Unternehmensebene (operative und strategische Maßnahmen)	Primär auf übergeordneten Ebenen

In dieser Hinsicht stellen die in der vorliegenden Masterarbeit thematisierten Schwerpunkte Themen dar, bei denen das Handeln der Energieversorgungsunternehmen an beiden Referenzpunkten gleichermaßen festgemacht werden kann. So stellt Klimaschutz ein klares Nachhaltigkeitsproblem der Gesellschaft dar, welches jedoch über die eingesetzte Technologie unmittelbar mit der Tätigkeit von EVU zusammenhängt. Ebenso ist Energiearmut ein Nachhaltigkeitsproblem auf Ebene der Gesellschaft, welches dabei gleichzeitig im unmittelbaren Einflussbereich von EVU steht.

Zielbereiche

Die von Unternehmen getroffenen Nachhaltigkeitsmaßnahmen hängen bedeutend von der Auswirkung der unternehmerischen Tätigkeit auf Wirtschaft, Natur und Gesellschaft ab. Ist durch die ausgeübte Tätigkeit eine Belastung vorhanden, dann werden Unternehmen im Rahmen eigener Nachhaltigkeitsbemühungen bestrebt sein, diese zu reduzieren. Unternehmenstätigkeiten die hingegen eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung fördern, werden hingegen forciert werden. Dies ist bei EVU im Zusammenhang mit eingesetzten Technologien omnipräsent. Hier besteht im Konnex mit THG-intensiven Technologien aus Nachhaltigkeitsperspektive ein Druck zur Einsatzreduktion sowie zu einer Effizienzsteigerung. Der Ausbau von THG-armen oder THG-freien Technologien wird hingegen als zentrale Maßnahme für eine klimaschonendere Energiegewinnung forciert.

Handlungsgründe

Im Hinblick auf Handlungsgründe von Unternehmen identifiziert Dyllick (2003, 239f.) einerseits politisch-ethische Gründe, in Form von unternehmerischer Verantwortung und eines aufgeklärten Selbstverständnisses, andererseits strategische Gründe, bei denen Wirtschaftlichkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Image und Reputation im Vordergrund stehen. Insbesondere drei wettbewerbsstrategische Gründe treten hervor: (1) Die langfristige Absicherung des Unternehmenserfolgs angesichts vorhandener Unsicherheiten. (2) Die Vermeidung von Konflikten mit Anspruchsgruppen, um die Akzeptanz und Legitimität zu erhalten. (3) Das Erkennen und Ausnützen von Differenzierungs- und Marktpotenzialen, worunter das Binden von bestehenden und der Gewinn von neuen KundInnen fällt, wozu aber auch ganz allgemein Innovation und Zukunftssicherung zählen.

Politisch-ethische und strategische Gründe sind in der Praxis oft eng miteinander verzahnt, weshalb eine Suche nach monokausalen Abläufen bzw. Entweder-Oder-Schemata hier nicht angebracht ist und zu reduktionistisch wirken würde. (ebd.) In Kapitel 5 wird dieser Ansicht Rechnung getragen.

Handlungsebenen

Nachhaltiges Handeln von Unternehmen kann auf mehreren Handlungsebenen mit verschiedenen Zielgrößen erfolgen. Die erste Ebene ist im operativen Bereich angesiedelt und von Prozessen geprägt, wobei Prozesseffizienz als Zielgröße dient. Als Beispiel für Maßnahmen dieser Ebene können bei EVU Effizienzmaßnahmen bei der Energiegewinnung und -übertragung genannt werden. Die nächste Ebene liegt in der Organisation, wobei hier die Betriebseffizienz die Zielgröße darstellt. Managementsysteme sind ein Beispiel für gestaltende und steuernde Maßnahmen auf dieser Ebene. Die dritte Ebene liegt in der Optimierung der Produkte und Leistungen, wobei hier die Effizienz entlang des gesamten Produktlebenszyklus als Zielgröße dient. Dies kann im Bereich der Energieversorgung in Form von Überlegungen zu verwendeten Primärenergieträgern und deren Verwendung geschehen¹³, oder aber auch in Überlegungen dahingehend, dass bei einer dezentralen Energieversorgung mittels erneuerbarer Energien der Verbrauch möglichst nah an die Erzeugung herangeführt werden soll. Auf der vierten Ebene wird der Funktionsverbund thematisiert, also die Funktion für den Anwender oder die Anwenderin. Im Energiebereich liegen typische anwendungsseitige Funktionen in der Temperierung von Räumen (Raumheizung und Klimaanlage), dem Betrieb von Standmotoren (dazu zählen diverse Maschinen in Industrie und im produzierenden Gewerbe ebenso wie Waschmaschinen und Kühlgeräte udgl.), dem Betrieb von Industrieöfen, der Dampferzeugung, der Beleuchtung, der

¹³ So ist z.B. eine Wohnraumheizung mit Erdgas wesentlich effizienter und weniger primärenergieintensiv als eine elektrische Heizung, welche mit in einem Gas-Kraftwerk erzeugten Strom betrieben wird.

EDV und der Traktion. Nachhaltigkeitsaspekte auf dieser Ebene konzentrieren sich auf die Frage, wie diese Funktionen möglichst energieeffizient erfüllt werden können.

Handlungsfelder in Unternehmen

Für Unternehmen beschreibt Dyllick (2003, 241) verschiedenen Handlungsfelder:

Im *Handlungsfeld Produktion* stehen die Herstellungsprozesse und der Betrieb im Vordergrund. Hier spielt die eingesetzte Technologie und deren Auswirkungen eine bestimmende Rolle. Im Rahmen von EVU stehen hierbei sowohl Effizienzverbesserungen als auch eine Verminderung der THG-Emissionen durch den Einsatz anderer Technologien als Möglichkeiten für nachhaltiges Handeln zur Verfügung. Auch die Auswirkungen auf das soziale Umfeld des Unternehmens spielen hier eine Rolle.

Im *Handlungsfeld Produkte* stehen Leistungen des Unternehmens in Form von Produkten und Dienstleistungen im Mittelpunkt. Im Hinblick auf EVU können hier vor allem Vermarktungsstrategien sowie die zugekaufte Energiemenge und deren ökologische Konsequenzen betrachtet werden. Im weiteren Sinne fällt in diesen Bereich aber auch der Umgang mit von Energiearmut betroffenen Kundengruppen als ein Aspekt der verkauften Dienstleistung Energie.

Im *Handlungsfeld Organisation* sind vorwiegende Organisations- und Führungsmaßnahmen für Nachhaltigkeit im Unternehmen Ausgangspunkt der Betrachtung. In den EVU können dazu die eingesetzten Managementsysteme betrachtet werden, welche von diversen Umweltmanagementsystemen (ISO 14001) bis zum System der Global Reporting Standards reichen können.

3.3 Klimaschutz durch Unternehmen

3.3.1 Ausgangspunkt Umweltschutz

Zur Beantwortung der Frage wie Unternehmen im Hinblick auf Klimaschutz handeln, wird zunächst vom breiteren Begriff des Umweltschutzes ausgegangen. Für diesen ist eine große Fülle an Literatur vorhanden, in der auch die Frage nach den Gründen, welche Unternehmen zu Umweltschutzmaßnahmen veranlassen, bearbeitet wird. Einen strukturierten Überblick darüber geben González-Benito/González-Benito (2006) in ihrer umfassenden Literaturanalyse, welche hier dargestellt wird. Sie unterteilten dabei zunächst die beschriebenen, von Unternehmen ausgeführten Praktiken in drei Kategorien:

- „Planning and organizational practices“: Darunter wird vor allem das Vorhandensein von Umweltmanagementsystemen in Unternehmen verstanden, da diese Mechanismen für die Entwicklung umweltbezogener Maßnahmen in Unternehmen vorgeben können.
- „Operational Practices“: Diese haben unmittelbaren Bezug zur betrieblichen Sphäre und können weiter in produkt- und prozessorientierte Praktiken eingeordnet werden.
- „Communicational practices“: Bei diesen Praktiken handelt es sich insbesondere um kommunikationsbezogene Maßnahmen. So können gestiegene Anforderungen an die Transparenz von Unternehmen Grund dafür sein, dass diese über ihre Umweltauswirkungen Bericht erstatten.

Die durch vorangegangene Forschungsarbeiten herausgearbeiteten Einflussfaktoren auf Umweltschutz durch Unternehmen können in drei Gruppen gegliedert werden (ebd.): die Unternehmenseigenschaften („company features“), den Druck durch Anspruchsgruppen („stakeholder pressure“) und externe Faktoren („external factors“).

Für die **Unternehmensgröße** als Einflussgröße auf das umweltwirksame unternehmerische Handeln werden folgende Argumente ins Treffen geführt: (1) Größere Unternehmen verfügen über mehr Ressourcen die sie dem Umweltmanagement zukommen lassen können. (2) Sie stehen unter stärkerem wirtschaftlichen und sozialen Druck und sind häufiger im Fokus von öffentlichen Organisationen und Umwelt-NGOs. (3) Außerdem haben sie eher die Möglichkeit, Basisinvestitionen in Umweltschutz (Zertifizierungen, Technologien, spezialisierte MitarbeiterInnen) durchzuführen. (4) Als letzter Grund für diese Aussage wurde herausgearbeitet, dass das Umwelthandeln großer Unternehmen eine Vielzahl an Menschen betreffen kann.

Internationalisierung wird ebenso als Faktor für das Umweltverhalten von Unternehmen gesehen, wobei davon ausgegangen wird, dass multinationale Unternehmen von einem internen Wissenstransfer zwischen Bereichen und Anlagen profitieren und diese Unternehmen tendenziell ihre internen Umweltrichtlinien entsprechend der jeweiligen lokalen Regulierungen gestalten.

Ein weiterer Einflussfaktor ist die **Position in der Wertschöpfungskette**. Die Argumentation dafür lautet, dass Unternehmen mit größerer Nähe zu KonsumentInnen tendenziell einem größeren Druck in Bezug auf Umweltthemen ausgesetzt sind. Allerdings können Unternehmen versuchen, das eigene Handeln hinter aufgebauten Marken zu verbergen, um sich diesem Druck zu entziehen. Die Position in der Wertschöpfungskette hat auch noch eine zweite Implikation: So können Bemühungen von Unternehmen umso weniger in der öffentlichen Wahrnehmung ankommen, je weiter entfernt diese von den KonsumentInnen stattfinden.

Die **Haltung des Managements** wird ebenfalls als Einflussfaktor identifiziert. Vor allem zwei Argumente geben dafür den Ausschlag: (1) Die für Umweltmaßnahmen nötigen Ressourcen werden eher freigegeben, wenn ressourcenverantwortliche Personen diese Maßnahmen unterstützen. (2) Viele Umweltschutzinitiativen benötigen eine breite Zusammenarbeit von Abteilungen oder Divisionen innerhalb von Unternehmen, welche bei einer Unterstützung durch das verantwortliche Management einfacher zu erlangen ist.

Auch die grundlegende **strategische Ausrichtung** eines Unternehmens wird als Einflussfaktor erachtet. Diese kann einer eher passiven bzw. reaktiven Haltung auf die Umwelt- und Marktsituation entsprechen. Unternehmen können jedoch auch auf aktives und zukunftsorientiertes Handeln ausgerichtet sein. Die Bereitschaft, Umweltauswirkungen zu berücksichtigen und an diesen zu arbeiten ist hier höher, da die Unternehmen (1) gewohnt sind, neue Initiativen unter begrenzten Informationen bzw. Unsicherheit umzusetzen, (2) sie auf flexiblere Technologien und Veränderung bei diesen eingestellt sind und (3) Unternehmensstrukturen vorhanden sind, welche Innovationen fördern.

Im **Druck durch Stakeholder**¹⁴ liegt einer der bedeutendsten Einflüsse auf die Umweltstrategie von Unternehmen. Zu diesen Stakeholdern gehören unmittelbar in Kontakt stehende Personen und Organisationen wie KundInnen, Lieferanten, Behörden ebenso wie nicht unmittelbar verbundene Akteure wie Medien oder NGOs. Es ist eine Fülle an empirischer Evidenz dazu vorhanden, dass Unternehmen durch den Druck von Stakeholdern zu Handlungen im Umweltschutzbereich bewegt werden. (González-Benito/González-Benito 2006, 96f.) Lediglich über die relative Bedeutung der einzelnen Anspruchsgruppen herrscht in der vorhandenen Literatur Uneinigkeit. So unterteilen Buysse und Verbeke (2003) die Stakeholder in primäre Stakeholder, wozu MitarbeiterInnen, Eigentümer und Finanzinstitutionen zählen, und externe Stakeholder, worunter KundInnen und Lieferanten fallen. Sie kommen dabei zu dem Ergebnis, dass nur die primären Stakeholder das Umwelthandeln des Unternehmens beeinflussen, wobei dieses Ergebnis durch das von ihnen gewählte Sample an Unternehmen, die nicht am Endkundenmarkt agieren, verzerrt sein könnte. Bansal und Roth (2000, 726) merken an, dass den Unternehmen oftmals definitive wissenschaftliche Aussagen fehlen, welche den Ausschlag für Umweltschutzmaßnahmen geben könnten. Somit sollte auch die Wissenschaft als Anspruchsgruppe im weitesten Sinn nicht vernachlässigt werden.

Der **Wirtschaftszweig** ist maßgeblich, da von ihm die potentiellen Umweltauswirkungen von Unternehmen abhängen und er verschiedene Kontrollen und Anforderungen an Nachvollziehbarkeit durch Institutionen, soziale Gruppen und Konsumenten impliziert. So zeigen

¹⁴ Die auch im deutschsprachigen Raum weniger übliche Bezeichnung wäre „Anspruchsgruppen“.

Banerjee et al. (2003, 118), dass für Unternehmen in einem emissionsintensiven Wirtschaftszweig das öffentliche Interesse gefolgt von Regulierungen den stärksten Einfluss hat. In emissionsarmen Wirtschaftszweigen hingegen zählt der Wettbewerbsvorteil als bedeutendster Faktor, Regulierungen sind hier zweitrangig. Arora und Cason (1996) kamen ebenfalls zu dem Schluss, dass das Ausmaß an Emissionen bestimmend für die Ergreifung von Umweltschutzmaßnahmen ist. Darüber hinaus kamen sie zum Ergebnis, dass Druck auf Unternehmen von der Nachfrageseite und dabei insbesondere von KonsumentInnen, ebenso Einfluss darauf ausübt. In ihrer Untersuchung zur Implementierung des Umweltstandards ISO 14001 fanden Vastag und Melnyk (2002) unter anderem, dass die mit der Standardeinführung verbundenen Effekte je nach Wirtschaftszweig unterschiedlich wahrgenommen werden.

Die **geografische Lage** eines Unternehmens stellt einen weiteren Faktor für dessen Auswirkungen auf die Umwelt dar, da sowohl der soziale Druck als auch die rechtlichen Regelungen (Umweltauflagen, Umweltverträglichkeitsprüfungen, usw.) variieren können.

Beweggründe

Mit ihrer groß angelegten und weit rezipierten qualitativen Studie über das Umweltschutzengagement von Unternehmen konnten Bansal und Roth (2000) drei idealtypische Beweggründe dafür identifizieren: Wettbewerbsfähigkeit, Legitimität und ökologische Verantwortung.

Wettbewerbsfähigkeit¹⁵ wird vom Autor und der Autorin definiert als das Potential zur langfristigen Steigerung der Profitabilität des Unternehmens durch Umweltschutzmaßnahmen. Beispielhaft für solche Maßnahmen werden Energie- und Abfallmanagement, Prozessintensivierung (geringerer Input für gleichen Output bzw. höherer Output bei gleichbleibendem Input), „grünes Marketing“ (Umweltfreundlichkeit als Verkaufsargument bei der Vermarktung von Produkten) und die Entwicklung von ökologischen Produkten genannt. Das langfristige Profitabilitätspotential wird somit durch eine bessere Reputation, effizientere Prozesse und Produktzuverlässigkeit erhöht. Auch scheint mit der verbesserten Reputation eine gesteigerte Attraktivität als Arbeitgeber einherzugehen, was Unternehmen einen Vorteil bei der Rekrutierung qualifizierter Arbeitskräfte verschaffen kann. Wettbewerbsfähigkeit als Beweggrund führt auch dazu, dass Unternehmen vorwiegend in öffentlich wahrnehmbaren Umweltschutz-Aktivitäten involviert sind und sie Kosten-Nutzen-Analysen große Bedeutung beimessen. So werden hier auch meist Entscheidungen auf Basis von Wirtschaftlichkeitsüberlegungen getroffen und erst im Nachhinein deren ökologische

¹⁵ Der Begriff lautet im englischsprachigen Original „competitiveness“.

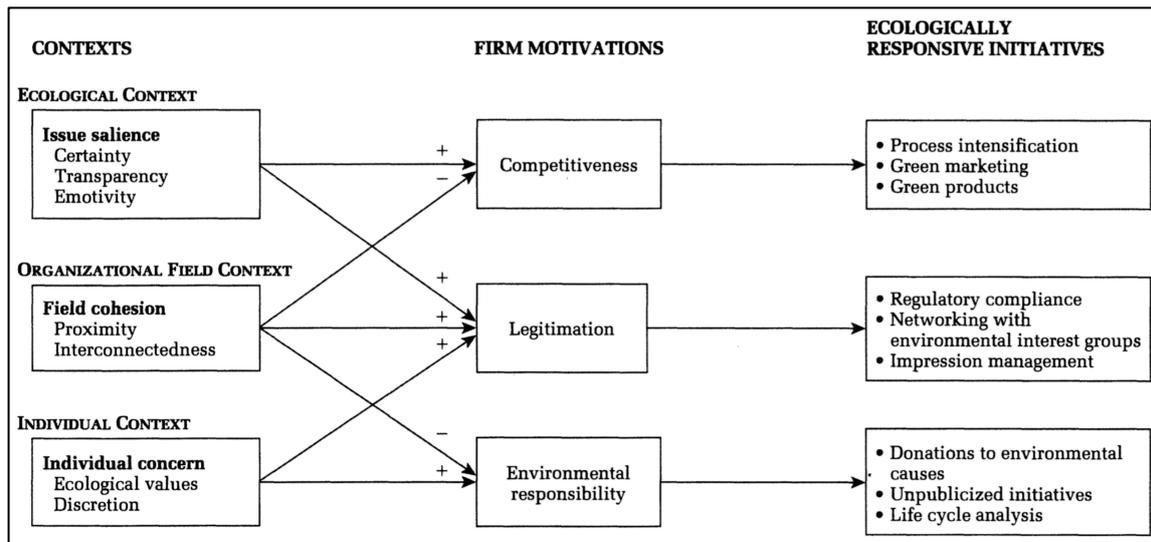
Implikationen betrachtet. Umweltwirksame Effekte entstehen somit als Nebenprodukt von unternehmerischen Überlegungen, Handlungen und Entscheidungen. (Bansal/Roth 2000, 724ff.)

Legitimität, wie bereits in Abschnitt 3.1 nach Suchman (1995) definiert, stellt einen weiteren Beweggrund dar. Bansal und Roth beschreiben dabei folgende typische Aspekte: Einhaltung von rechtlichen Normen, Einführung eines Umweltkomitees oder einer Stabsstelle für Umweltbelange, Entwicklung von Netzwerken mit lokalen politischen Vertretern, Durchführung von Umwelt-Audits, Erstellung von Maßnahmenplänen für Not- oder Unfälle mit Umweltrelevanz sowie das Zusammenarbeiten des Unternehmens mit Umweltschutzorganisationen. Diesen Beweggrund zeichnet insbesondere der Fokus darauf aus, dass die Legitimität von Unternehmen als wesentlich für deren Tätigkeiten und anhaltenden Fortbestand gesehen wird. Die Einhaltung von Regeln (im englischen Original „compliance“) äußert sich in einer unternehmerischen Strategie des passiven Reagierens auf externe Vorgaben, mit dem Ziel Sanktionen zu entgehen. Bei Unternehmen, welche zur Erreichung von Legitimität handeln, ist somit der institutionelle Druck durch Stakeholder – wie dies bereits in Abschnitt 3.1 erwähnt wurde und bei DiMaggio und Powell (1983, 150f.) näher erläutert wird – von großer Bedeutung. Die nach Legitimität strebenden Unternehmen passen sich zur Einhaltung institutioneller Regeln und als Reaktion auf den vorhandenen institutionellen Druck an. Das in dieser Arbeit betrachtete Handeln von EVU kann aus dieser neoinstitutionalistischen Perspektive auch als Wirkung der institutionalisierten Erwartungen des Umfelds gesehen werden.

Der dritte Beweggrund – **ökologische Verantwortung** – entsteht aus der Sichtweise, dass Unternehmen soziale Verantwortung tragen. Die Sorge um das Gemeinwohl steht hier im Mittelpunkt. Im Vergleich zu den anderen beiden Bewegründen stehen deutlich ethische Gedanken im Vordergrund. Die Unternehmen handeln hierbei aus einer Verpflichtung, aus einer gewissen Verantwortung oder aus einer philanthropischen Motivation heraus. Das Eigeninteresse wird dabei untergeordnet. Bansal und Roth merken zu dieser Dynamik jedoch an, dass hier die Unternehmen sehr wohl auch profitieren, nämlich kurzfristig in Form von „feel-good-factors“ und damit verbundener hoher Moral und Zufriedenheit unter den MitarbeiterInnen.

Bei dieser Form von Beweggrund sind oftmals einzelne Führungspersonen von großer Bedeutung. Das Handeln wird darüber hinaus nicht durch Rationalität bestimmt, sondern ist durch eine stattfindende Idealisierung gekennzeichnet.

Abbildung 4: Kontexte und Beweggründe für Umweltschutz durch Unternehmen (Bansal/Roth 2000, 729)



Kontext des Umwelthandelns

Die angeführten Beweggründe stehen in einem größeren Kontext und werden durch diesen beeinflusst. Bansal und Roth (2000) thematisieren dabei die Bewusstheit des Problems („issue salience“), welche aus den Aspekten *Gewissheit*, *Zurechenbarkeit* und *Emotionalität* besteht. Im Hinblick auf den Klimawandel kam es – insbesondere durch die IPCC Sachstandsberichte – zu einer diskursiven Schließung und damit zum Erreichen hoher Gewissheit über dessen Ursachen und Konsequenzen. (Reusswig 2010, 87f.) Eine Zurechenbarkeit und Emotionalität ist bei THG-Emissionen zwar denkbar. Diese haben aber vermutlich nicht denselben Stellenwert wie bei anderen Umweltthemen, auf denen der Fokus dieser Untersuchung lag.

Unter Zusammenhalt im organisationalen Feld („field cohesion“) wird die Dichte der formalen und informellen Beziehungen in einem organisationalen Feld verstanden. Ein dichter Zusammenhalt im Feld führt zu einem höheren Legitimitätsdruck und einer rascheren Verbreitung von organisationalen Strukturen und Praktiken.

Zuletzt wird die individuelle Sorge („individual concern“) thematisiert. Hier kommt den Werten von Organisationsmitgliedern im Hinblick auf die Umwelt und wie sie diese in ihrer Position im Unternehmen ausleben können eine Bedeutung zu. Nach Bansal und Roth wirken diese Werte über drei Ebenen: (1) Werte führen bei Entscheidungsträgern zu einer Vorselektion von Informationen nach wahrgenommener Bedeutung eben dieser. (2) Sie können Umweltschutzmaßnahmen durch das Unternehmen induzieren. (3) Managemententscheidungen werden eher dann gefällt, wenn sie mit den persönlichen Werten des Managements übereinstimmen. Diese Komponente des Kontexts ist im Wesentlichen der Hintergrund des unternehmerischen Beweggrundes der „ökologischen Verantwortung“.

3.3.2 Handlungsgründe für Klimaschutz durch Unternehmen

Besonderheiten der Klimaschutzthematik

Da sich sowohl die komprimierten Ergebnisse aus der Literatur (González-Benito/González-Benito 2006) wie auch das von Bansal und Roth (2000) entwickelte theoretische Modell auf die breite Thematik des Umweltschutzes beziehen, wird nachfolgend ein Überblick über den darin enthaltenen Klimaschutz gegeben und es werden Übereinstimmungen aufgezeigt. Zunächst sind einige Besonderheiten im Vergleich zur Umweltschutzthematik zu bedenken (Baranzini/Thalmann 2004, 10f.):

- Wie im Abschnitt 2.2.1 erläutert wurde, herrscht große wissenschaftliche Einigkeit über den anthropogenen Klimawandel. Die Abschätzung der Auswirkungen durch diesen ist aber mit Unsicherheiten behaftet. Gewiss ist hingegen, dass diese Auswirkungen in der Zukunft liegen und langfristig vorhanden sein werden. Zudem wird der Klimawandel durch irreversible Vorgänge verursacht, welche nur binnen großer Zeiträume kompensiert werden *könnten*.¹⁶
- Die Folgen des Klimawandels sind nicht lokal begrenzt sondern global wirksam. Allerdings gibt es bei einigen Klimaschutzmaßnahmen auch lokale Profiteure, so kann z.B. eine Reduktion des THG-Ausstoßes durch Verzicht auf fossile Energieträger die lokale Luftqualität verbessern.
- Es gibt weder eine klar eingrenzbare Gruppe an „Opfern“ und auch die „Verursacher“ sind nur sehr diffus erkennbar. Dazu kommt, dass praktisch alle Organisationen THG-Emissionen durch ihre Aktivitäten verursachen. Auch für EndverbraucherInnen bedeutet dies, dass jedeR zu einem Teil für den anthropogenen Klimawandel mitverantwortlich ist.
- Klimaschutz ist ökonomisch betrachtet ein öffentliches Gut. Er zeichnet sich durch Nicht-Rivalität und Nicht-Ausschließbarkeit aus. Problematisch ist dabei vor allem das Trittbrettfahrer-Problem: Akteure (Organisationen, Staaten) können von Maßnahmen anderer profitieren, ohne eine Gegenleistung erbringen zu müssen. (Stern 2007, 450)
- Es existiert ein starker Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten und THG-Emissionen. Daher sind Fragen der volkswirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen von Klimaschutzmaßnahmen häufig von großer Bedeutung. Vor allem politische Regelungen hängen daher stark von internationalen Verhandlungen und Bemühungen ab.

¹⁶ Die Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre wird über Jahrzehnte bis Jahrhunderte erhöht bleiben, jene anderer THG kann Jahrtausende anhaltend hoch bleiben.

Empirischer Erkenntnisstand

Bei ihrer Untersuchung von Klimaschutzstrategien von Unternehmen in Großbritannien und Pakistan fanden Jeswani et al. (2008, 54f.) im Gegensatz zum vorangegangenen Literaturüberblick nur drei Stakeholder-Gruppen mit maßgeblichen Einfluss: Der oder die Unternehmenseigentümer, das Management und die Regulierungsbehörden. Als Erklärung wird von den Autoren die Größe der untersuchten Unternehmen herangezogen und angeführt, dass Stakeholder nur in größeren Organisationen maßgeblichen Einfluss ausüben können. Diese Argumentation kann auch in der neoinstitutionalistischen Sichtweise nachvollzogen werden, da eine wichtige Aussage dieser ist, dass große Organisationen eher dazu neigen, sich institutionellen Anforderungen zu fügen. (Walgenbach/Meyer 2008, 78) Allerdings kann der Grund dafür, dass nur bei diesen drei Stakeholder-Gruppen ein maßgeblicher Einfluss festgestellt wurde auch in der Methodik der Studie liegen. Die Daten wurden in einem quantitativen Forschungsdesign mit einem schriftlich zugestellten Fragebogen erhoben. Da der Druck von jenen Stakeholder-Gruppen, welche nicht unmittelbar mit dem Unternehmen verbunden sind (z.B. Medien, NGOs) oftmals über nicht bewusst wahrgenommene Institutionen und Erwartungen wirkt, könnten diese Einflüsse durch die StudienteilnehmerInnen tendenziell unterschätzt worden sein. Da Angaben zu den abgefragten erklärenden Variablen bzw. den Item-Batterien fehlen, fällt die Einordnung in die unter 3.3.1 angeführten empirischen Ergebnisse schwer, soll aber hier dennoch versucht werden.

Jeswani et al. (2008, 55f.) beschreiben folgende Hemmnisse für Klimaschutzmaßnahmen:

- Hohe Kosten und der Mangel an finanziellen Ressourcen: Dies stimmt mit den von González-Benito und González-Benito (2006) zusammengetragenen Erkenntnissen überein (siehe Abschnitt 3.3.1).
- Mangel an Problembewusstsein: Dies ist auch im Modell nach Bansal und Roth in Form der „Bewusstheit des Problems“ enthalten.
- Das Fehlen von Regulierungen und Politikmaßnahmen: Vor allem die Unsicherheit über deren Bestand und Entwicklung kann in Industriestaaten hemmend wirken. So führte z.B. die hohe Vergabe von Gratis-Emissionszertifikaten innerhalb des EU-ETS zu einem Preisverfall bei CO₂-Emissionsrechten, was aufgrund des fehlenden oder ungewissen ökonomischen Anreizes Klimaschutzmaßnahmen in Unternehmen blockierte und Unsicherheiten bezüglich der zukünftigen Entwicklung des Preises für CO₂-Emissionen bewirkt hat.

Reyers et al. (2011) gingen in ihrer Studie der Frage nach den Gründen für Klimaschutzmaßnahmen durch Unternehmen nach. Sie führten im Rahmen eines qualitativen Forschungsdesigns teilstrukturierte Interviews mit für Umweltbelange zuständigen Personen

durch. Insgesamt wurden so sechs Unternehmen betrachtet. Die Autorin und Autoren strebten eine Vergleichbarkeit von Unternehmen innerhalb des gleichen Sektors an und beschränkten sich deshalb auf Sektoren, welche Unternehmen mit hohem und niedrigem „Accountability rating“ beinhalteten. Aus diesen wählten sie dann die Sektoren Bankwesen, Lebensmittelhandel und Lebensmittelgroßhandel sowie Lebensversicherungen aus. Es wird bereits in der Studie kritisch angemerkt, dass durch diesen Selektionsprozess Branchen in der Studie betrachtet wurden, welche relativ niedrige THG-Emissionen aufweisen. Das Ergebnis der Studie ist, dass Unternehmen Klimaschutzmaßnahmen aufgrund folgender drei Beweggründe durchführen: „Financial Business Case“, „Legitimacy“ und „Moral Responsibility“.

Williams und Schaefer (2012) untersuchten durchgeführte Maßnahmen, Beweggründe und die Wahrnehmung von Klimawandel innerhalb von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in England. Sie fanden die persönlichen Werte der ManagerInnen als bedeutendstes Argument, welchem wirtschaftliche Überlegungen und externer Druck nachgeordnet sind. Sie stellen auch fest, dass vorhandene politische Maßnahmen aus Sicht der KMUs zu sehr an Kosten- und Wirtschaftlichkeitsargumenten orientiert sind und ihnen damit die Deckungsgleichheit zu den persönlichen Motiven, welche oft handlungsleitend sind, fehlt. Insgesamt zeigt sich hier der oben beschriebene Einfluss der Unternehmensgröße gemäß der neoinstitutionalistischen Organisationstheorie. Auf kleinere Unternehmen haben Institutionen weniger Einfluss und andere Aspekte rücken in den Vordergrund.

Weitere Studien sind zunächst jene von Hoffman (2005), welche die Thematik auf Basis eines Literaturüberblicks behandelt. Okereke (2007) betrachtete die Beweggründe anhand einer Dokumentenanalyse, welche im Wesentlichen auf der Auswertung von Emissionsberichten, welche von Großunternehmen in Zusammenarbeit mit einer Unternehmensberatungsfirma erstellt wurden, beruhte. Die Gründe für den freiwilligen Kauf von CO₂-Zertifikaten durch Organisationen wurden in einer standardisierten Onlinebefragung von Hamilton et al. (2008) erhoben. Die Ergebnisse dieser drei Studien stehen im Einklang mit den zuvor präsentierten Befunden.

Generell lassen sich die Ergebnisse aus Untersuchungen zu den Handlungsgründen für Klimaschutzmaßnahmen durch Unternehmen gut in die Theorie von Bansal und Roth (2000) einfügen (Tabelle 7).

Tabelle 7: Einordnung der Ergebnisse der vorhandenen Studien (in Anlehnung an Reyers et al. 2011, 94)

Studie	Untersuchte Fragestellung	Methodische Vorgangsweise	Beweggründe nach Bansal und Roth (2000)		
			Wettbewerbsfähigkeit	Legitimität	ökologische Verantwortung
Williams & Schaefer (2012)	Welche Beweggründe für Maßnahmen zum Klimaschutz gibt es in KMU	Empirische Erhebung – qualitatives Forschungsdesign	Business strategy/win-win	External business environment	Personal engagement/values
Reyers et al. (2011)	Faktoren für freiwillige Klimaschutzmaßnahmen durch Unternehmen	Empirische Erhebung – qualitatives Forschungsdesign	Financial Business Case	Legitimacy	Moral Responsibility
Hamilton et al. (2008)	Aus welchen Gründen kaufen Organisationen freiwillig CO ₂ -Zertifikate	Schriftliche standardisierte Befragung (online) von Teilnehmern am CO ₂ -Zertifikatemarkt	PR/branding; seller advertising; business model	Sales of products; anticipation of regulation	Corporate responsibility
Okereke (2007)	Welche sind die fünf am häufigsten genannten Beweggründe für Klimaschutzmaßnahmen durch Unternehmen?	Dokumentenanalyse	Credibility and leverage in climate policy development; fiduciary obligations	Profit; guiding against risk	Ethical considerations
Okereke (2007)	Welche sind die fünf am häufigsten genannten Treiber für Klimaschutzmaßnahmen durch Unternehmen?	Dokumentenanalyse	Regulation and government directives; investors pressure	Energy prices; market shifts; technological change	
Hoffman (2005)	Welchen Nutzen erwarten Unternehmen aus freiwilliger THG-Emissionsreduktion?	Literaturanalyse	Preparing for regulation; elevating corporate reputation	Operational improvement; accessing new sources of capital; improving risk management; identifying new market opportunities; enhancing human resource management	Enhancing human resource management (improve morale)

3.4 Umgang mit Energiearmut durch Unternehmen

Der Umgang von Unternehmen – insbesondere Energieversorgungsunternehmen – mit Energiearmut wurde bislang kaum in wissenschaftlichen Arbeiten thematisiert. In der vorhandenen Literatur werden EVU hauptsächlich im Zusammenhang mit Policy-Maßnahmen genannt. In ihrem Beitrag für das Nachhaltigkeitsmanagement nennen die Wiener Stadtwerke die in Tabelle 8 dargestellten vorhandenen gesetzlichen Maßnahmen, welche auf EVU einwirken.

Tabelle 8: Gesetzliche Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung von Energiearmut (Wiener Stadtwerke 2013, 35)

Direkte finanzielle Entlastung: Erläss, Reduzierung von Gebühren, Abgaben, Preisen, Steuern, Energiekosten-Zuschüsse	Energieschuldenmanagement: Vermeidung von und Umgang mit Energieschulden	Steigerung der Energieeffizienz
<ul style="list-style-type: none"> • Kostendeckelung des Ökostromförderbeitrags auf 20 €/a (Ökostromgesetz 2012) • Befreiung einkommensschwacher Haushalte von der Zählpunktpauschale (15 €/a) (ZählpunktpauschalVO 2009) • Heizkostenzuschuss, zusätzlich zur Mindestsicherung, in einigen Bundesländern (Ländersache). In Wien bis 2011/2012 100 €. Seit 2013 „Wiener Energieunterstützung“. 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorgegebener Mahnlauf (EIWOG 2010/GWG 2011) • Festlegung von Fixpreisen bei Mahnspesen und Gebühren für Ratenzahlungspläne durch E-Control (EIWOG 2010/GWG 2011) • Regulierung der Kosten für An- und Abschaltung von Strom und Gas mit 30 € (EIWOG 2010/GWG 2011) • Recht auf Versorgung mit Strom und Gas; Versorger letzter Instanz (EIWOG 2010/GWG 2011) 	

Eine weitere gesetzliche Rahmenbedingung ist die Energieeffizienzförderung, welche eine lange Tradition in Österreich besitzt. Diese zielt primär auf private Haushalte ab. Die Fördermittel werden zum Beispiel verwendet um Haussanierungen, den Austausch von Fenstern oder von Heizkesseln zu unterstützen. Politische Anliegen dahinter sind die Erreichung der Klimaziele Österreichs sowie die Unterstützung bei kostenintensiven Sanierungen. Allerdings profitieren armutsgefährdete Haushalte von diesen Förderungen in weitaus geringerem Ausmaß, da es ihnen selten möglich ist, den nicht geförderten Teil der Investitionskosten selbst aufzubringen. Bestehende Energieeffizienzförderungen gelten daher als klassische Mittelstandsförderung. (Brunner et al. 2011, 50)

Einen Überblick über bereits im Einsatz befindliche freiwillige Maßnahmen liefern ebenfalls die Wiener Stadtwerke (Tabelle 9).

Tabelle 9: Freiwillige Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung von Energiearmut (Wiener Stadtwerke 2013, 36)

Direkte finanzielle Entlastung: Erlass, Reduzierung von Gebühren, Abgaben, Preisen, Steuern, Energiekosten-Zuschüsse	Energieschuldenmanagement: Vermeidung von und Umgang mit Energieschulden	Steigerung der Energieeffizienz
<ul style="list-style-type: none"> • Finanzielle Zuschüsse seitens sozialer Organisationen, um Energierechnungen zu begleichen. • Finanzielle Zuschüsse in der Wiener Variante der bedarfsorientierten Mindestsicherung (nur unter bestimmten Kriterien, kein Rechtsanspruch) • Freistrommonat • Befreiung vom Grundpreis für Gas. • Finanzielles Anreizsystem Individuelle Tarifgestaltung mit progressivem Preisverlauf – Sozialtarif/Spartarif 	<ul style="list-style-type: none"> • individuelle Ratenzahlungsvereinbarung durch Energieversorger • Beratung durch soziale Organisationen oder durch die Stadt • Individuelle Betreuung seitens der EVU im Falle von sozialen Härtefällen • Vereinfachung der Strukturen bei der Beantragung von Befreiungen • Monatliche Energierechnung • Muttersprachliche Energierechnung • Vorgangsweise Ersteinstuflung Verbrauchsmenge • Mikrokredite / Überbrückungsfinanzierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Zielgruppenoptimierte Energieberatungen für einkommensschwache Haushalte (z.B. Vor-Ort Beratung, Energie-Audit) • Direkte Installation von Effizienzmaßnahmen (z.B. Dämmung von Fenstern, Haustüren) • Finanzielle Unterstützung für den Austausch ineffizienter Geräte • Gratisbereitstellung von energieeffizienten Geräten (Fonds, Gerätetausch) • Smart Metering & Smart Billing • Information und Qualifikation samt Schaffung von Bewusstsein mit dem Ziel, dass betroffene Haushalte ihnen mögliche Maßnahmen ergreifen

Brunner et al. (2011) stellen auch fest, dass hohe Energiekosten bzw. unerwartete Nachzahlungsforderungen von Energieversorgungsunternehmen für die betroffenen Haushalte eine bedeutende Belastung darstellen. Eine durch Zahlungsver säumnisse in Gang gesetzte Schuldenspirale sowie die Abschaltung der Energieversorgung sind mögliche Konsequenzen daraus (siehe 2.3 Energiearmut). Diese Problematik wird zwar durch gesetzliche Regelungen gemildert¹⁷, ist aber immer auch von den Entscheidungen der EVU abhängig.

In diesem Kontext tritt eine Vielzahl an Fragen hervor: Wieso beschäftigen sich EVU mit Energiearmut und in welcher Form tun sie dies? Welche Ziele werden dabei von den EVU verfolgt? Welche Prozesse treten bei all dem auf? Zu welchen Konsequenzen führt dieses Handeln? Die Ergebnisse der vorliegenden Masterarbeit stellen einen Beitrag zur Beantwortung eben dieser Fragen dar.

¹⁷ So sieht z.B. §77 des Elektrizitätswirtschafts- und –organisationsgesetz 2010 die Pflicht zur Grundversorgung für Verbraucher im Sinne des §1 Konsumentenschutzgesetz und für Kleinunternehmen vor.

4 METHODISCHE VORGANGSWEISE

4.1 Wahl und Begründung der Methode

Um die vorliegende Forschungsfrage fundiert zu beantworten, bot sich die Anwendung qualitativer Methoden der empirischen Sozialforschung an. Diese sind dazu geeignet, empirische Sachverhalte wie soziale Strukturen und Prozesse zu beschreiben und bieten dabei auch die Offenheit gegenüber nicht bekannten Phänomenen. (Diekmann 2011, 531ff.) Wie aus dem vorangegangenen Überblick über den Stand der Forschung hervorgeht, bestehen schließlich durchaus Lücken im theoretischen Wissen über das Handeln von EVU im Hinblick auf Klimaschutzmaßnahmen und den Umgang mit Energiearmut. Diese sollten durch die Auseinandersetzung mit dem Feld und der darin vorfindlichen Empirie – wenn nicht geschlossen, so zumindest – bearbeitet werden.

Die Methodologie basiert dabei auf der „Grounded Theory“ (Glaser/Strauss, 2005), wobei die im Forschungsprozess eingesetzten Verfahren und Abläufe genutzt werden, um eine gegenstandsverankerte Theorie aus den Daten zu entwickeln, welche der Wirklichkeit der untersuchten Phänomene gerecht wird. (Flick 2012, 124) Diese aus den verschiedensten Datenquellen abgeleiteten Erkenntnisse liefern in Verbindung mit aus der Literatur hervorgegangenen Aussagen eine theoretische Darstellung und Erklärung des Nachhaltigkeitshandelns der EVU und sind damit Kern der Beantwortung der vorliegenden Forschungsfrage.

Der empirische Teil des Forschungsprozesses war insofern zyklisch aufgebaut, dass die Erhebung, Analyse und Theoriegewinnung als ineinander greifende Prozesse durchgeführt wurden, wodurch die im entstehen befindliche Theorie anhand neuer Erhebungen verifiziert, adaptiert sowie in Teilen auch wieder verworfen werden konnte. Die am Ende als Ergebnis hervorgegangene theoretische Erklärung des Handelns der EVU soll dabei mit den Beobachtungen in der Wirklichkeit vereinbar sein. (Strauss/Corbin 1996, 18)

4.2 Auswahl der Unternehmen und Datenerhebung

Die Auswahl der betrachteten EVU erfolgte gemäß den Leitlinien des theoretischen Samplings. (Strauss/Corbin 1996, 148ff.) Dabei wurde darauf geachtet, Unterschiede zwischen betrachteten Gruppen – in dieser Arbeit also der EVU – einerseits zu minimieren, um bei ähnlichen Daten eine maximale Ähnlichkeit in gewissen Eigenschaften zu erhalten. Dies diente der Verifikation einer Kategorie, der Generierung von grundlegenden Eigenschaften und der Formulierung von möglichen Abstufungen in einer Kategorie. Als Beispiele können hier die Eigentümerstruktur oder die Größe der Unternehmen genannt werden, welche Rückschlüsse auf solche

grundlegenden Eigenschaften erlauben. Wenn trotz minimierter Unterschiede zwischen den Unternehmen stark verschiedene Daten erfasst wurden, ließen diese auf fundamentale Differenzen schließen. Andererseits sollten die Unterschiede in manchen Eigenschaften der betrachteten Unternehmen auch maximiert werden. Dies trifft zum Beispiel auf die Unternehmensgeschichte, die Marktposition oder strategische Ausrichtung zu. Durch die Variation in dieser Hinsicht konnten fundamentale Gemeinsamkeiten bestimmt werden. Auch die Prüfung der Gültigkeit der im Entstehen begriffenen Theorie war so möglich.

Im Forschungsprozess wurden insgesamt drei österreichische Energieversorgungsunternehmen, nachfolgend als EVU-1, EVU-2 und EVU-3 bezeichnet, betrachtet. Bei der Auswahl dieser waren neben den oben erwähnten Eigenschaften noch weitere Aspekte von Bedeutung: So sollten jedenfalls Unternehmen in die Erhebung einfließen, welche den Umgang mit Energiearmut thematisieren (EVU-1 und EVU-2). Sowohl EVU-1 als auch EVU-2 zählen zu den größten EVU in Österreich, mit einer Bilanzsumme sowie einem Jahresumsatz im mittleren einstelligen Milliardenbereich. Um diese Gegebenheit im Rahmen der Untersuchung zu kontrastieren und damit die Unterschiede zu maximieren, wurde ein drittes, kleineres EVU gewählt, welches auch keine nach außen bekundeten Strukturen zum Umgang mit Energiearmut aufweist. Allen drei EVU ist gemein, dass sie zum Teil oder vollständig in öffentlichem Eigentum stehen. Im Zuge des Auswahlprozesses wurde noch ein weiteres EVU wegen dessen andersartiger Eigentümerstruktur kontaktiert, mit diesem konnte jedoch keine Zusammenarbeit erreicht werden.

Die hier betrachteten EVU bzw. die befragten ExpertInnen zeichneten sich generell durch eine kooperative Grundhaltung aus und ermöglichten die Durchführung von Interviews. In EVU-3 fand allerdings nur ein Experte Zeit für ein Gespräch. Um die im Bezug auf EVU-3 offenen Fragen, welche vor allem den Umgang mit Energiearmut betrafen, zu bearbeiten, wurde ein zusätzliches Interview mit einer im Versorgungsgebiet von EVU-3 tätigen Mitarbeiterin der in Abschnitt 5.3.2 vorgestellten Nonprofit-Organisation (NPO), welche Hilfeleistungen für energiearme Menschen anbietet, durchgeführt.

Der Vorgabe des zyklischen Ablaufs folgend wurde die Strukturierung der Daten und deren Analyse zwischenzeitlich durch neue Gespräche, und damit der Gewinnung neuer Daten, ergänzt. So konnten vorläufige Erkenntnisse unmittelbar in den weiteren Interviews gegengeprüft werden und neue Aspekte in die entstehenden Ergebnisse einfließen.

Als zentrale Form der Datengewinnung dienten qualitative Interviews mit den ExpertInnen, welche dem Typus eines systematisierenden ExpertInneninterviews entsprachen. Kennzeichnend dafür ist die Teilhabe am exklusiven Wissen der Befragten, wobei das aus der Praxis gewonnene, reflexiv verfügbare und spontan kommunizierbare Handlungs- und Erfahrungswissen im

Vordergrund steht. (Bogner/Menz 2005, 37f.) Dieses muss sich vom Alltagswissen unterscheiden sowie sich diesem gegenüber als überlegen erweisen. Das ExpertInnenwissen bedient sich außerdem einer theoretischen Perspektive und es ist, aufgrund seiner Exklusivität, nicht allgemein zugänglich. (Froschauer/Lueger 2005, 226) Vor allem der letzte Aspekt der Zugänglichkeit war eine zu überwindende Hürde, denn erst der Zugang zu Wissen über unternehmensinterne Abläufe und Strukturen ermöglichte die Beantwortung der Forschungsfrage.

Um die Subjektivität und jeweilige Perspektive der ExpertInnen in der Auswertung zu relativieren, wurde besonders darauf Wert gelegt, nach Möglichkeit Personen aus verschiedensten Unternehmensbereichen zu befragen und deren Aussagen komparativ zueinander sowie anhand von weiterem, zur Verfügung stehendem Material, zu prüfen. Es wurden ExpertInnen aus dem Bereich Unternehmensentwicklung, Nachhaltigkeitsmanagement, Unternehmenskommunikation sowie Verantwortliche für das Thema Energiearmut ausgewählt. Die ausgewählten ExpertInnen mussten dabei über eine gute Kenntnis der Entscheidungsprozesse im Unternehmen verfügen. Zusätzlich wurden auch zwei Mitarbeiterinnen einer im Umgang mit Energiearmut engagierten NPO interviewt. Insgesamt entstand das Interviewmaterial somit aus den gesammelten Aussagen von elf ExpertInnen.

Die Interviews wurden in einer kombinierten Form aus einem erzählgenerierenden (narrativen) und einem leitfadengestützten, problemzentrierten Teil umgesetzt. Eine klar definierte Einstiegsfrage sollte zunächst einen selbsttragenden Erzählfluss bei der interviewten Person generieren. Die Dynamik des so ausgelösten Erzählflusses ruft nach Schütze (1977 in Diekmann 2011, 540f.) einen Zwang zur Gestalterschließung (vollständige, ausgewogene und verständliche Erzählung), einen Kondensierungszwang (der/die Befragte setzt selbst Schwerpunkte) und einen Detaillierungszwang (Motive und Zusammenhänge müssen nachvollziehbar dargestellt werden) hervor. Auf diese Erzählung folgte zunächst eine Nachfragephase, welche dazu diente, Unklarheiten zu klären und eventuell einen weiteren Erzählfluss zu generieren. Daran anschließend flossen anhand eines Leitfadens Themen, welche während der narrativen Erzählung unberücksichtigt blieben, in das Interview ein.

Zusätzlich zu den Interviews stand von den Unternehmen veröffentlichtes bzw. im Rahmen des Kontakts übergebenes Material in Form von Geschäftsberichten, Nachhaltigkeitsberichten, internen Informationsmaterialien, Inhalte der Unternehmenswebseiten, u.ä. zur Auswertung zur Verfügung. Ebenso wurden weitere Informationen wie Publikationen von NGOs, Zeitungsartikel, Rundfunkbeiträge, verfügbare Videoaufzeichnungen von Konferenzen u.ä. einbezogen. Dies diente der Ergänzung des durch die Interviews erhobenen Materials.

4.3 Darstellung der Analyse

Die Auswertung des erhobenen empirischen Materials erfolgte anhand einer Themenanalyse nach Lueger (2010, 206ff.). Diese eignet sich für die Auswertung von ExpertInnengesprächen und bietet dabei eine Zusammenfassung der zentralen Themen und die Möglichkeit diese zu dimensionieren. Dabei steht der manifeste Inhalt im Vordergrund und die Interpretationsleistung wird im Vergleich zu anderen Auswertungsverfahren der qualitativen Sozialforschung reduziert. Dies führt zu einer geringen Gefahr, die Ergebnisse mit der persönlichen Meinung des Interpreten einzufärben, weshalb auch die Durchführung des Interviews und der Interpretation durch dieselbe Person vertretbar ist.

Die Interviews wurden per Audiomitschnitt festgehalten und vollständig paraphrasiert, potentiell besonders relevante Abschnitte wurden wörtlich transkribiert. Aus diesem Material wurden Themen herausgearbeitet, welche um die in Kapitel 3 vorgestellte Literatur ergänzt wurden. Ziel dabei war es jedoch nicht, bloß die Themen zu benennen, sondern es „sollten die charakteristischen Elemente der Themendarstellung herausgearbeitet werden, um die Unterschiede in der Darstellung eines Themas in einem oder in verschiedenen Gesprächen sichtbar zu machen.“ (ebd., 208) Dabei wurde darauf geachtet, dass der Argumentationszusammenhang, in dem ein Thema auftaucht, nicht verloren geht, um die Einbettung in den Kontext berücksichtigt zu wissen.

Die Schritte der durchgeführten Analyse lassen sich wie folgt beschreiben (Lueger 2010, 208ff.):

- Es wurde eine Bestimmung zusammengehöriger Textstellen vorgenommen, um für das Forschungsvorhaben relevante Themen zu identifizieren und abzugrenzen. Eine softwaregestützte Zuweisung von Themen zu einzelnen Textstellen ermöglichte dabei eine Umstrukturierung des gesammelten Materials, dies auch über alle geführten Interviews hinweg. Hierbei war zu beachten, dass die Bedeutung des Kontexts, in dem die einzelnen Textstellen standen, auch nach einer Umstrukturierung nicht verloren gehen durfte.
- Die Auseinandersetzung mit einzelnen Themen mit dem Ziel, die wichtigsten Charakteristika eben dieser aufzudecken. Darauf aufbauend können als Ergebnis die wichtigsten Komponenten einzelner Themen dargestellt werden.
- Es wurde eine Analyse der Kontextualisierung der Themen, also in welchem Zusammenhang diese auftauchen, durchgeführt. Dabei ist allerdings festzuhalten, dass sich diese Analyse aufgrund der gewählten Befragungsform vorwiegend auf den narrativen Teil sowie auf die im weiteren Gesprächsverlauf entstandenen freien Assoziationsketten beschränkte.

- Eine komparative Analyse der Themen diene dazu, innerhalb von und zwischen den Gesprächen Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten, wobei analytisch den Erklärungsmöglichkeiten eben dieser das größte Interesse zukommt.
- Zuletzt wurden die Ergebnisse der Analyse in den Kontext der Forschungsfrage rückgeführt. So entstanden die theoretischen Aussagen, welche in Kapitel 5 ausgeführt sind und der Vertiefung des Verständnisses des Untersuchungsbereichs dienen.

An dieser Stelle soll nochmals erwähnt sein, dass es sich hierbei um einen zyklischen Ablauf handelte. Die Analyse führte dabei oftmals zu vorläufigen Ergebnissen, welche dann in der Erhebung und Auswertung von neuem Material mitberücksichtigt wurden. Dabei stellte auch die Auswertung der erhobenen Daten keinen einmaligen Arbeitsschritt dar. Stattdessen erfolgte immer wieder ein Rückbezug auf die darin enthaltenen Informationen und gegebenenfalls auch eine Neuauswertung zu einem späteren Zeitpunkt um die Analyseergebnisse der im Entstehen befindlichen theoretischen Ausführungen zu überprüfen.

4.4 Beschreibung der betrachteten Energieversorgungsunternehmen

Um einen Überblick auf die untersuchten EVU zu geben, werden nachfolgend die wichtigsten Charakteristika eben dieser kurz dargestellt. Diese stammen zu einem Großteil aus von den Unternehmen veröffentlichten Unterlagen – Jahresabschlüsse, Nachhaltigkeitsberichte, Pressemitteilungen – sowie aus externen Quellen, welche entsprechend zitiert werden.

Alle drei EVU sind in verschiedensten Holding-Strukturen organisiert bzw. eingebettet, was in der Analyse des erhobenen Materials mitberücksichtigt wurde, für die hier vorliegende Darstellung der Ergebnisse allerdings nicht weiter relevant ist. Für eine übersichtlichere Darstellung werden folglich alle unmittelbar verbundenen Unternehmenseinheiten, auch wenn diese juristisch betrachtet eigene Gesellschaften darstellen, zusammengefasst als ein EVU bezeichnet.

EVU-1 ist stark durch den öffentlichen Eigentümer geprägt, die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung dieses Bundeslandes steht im Zentrum der Unternehmensstrategie und ist auch der klare Auftrag des Eigentümers. Die Geschäftstätigkeiten sind daher unmittelbar auf die lokalen Gegebenheiten ausgerichtet. Das EVU-1 hat aus seiner Geschichte heraus einen starken Fokus auf die lokale Energieversorgung bei den KundInnen, während die Konzentration auf eigene Energiegewinnung erst mit der Marktliberalisierung und den daraus folgenden Änderungen im österreichischen Energiesektor verstärkt wurde. Die Schwerpunkte des Unternehmens liegen in der Versorgung der lokalen Bevölkerung mit Elektrizität, Gas sowie Fernwärme, wobei hier sowohl die Energielieferung als auch der Betrieb, Ausbau und die Erhaltung der notwendigen Netzinfrastruktur zu den Kerntätigkeiten gehören. Für die eigene Energiegewinnung wird derzeit

hauptsächlich ein Kraftwerkspark mit Erdgas als Primärenergieträger eingesetzt (>80% Anteil an der Gesamterzeugung im Jahr 2012), welcher durch die Verwendung von Kraft-Wärme-Kopplungen gleichzeitig eine Strom- und Fernwärmeproduktion ermöglicht. Des Weiteren verfügt das EVU-1 über Strombezugsrechte bei Wasserkraftwerken aus dem Eigentum anderer Unternehmen.

EVU-2 hat aus seiner Geschichte heraus einen Schwerpunkt in der Elektrizitätsgewinnung. Es verfügt über einen umfassenden Kraftwerkspark, welcher aktuell zu einem großen Teil aus Wasserkraftwerken (Anteil an der Gesamterzeugung im Jahr 2012: ca. 85%), thermischen Kraftwerken (Anteil an der Gesamterzeugung im Jahr 2012: ca. 13%) und zuletzt aus einem kleinen Teil an Solar- und Windkraftwerken besteht. Darüber hinaus betreibt das EVU-2 das überregionale Stromnetz in Österreich. Das Unternehmen ist auch international tätig, legt aber in der aktuellen Unternehmensstrategie den Fokus auf den Heimmarkt Österreich sowie Deutschland. Historisch gewachsen war auch die Tatsache, dass das EVU-2 bis zum Jahr 2005 die Eigenproduktion nicht direkt am Endverbrauchermarkt absetzte. Mittlerweile verfügt das Unternehmen österreichweit jedoch über ca. 260.000 HaushaltskundInnen. EVU-2 ist börsennotiert, steht aber gleichzeitig zu 51% in öffentlichem Eigentum.

EVU-3 ist wie EVU-1 ein regionaler Energieversorger. Die Eigentumsverhältnisse sind über eine Holdingstruktur so aufgeteilt, dass der Mehrheitseigentümer das Bundesland mit einem Anteil von 51% ist, während die übrigen Anteile zu großen Teilen im Eigentum anderer EVU stehen. Das Unternehmen versteht sich als lokaler Energieversorger und sieht sich in der Pflicht, sowohl die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen sowie den Wünschen des öffentlichen Haupteigentümers gerecht zu werden. Die Geschäftsstrategie des EVU-3 wurde seit dem Jahr 2000 auf einen starken Ausbau von Windkraftanlagen zur Elektrizitätsgewinnung hin ausgerichtet. Damit wurde die Eigenerzeugung von Strom von ca. 4% im Jahr 2000 auf 100% im Jahr 2013 – als Durchschnitt über das gesamte Jahr gerechnet – gesteigert.

Tabelle 10: Die betrachteten Energieversorgungsunternehmen im Überblick

Merkmal	EVU-1	EVU-2	EVU-3
MitarbeiterInnen	ca. 2.800	ca. 3.000	ca. 800
Umsatzerlöse	ca. 2 Mrd. EUR	ca. 3 Mrd. EUR	ca. 300 Mio. EUR
Bilanzsumme	ca. 2,5 Mrd. EUR	ca. 5,5 Mrd. EUR	ca. 950 Mio. EUR
Eigentumsverhältnisse	zu 100% in öffentlichem Eigentum (Landeseigentum)	Börsennotierte AG: Aktien sind zu 51% in öffentlichem Eigentum, der Rest als Inhaberaktien in freiem Umlauf	zu 51% in Landeseigentum, zu 49% weiter aufgeteilt und größtenteils im Eigentum anderer EVU
Räumliche Aktivität	regional (landesweit)	national und international	regional (landesweit)
Geschäftsschwerpunkte	Strom, Gas, Fernwärme	Strom	Strom, Gas
Wesentliche Charakteristika der Kundenstruktur	Endverbraucher in der Versorgungsregion	Stromvertrieb am internationalem Markt, Vertrieb an regionale EVU, österreichweiter Stromverkauf an HaushaltskundInnen	Endverbraucher in der Versorgungsregion
Jährliche CO ₂ -Emissionen *) (Mittelwert 2008-2012)	2,39 Mio. t CO ₂	2,72 Mio. t CO ₂	- **)
Anteil an gesamten CO ₂ -Emissionen innerhalb Österreichs ***)	3,4%	3,8%	
Interviews in den Unternehmen („I“ & Zahl dienen als Referenz für spätere Zitate)	I1, I2 (zwei Personen), I3, I4, I5	I6, I7	I9 +)
Weitere Interviews	Interview 8 (I8) und Interview 10 (I10) wurden mit MitarbeiterInnen der in Abschnitt 5.3.2 vorgestellten NPO durchgeführt.		

Anmerkungen:

Insgesamt wurden in zehn Interviews elf ExpertInnen befragt.

Die Daten zu den Unternehmen stammen aus den Geschäftsberichten des Jahres 2012.

*) Dabei handelt es sich um den Mittelwert pro Jahr der geprüften CO₂-Emissionen des Zeitraums 2008-2012, Quelle: Österreichischer Teil des Unionsregisters Stand der Einhaltung 2012 (Umweltbundesamt 2013b), eigene Berechnungen

**) EVU-3 verfügt über keine im Emissionshandel erfassten Anlagen, da es die Eigenerzeugung im wesentlichen in Form von CO₂-freien Windkraftwerken durchführt.

***) Zur Berechnung wurden die durchschnittlichen jährlichen CO₂-Emissionen von Gesamt-Österreich der Jahre 2008-2011 (Umweltbundesamt 2013c, 16) herangezogen. Der so ermittelte Wert kann nur näherungsweise gelten, da die exakte Bezugsgröße der Durchschnitt für die Jahre 2008-2012 wäre, wofür allerdings zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Arbeit noch keine Daten vorliegen.

+) Es war nicht möglich einen weiteren Interviewpartner in EVU-3 zu gewinnen.

5 ERGEBNISSE

Die erzielten Ergebnisse werden nachfolgend erläutert und sind eine, in den empirischen Daten gegenstandsverankerte, theoretische Darstellung von nachhaltigem Handeln von EVU in Österreich. Diese wurde, ausgehend von den erhobenen Daten, durch Abstraktion gewonnen und soll auch auf andere Kontexte, als die betrachteten Unternehmen anwendbar sein. (Strauss/Corbin 1996, 8) Um diese Darstellung konkreter fassbar und deren Herkunft nachvollziehbar zu machen, wird eine Beschreibung des Handelns einzelner Unternehmen einfließen. Zudem dienen Zitate aus den durchgeführten Interviews der Nachvollziehbarkeit der gewonnen Ergebnisse und liefern Einblicke in den untersuchten Bereich.

Das in den Unternehmen institutionalisierte Nachhaltigkeitsmanagement wird in Abschnitt 5.1 behandelt. Es werden dabei Entwicklungen in der Unternehmensgeschichte, Organisationsstrukturen und interne Prozesse, die generelle Rolle der Eigentümer sowie die Bedeutung des Nachhaltigkeitsmanagements im Zusammenhang mit nachhaltigem Handeln von EVU behandelt. In Abschnitt 5.2 liegt der Fokus auf dem Handeln der Unternehmen im Hinblick auf die Herausforderungen des Klimawandels. In Verknüpfung mit den in Abschnitt 3.3 vorgestellten Arbeiten wird eine Darstellung des Handelns von EVU im Hinblick auf deren Klimawirksamkeit erbracht. Abschnitt 5.3 widmet sich dem zweiten behandelten Nachhaltigkeitsaspekt – dem Umgang mit Energiearmut durch EVU. Dazu werden zwei, in den betrachteten Unternehmen implementierte Modelle beschrieben, gegenübergestellt sowie Erkenntnisse zum Handeln der EVU in diesem Bereich geliefert.

5.1 Nachhaltigkeitsmanagement in EVU

Entwicklung des institutionalisierten Nachhaltigkeitsmanagements

Die Energieversorgungsunternehmen haben in vielen Bereichen – unabhängig von einem institutionalisierten Nachhaltigkeitsmanagement – Maßnahmen, welche sich am Leitbild Nachhaltigkeit orientieren, implementiert. So mussten EVU schon seit Jahrzehnten strenge Auflagen beim Bau von Kraftwerken oder Netzinfrastruktureinrichtungen erfüllen, welche im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen in institutionalisierter Form eingefordert wurden. Diese Umweltauflagen wurden über den Zeitablauf von den Unternehmen antizipiert und in die standardisierten Abläufe integriert. Als weiteres Beispiel können Aspekte der eingesetzten Technologien genannt werden. „Es war immer selbstverständlich: nur beste Filteranlagen, beste Technologie, beste Turbinen, Kraft-Wärme-Kopplung. [...] Aber es wurde aus meiner Sicht nie so propagiert, dass das Umweltschutzmaßnahmen sind, sondern es war mehr so: ‚Muss sein,

machen wir!“ (I5)¹⁸ Als weitere Beispiele können der Einsatz eines treibstoffeffizienten Fuhrparks, eine möglichst energiesparende IT-Ausstattung, die Reduktion des Stromverbrauchs bei der Bürobeleuchtung, Einführung biologischer Küche in der Kantine, Bonussysteme für KundInnen zur Förderung von Effizienzgedanken, uvm. genannt werden. Auch dadurch, dass die meisten österreichischen EVU vollständig oder zumindest mehrheitlich im öffentlichen Eigentum stehen, war für diese nachhaltiges Handeln – wenn auch nicht unbedingt unter diesem Begriff – seit jeher Bestandteil der Unternehmensaufgaben. Dabei ist eine höhere Lokalität der Aktivitäten, wie es für die Landesenergiegesellschaften üblich ist, mit einem durch die Eigentümer klar definierten Gemeinwohlaufrag verbunden. „Wir müssen den Auftrag [...] höchste Lebensqualität zu schaffen erfüllen, und die dafür erforderlichen Maßnahmen tragen zugleich wesentlich zu den Zielen der nachhaltigen Entwicklung bei.“ (I5)

Innerhalb der Unternehmen besteht also ein umfangreiches Spektrum an Maßnahmen. Das in den EVU institutionalisierte Nachhaltigkeitsmanagement, also die Integration dieser Themen in die Formalstrukturen und organisatorischen Abläufe des Unternehmens, hat in diesem Kontext vor allem die Funktion, vorhandene Maßnahmen zusammenzufassen. Es werden Stellen zur Übernahme der Verantwortlichkeit für den Bereich Nachhaltigkeit geschaffen, Arbeitsgruppen die sich dem Thema widmen eingerichtet und die eigenen Aktivitäten – typischerweise in Form von Nachhaltigkeitsberichten – kommuniziert. Die Ausgangssituation war dabei in den einzelnen Unternehmen verschieden. EVU-2 konnte auf einem bereits vorhandenen und gut etablierten Umweltmanagement aufbauen. „2002 haben wir den ersten Nachhaltigkeitsbericht herausgebracht, aber Umweltmanagementaktivitäten gibt es seit den 90er Jahren. Und wir haben 2002 alles was in Richtung Nachhaltigkeit vorhanden war einfach einmal im Nachhaltigkeitsbericht zusammengefasst.“ (I6) Im EVU-1 hingegen wurde nur wenig später ein umfassendes Nachhaltigkeitsmanagement neu aufgebaut. In EVU-3 ist Nachhaltigkeit in der Kerntätigkeit der Energiegewinnung aufgrund des bereits erfolgten vollständigen Ausbaus der Windenergie integriert. Allerdings wurden mit einer im Jahr 2012 erfolgten organisatorischen Umstrukturierung Nachhaltigkeitsagenden in einer Stabstelle zusammen mit dem Thema Unternehmensentwicklung gebündelt und werden von dieser Stelle ebenso zusammengefasst und kommuniziert.

¹⁸ Anmerkung zu den Zitaten: Um die Aussagen aus den Unternehmen nachvollziehbar wiederzugeben, enthält dieser Abschnitt Zitate aus den durchgeführten Interviews. Auf die einzelnen Interviews wird dabei mit „I“ und einer Zahl verwiesen (siehe Abschnitt 4.4 für die Zuordnung zu den Organisationen). Für eine bessere Verständlichkeit wurden die exakten Transkripte um grammatikalische Fehler sowie den verwendeten Dialekt bereinigt. Dies geschah durch den Autor bzw. für ein Interview im Rahmen einer Autorisierung.

Beispiel: Dieser Satzteil aus dem Transkript „da hamma, ähm, des ... des Programm initiiert“ würde im Text folgendermaßen zitiert werden: „da haben wir das Programm initiiert“ (I12).

Nachhaltiges Handeln entsteht also nicht erst aufgrund eines eingesetzten und damit innerhalb der Organisation institutionalisierten Nachhaltigkeitsmanagements, sondern vielmehr durch institutionellen Druck, in Unternehmen hineingetragene persönliche und gesellschaftliche Werte sowie technologische Entwicklungen. Die gesellschaftlichen Erwartungshaltungen und Normen, wie jene, dass Unternehmen sich dem Thema Nachhaltigkeit annehmen, wirken dabei, wie in Abschnitt 3.3 dargelegt, auf die Unternehmen ein. Es zeigte sich auch, dass große Organisationen unter größerem institutionellen Druck stehen und sich in Folge rascher den institutionellen Anforderungen anpassen.

Organisation des Nachhaltigkeitsmanagements

Die vorhandenen Strukturen des Nachhaltigkeitsmanagements in den betrachteten Unternehmen zeichnen sich durch einige Gemeinsamkeiten aus: Nachhaltigkeitsagenden sind jeweils in einer direkt dem Vorstand zugeordneten Stabsstelle angesiedelt, die Themen werden in verschiedenen Arbeitsgruppen behandelt und in Veranstaltungen, bei denen die Linienverantwortlichen (Vorstände und GeschäftsführerInnen) mit eingebunden sind, wird über Nachhaltigkeitsstrategien beraten. Die Entscheidungsvorbereitung geschieht hierbei in Form von diskursiver Prozesse, Entscheidungen selbst werden schließlich von Verantwortlichen in den hierarchischen Formalstrukturen der Unternehmen getroffen. Die verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategien enthalten im wesentlichen Ziele und Maßnahmen zu den verschiedensten, für die Nachhaltigkeit der EVU relevanten, Themenfelder.

Im EVU-1 ist zudem ein Gremium vorhanden, welches zu einem großen Teil mit externen ExpertInnen besetzt ist. Hier wird das Ziel verfolgt, andere Perspektiven auf das unternehmerische Handeln miteinzubeziehen. Dieses Gremium wird auch im Unternehmen als besonders bedeutsam hervorgehoben, da es einen „Blick über den Tellerrand“ (I1) ermöglicht. Der Ablauf im Nachhaltigkeitsmanagement ist oftmals zyklisch gestaltet, wobei – einem Jahreskreis gleich – im Zeitablauf verschiedene Gremien tagen und relevante Themen behandeln. „Wir haben das ganze Jahr über das Thema Nachhaltigkeit immer in irgendeinem Sachzusammenhang in Arbeit. Damit ist es immer präsent.“ (I5)

In den Arbeitsgruppen und den Veranstaltungen wird über den aktuellen Stand von Maßnahmen, durchgeführte Studien und deren Erkenntnisse sowie neue Themen informiert. Dies kann ebenso in qualitativer Form (z.B. Berichte) wie in quantitativer Form (z.B. Benchmarks, Ratings) erfolgen. Auch der Vergleich mit anderen Unternehmen spielt hier eine Rolle, wobei es über diesen Vergleich innerhalb des organisationalen Feldes zu einer Angleichung zwischen den Unternehmen, wie von DiMaggio/Powell (1983) beschrieben, kommt.

Das Bewusstsein für Nachhaltigkeitsaspekte innerhalb des Unternehmens ist ein wesentliches Anliegen des institutionalisierten Nachhaltigkeitsmanagements. Um Themen aus den Nachhaltigkeitsstrukturen möglichst weit in das Unternehmen diffundieren zu lassen, werden mehrere Strategien eingesetzt: Erstens sind Personen aus den verschiedensten Unternehmensbereichen und aus verschiedensten Unternehmensebenen im Nachhaltigkeitsmanagement integriert. Die so entstehenden Kooperationen sind gut dazu geeignet, Zusammenhänge aufzuzeigen. Zweitens kommt es im Zuge der Erstellung von Berichten oder sonstigen Arbeiten für den Bereich Nachhaltigkeit zu einer Zusammenarbeit, in der Informationen ausgetauscht werden. Drittens werden teilweise spezielle Managementsysteme eingesetzt, um Ziele des Nachhaltigkeitsprogramms zu erreichen. Viertens dienen Nachhaltigkeitsberichte insbesondere auch der Informationsvermittlung innerhalb der Organisation.

Diese Strukturen sind geeignet, einen Prozess zur Einbindung und Umsetzung von nachhaltigem Handeln in Gang zu setzen bzw. diesen zu stärken. So war das Thema Energiearmut in EVU-1 zunächst nicht im Nachhaltigkeitsmanagement vertreten, wurde jedoch bereits im Unternehmen durch einzelne MitarbeiterInnen bearbeitet. Für die Besetzung eines der Gremien wurde wiederum eine Person aus dem Sozialbereich gesucht. Da diese das Thema Armut und Energiearmut behandelt wissen wollte, kam es zur Aufnahme der bereits vorhandenen Tätigkeiten in das Nachhaltigkeitsmanagement, wodurch in umgekehrter Richtung ein großer Schub an Unterstützung zu verzeichnen war. Das Thema gelangte so stärker ins Bewusstsein der involvierten Stakeholder sowie der Entscheidungspersonen. „Denn für die Vorstände ist es ja eigentlich nicht üblich, dass man sich mit solchen Themen auseinandersetzt. In diesem Fall aber waren die Vorstände sehr beeindruckt: ‚Super! Was wir alles haben.‘“ (I5)

Es werden hier also generell Themen eingebracht, besprochen und „gebetsmühlenartig“ (I5) immer wieder behandelt. Inhalte, die in das Nachhaltigkeitsprogramm aufgenommen werden, bleiben im Unternehmen im Bewusstsein und sind nicht der Gefahr ausgesetzt, im Laufe der Zeit und aufgrund anderer Herausforderungen in Vergessenheit zu geraten. Auch die Verstärkung bereits vorhandener Aspekte wird im Nachhaltigkeitsmanagement geleistet. So merkte eine Expertin an: „Mein Anliegen war, dass man hier [...] den Umweltschutzgedanken viel stärker positioniert. Also dass hier Umweltschutz höchste Priorität hat und dass dem Unternehmen auch bewusst ist, dass Umweltschutz für den weiteren Erfolg absolut wichtig ist.“ (I5)

„Eines der wichtigsten Instrumente ist die Berichterstattung, weil diese einfach maßgeblich zur Bewusstseinsbildung im Haus beiträgt.“ (I6) Diese Perspektive ist in allen betrachteten EVU anzutreffen. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung zielt somit nicht nur auf die Darstellung der bearbeiteten Themen nach außen, sondern explizit auch nach innen zur Information der eigenen

MitarbeiterInnen ab. Sonst wären es „immer nur einzelne Gruppen, die sich damit beschäftigen.“ (I6) Zur Schaffung von Problembewusstsein zeigen Nachhaltigkeitsberichte teilweise auch auf, wie der Status Quo bei manchen Themen aussieht, auch „wenn dieser im Sinne der Nachhaltigkeit nicht gerade optimal ist.“ (I5) Dies stellt einen ersten Schritt hin zur Bearbeitung dieser Themen dar. Im Zusammenhang mit diesem Aspekt kann jedoch innerhalb der Unternehmen ein Konflikt auftreten: Auf der einen Seite steht dabei das Nachhaltigkeitsmanagement, welches mit der Berichterstattung die eigenen Aktivitäten transparent nach außen vermitteln will, auf der anderen Seite sind Unternehmen grundsätzlich an einer möglichst positiven Außendarstellung interessiert. Entschärft wird dieser Konflikt dadurch, dass ein transparenter Nachhaltigkeitsbericht schon fast ein „Muss“ für große (Energieversorgungs-)unternehmen darstellt, da diese sonst den Anschein erwecken würden, etwas verbergen zu wollen. Hier werden die institutionellen Zwänge deutlich: Unternehmen müssen den gesellschaftlichen Normen und Erwartungen hinsichtlich Transparenz entsprechen, um ihre Legitimität zu wahren. „Window Dressing“, also eine gezielte positive Darstellung nach außen hin, welche den unternehmensinternen Realitäten widerspricht, wird in den EVU generell als kaum möglich und nicht zielführend erachtet. Gleichzeitig ist die Selbstwahrnehmung innerhalb der EVU insofern verzerrt, dass einem normativ wünschenswerten Handeln eine höhere Bedeutung beigemessen wird. Ein gewisses Maß an Entkopplung, wie unter 3.1 beschrieben, entsteht als Konsequenz daraus, wobei dies keinen bewussten Akt des Irreführens von Anspruchsgruppen, sondern eher eine Auswirkung der verzerrten Selbstwahrnehmung darstellt.

Die Bedeutung der Eigentümer

Die Eigentümer der EVU verfügen über einen großen Einfluss auf deren unternehmerisches Handeln. Alle betrachteten Unternehmen sind mehrheitlich (>50%) in öffentlichem Eigentum. Bei EVU-1, welches vollständig in Landeseigentum ist, wird dies als eindeutiger Vorteil gesehen, da Nachhaltigkeit ein zentraler Auftrag des Eigentümers ist. „[...] das ist das Schöne in diesem Unternehmen, dass es sein muss.“ (I5) Aus diesen Überlegungen heraus hat auch die Vermittlung der eigenen Nachhaltigkeitsaktivitäten über verschiedene Kommunikationskanäle nur eine untergeordnete Rolle, da diese Aktivitäten nicht wirtschaftlichen Rentabilitätsüberlegungen unterworfen sind.

In EVU-2 und EVU-3 stellte sich die Situation anders dar. Es wurde betont, dass ein öffentlicher Eigentümer immer wieder Interessen einbringt, die in Konflikt mit unternehmerischen Interessen stehen. So sind durchaus Dilemmata vorhanden, wenn Nachhaltigkeit und Renditeforderungen nicht miteinander im Einklang stehen und in letzter Konsequenz Entscheidungen fallen, die für die Nachhaltigkeit nicht förderlich sind.

Einfluss des Nachhaltigkeitsmanagements

Aus den erhobenen Daten ergibt sich ein gemischtes Bild über den Einfluss des institutionalisierten Nachhaltigkeitsmanagements. Bei manchen Themen kann dieser von bedeutendem Ausmaß sein. Dies kann im Einbringen neuer Ideen und Aspekte von Nachhaltigkeit, in der Erstellung und Auswertung von Studien zu zukünftigen Herausforderungen, im gesamten Umweltmanagementbereich, im Personalbereich oder auch in der Stakeholderkommunikation liegen. Generell dient diese Einrichtung der Verankerung von Nachhaltigkeitsüberlegungen in den unternehmerischen Abläufen. Dazu eine Expertin aus einem EVU: „Es ist schon so, dass wir immer Nachhaltigkeitsaspekte mitdenken, aber es ist immer ein Abwägen zwischen den drei Säulen“ (I6), also Wirtschaft, Umwelt und Soziales. Darüber hinaus kann diese Organisationseinheit bzw. auch die direkt darin tätigen Personen als „ethische Instanz“ (I1) des Unternehmens fungieren.

Allerdings gibt es auch klare Grenzen um das Nachhaltigkeitsmanagement. Eingriffe in die Geschäftstätigkeit werden abgelehnt bzw. als nicht möglich eingestuft. „Man ist ja nicht der Generaldirektor“ (I5), lautet eine Einschätzung die diesen Umstand verdeutlichen soll, nicht ohne der Anmerkung, das selbst CEOs viele Entscheidungen nicht nach eigenem Willen treffen können, sondern u.a. den Anforderungen des Eigentümers und den gesetzlichen Vorgaben entsprechend zu handeln haben. Zu den Grenzen des Nachhaltigkeitsmanagements zählt auch die notwendige Vereinbarkeit zwischen Nachhaltigkeitsstrategie und Unternehmensstrategie, welche in den betrachteten Unternehmen durchgehend vorzufinden war. „Die Nachhaltigkeitsstrategie ist ja auch heruntergebrochen von der Unternehmensstrategie.“ (I6) Daraus folgt eine beträchtliche Einschränkung der möglichen Handlungsoptionen für die Unternehmen.

Das Thema Klimaschutz ist bei EVU unmittelbar mit der zentralen Geschäftstätigkeit verbunden, was folglich bedingt, dass diese Thematik primär im Einflussbereich der generellen Managementstrukturen, also den linienverantwortlichen Personen, steht. Dies wird im folgenden Abschnitt näher ausgeführt. Beim unternehmerischen Handeln im Umgang mit Energiearmut hingegen kann das Nachhaltigkeitsmanagement einen deutlich größeren Einfluss entfalten. Prozesse sind hierbei die Bewusstseinsbildung und Auseinandersetzung innerhalb des Unternehmens, zusammen mit dem Eigentümer sowie mit wichtigen Stakeholdern. Das Nachhaltigkeitsmanagement kann als Impulsgeber dienen bzw. eine Stärkung von Initiativen durch eine klare Positionierung im Nachhaltigkeitsprogramm bewirken, wie im obigen Beispiel zum Umgang mit Energiearmut ausgeführt wurde. Somit ist es in der Formalstruktur und in den formellen Prozessen verankert und lässt darüber institutionelle Anforderungen in die Unternehmen einfließen.

5.2 Handeln im Hinblick auf Klimaschutz

Die Klimawirksamkeit des Handelns von Energieversorgungsunternehmen ist im Wesentlichen determiniert durch die eingesetzte Technologie und deren Effizienz in der Energiegewinnung, die verwendeten Primärenergieträger sowie die Effizienz in der Verteilung und beim Verbraucher. Bis auf letzteres sind all diese Aspekte nur langfristig veränderbar, weshalb in der Betrachtung des Handelns der Unternehmen die zeitliche Dimension berücksichtigt werden muss. Daher wird nachfolgend in kurz- und langfristiges Handeln unterschieden.

In einer kurzfristigen Betrachtung, also auf betriebswirtschaftlich-operativer Handlungsebene stehen unmittelbare Gewinnmaximierungs- bzw. Kostenminimierungsüberlegungen für die Unternehmen im Vordergrund. Aufgrund der aktuellen¹⁹ Preissituation auf den relevanten Energiemärkten, mit einem niedrigen Großhandelspreis für elektrische Energie, hohen Einkaufspreisen bei Gas, niedrigen Kohlepreisen und niedrigen Preisen für CO₂-Emissionszertifikate, kam es zu einer Situation, in der europaweit und auch in den befragten EVU, Kohlekraftwerke wieder vermehrt im Einsatz sind, obwohl diese als die klimaschädlichste Technologie eingestuft werden. „Es ist zur Zeit so, dass wir Kohlekraftwerke wirtschaftlicher fahren können als Gaskraftwerke. Die werden auch gefahren.“ (I6) Auch in EVU-1 findet sich die Aussage, dass viele moderne Kraftwerke mit hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplungs-Technologie vorhanden sind, diese allerdings kaum im Betrieb sind. Das Bewusstsein für die Umweltproblematik ist dabei vorhanden und man weiß, dass es sinnvoll wäre statt Kohle Gas zu verwenden. „Nur es muss sich halt auch rentieren.“ (I1)

In einer langfristigen Betrachtung sind jedoch andere Mechanismen von Bedeutung. Hier sind vor allem Entscheidungen über die zu tätigen Investitionen relevant, bei denen es zu einem Abwägen von politischen, technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, zukünftigen Marktbedingungen und gegenwärtigen wie zukünftigen Kundenerwartungen kommt. Besonders auf diese Investitionspläne haben die erwarteten politischen Entwicklungen und der/die Eigentümer einen großen Einfluss.

Es werden also erwartete Entwicklungen antizipiert und in der Unternehmensstrategie sowie den Investitionsplänen berücksichtigt. Dazu zählt, dass davon ausgegangen wird, dass der Klimawandel in Zukunft die Notwendigkeit verstärkt, die Gesamtenergieproduktion zu einem großen Teil aus erneuerbaren Energieträgern zu generieren. Es wird ein zunehmender politischer und gesellschaftlicher Druck in diese Richtung erwartet. So ist in der Unternehmensstrategie von EVU-2 explizit festgelegt, dass keine Neuinvestitionen in thermische Kraftwerke erfolgen sollen. Außerdem spielt hier auch das Argument der Risikostreuung eine Rolle, wobei vor allem die

¹⁹ Diese Arbeit wurde über das Jahr 2013 hinweg verfasst.

Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, mit allen damit verbundenen geopolitischen Faktoren, angestrebt wird.

In den EVU werden Investitionspläne von der Geschäftsführung zusammen mit dem Aufsichtsrat und damit den Eigentümern beschlossen. Der Eigentümerwille hat so einen unmittelbaren Einfluss auf diese für die zukünftige Klimawirksamkeit relevanten Entscheidungen. Es kommt hierbei auch unweigerlich zu einer Auseinandersetzung mit der Finanzierbarkeit von zukünftigen Vorhaben und es erfolgt eine Priorisierung aufgrund der Kosten. Im Hinblick auf Klimaschutz steht daher auch folgende Frage im Blickpunkt: "Welche Technologien sind eigentlich die günstigsten, um das Thema Klimaschutz rasch umzusetzen?" (I3) Bei diesen Entscheidungen verfügt das Nachhaltigkeitsmanagement in den beiden großen Unternehmen – EVU-1 und EVU-2 – über keine direkte Mitsprache. Auch der Beschluss zur starken Investition in Windkraft wurde im EVU-3 gefasst, noch bevor ein Nachhaltigkeitsmanagement unternehmensintern institutionalisiert wurde.

Anhand von EVU-3 kann die langfristige Perspektive rückblickend betrachtet werden. Die Ausrichtung der Unternehmensstrategie auf den Bau von Windkraftanlagen mit dem Ziel, damit eine zu 100% erneuerbare Stromversorgung im eigenen Tätigkeitsbereich zu erreichen, bestimmt die gegenwärtige Klimawirksamkeit. Wenn die Rahmenbedingungen – welche hier in der technischen Machbarkeit, dem vorhandenen Förderregime und der Marktsituation lagen – eine solche Strategie wirtschaftlich interessant erscheinen lassen, kann in der langen Frist eine nachhaltige Energieversorgung erzielt werden. Diese Situation wird rückblickend so beschrieben: „Das war einfach eine Entscheidung. Probieren wir es einmal. [...] Es hat so den richtigen Geschmack gehabt für die Zukunft und könnte vielleicht auch was werden. So ist das entstanden.“ (I9)

Unternehmensstrategien im Hinblick auf die THG-Emissionen

Die strategische Ausrichtung der EVU beinhaltet jeweils einen Fokus auf den Ausbau von erneuerbaren Energieträgern. Dabei sind die betrachteten Unternehmen allerdings in verschiedenen Ausgangssituationen und auch die vorhandenen Ambitionen variieren.

EVU-1 verfügt zum größten Teil über thermische Kraftwerke, welche mit Kraft-Wärme-Kopplungen (KWK) zur Bereitstellung von Fernwärme und mittlerweile auch Fernkälte ausgestattet sind. Beim Betrieb mit KWK ist eine hocheffiziente Umsetzung des Primärenergieträgers Erdgas in Nutzenergie möglich. Zusätzlich ist ein weiteres Kraftwerk mit Biomasse als Primärenergieträger in Betrieb. Typische großtechnische Anlagen mit einer niedrigen THG-Intensität wie Wasserkraftwerke sind aufgrund der lokalen Gegebenheiten – es fehlt an den nötigen Ressourcen und der Machbarkeit – nicht vorhanden. Der Ausbau von

Windenergie und Photovoltaik wird forciert, da aber insbesondere letzterer meist mit zusätzlichen Investitionen in die Netzinfrastruktur verbunden und überdies der Raum für die Errichtung beschränkt ist, werden diese Technologien lediglich als mögliche Ergänzungen zur bestehenden Erzeugung gesehen. "Wir wollen den erneuerbaren Sektor ausbauen. Doch solange es keine gescheiterten Energiespeicher gibt, erzeugen wir trotzdem den Großteil der Energie in den Gaskraftwerken, wobei wir noch am internationalen Strommarkt zukaufen." (I1) Als Handlungsgründe für die Verankerung von erneuerbaren Energien in der Unternehmensstrategie werden die Diversifizierung von Risiko, politischer Wille von Seiten des Eigentümers ebenso wie Klimaschutzüberlegungen genannt.

EVU-2 agiert aus der Ausgangssituation heraus, dass es über einen sehr großen Kraftwerkspark verfügt, sich nur auf die Erzeugung und Vermarktung von Strom konzentriert und gegenwärtig über 80% der Eigenerzeugung aus CO₂-freien Technologien, dabei hauptsächlich in Wasserkraftwerken, generiert. Die aktuelle Unternehmensstrategie sieht vor, diesen Anteil zu erhöhen und gleichzeitig auch die thermischen Kraftwerke auslaufen zu lassen. „CO₂ ist für uns absolut das Thema. Wenn wir den Klimawandel einschränken wollen – im besten Sinn – dann müssen wir aufhören mit dem CO₂-Ausstoß. [...] Wir investieren keinen Euro mehr in CO₂-Technologien.“ (I7) Im Zeitverlauf war dabei im Unternehmen zunächst eine Konzentration auf Gas statt Kohle als Primärenergieträger für die thermischen Kraftwerke vorgesehen, wobei die CO₂-Problematik einen Handlungsgrund darstellte. Zu dieser Zeit trat auch das EU-ETS in Kraft, wodurch die Annahme vorherrschte, dass die Energiegewinnung mit Kohle verteuert und damit unrentabel werden würde. Doch aufgrund der momentanen Marktsituation – hohe Gaspreise bei niedrigen Strompreisen – können Gaskraftwerke nicht mehr wirtschaftlich gefahren werden, was den Anstoß für einen Rückzug aus dieser Technologie darstellte. Dies fügte sich in die Ausgangslage des EVU-2, denn „wenn man schon 80% aus erneuerbaren Energien hat [...] und dann eine Rußspur hat – sozusagen – von 10-20%, dann kann man auf die auch verzichten. Wir wollen ein rein erneuerbares Stromunternehmen werden.“ (I7) Zu dem bestehendem Schwerpunkt Wasserkraft wird deshalb im Bereich Windkraft investiert. Dies stellt die *langfristige* Perspektive für das EVU-2 dar, in der kurzen Frist werden die vorhandenen thermischen Kraftwerke, welche aufgrund der Rahmenbedingungen derzeit zu einem großen Teil mit CO₂-intensiver Kohle betrieben werden, noch genutzt. Als Argument dafür wird die Versorgungssicherheit genannt. Die thermischen Kraftwerke werden als Ausgleichsmöglichkeit für die Schwankungen in der Energiegewinnung mit anderen Technologien und als Backup für die Energiebereitstellung gesehen. Aber auch wirtschaftliche Überlegungen, dass man diese nicht „mutwillig abschalten“ (I7) werden wird, bevor sie nicht das Ende ihrer Laufzeit erreicht haben, spielen hier eine zentrale Rolle.

EVU-3 hat seine langfristige Unternehmensstrategie mit dem Bau von Windkraftanlagen zum Zeitpunkt der Erhebung bereits umgesetzt und sein Ziel einer 100%-igen Stromversorgung aus erneuerbaren Energiequellen – bei einer Durchrechnung über das gesamte Jahr hinweg – erreicht. Für das Unternehmen stehen nun andere Aspekte im Mittelpunkt, insbesondere der langfristig rentable Weiterbetrieb der Windkraftwerke, die Thematik des Netzausbaus und in diesem Zusammenhang die regulatorischen Vorschriften sowie Überlegungen zum vermehrten Einsatz von Speichertechnologien. Rückblickend auf diese strategische Ausrichtung wird festgestellt: „Fördernd ist auf jeden Fall einmal ein wirtschaftlicher Anreiz. Wir sind ja eine Aktiengesellschaft und vom Aktienrecht her verpflichtet, Entscheidungen zu treffen, die unseren Shareholdern Value bringen. Also Geld machen. Wir dürfen also nur Risiken in sehr beschränktem Maß eingehen. Wenn es also wirtschaftlich gut darstellbar ist, eine bestimmte innovative Richtung einzuschlagen, dann wird das mit hoher Wahrscheinlichkeit passieren. Ein wirtschaftlicher Anreiz ist sicher der, der am meisten wirkt.“ (I9)

Wenn also die Rahmenbedingungen für die EVU in einer Form gestaltet sind, dass emissionsarme Energiegewinnung mit wirtschaftlichen Anreizen verbunden ist, werden diese ein gesellschaftlich erstrebenswertes Handeln in Form einer Reduktion der verursachten Klimabelastung setzen. Dabei sind nicht nur die gegenwärtigen, sondern insbesondere die Erwartungen an die zukünftigen Rahmenbedingungen für das Handeln von Unternehmen ausschlaggebend. Da langfristig von einer faktischen Bedeutungszunahme nachhaltiger Entwicklung ausgegangen wird, ist es für EVU auch aus wirtschaftlichen Überlegungen sinnvoll, Nachhaltigkeitsaspekte in ihre Strategie einfließen zu lassen. So antizipieren sie künftige Entwicklungen, um auch in Zukunft in ihrem Umfeld wirtschaftlich erfolgreich sein zu können. Es zeigt sich dabei die verwobene Form, in der politisch-ethische und wirtschaftlich-strategische Handlungsgründe ineinandergreifen (siehe Dyllick 2003 in Abschnitt 3.2).

Zukünftige und neue Geschäftsmodelle

Um für die zukünftige Entwicklung im Energiesektor gewappnet zu sein, werden von den EVU bereits heute neue Geschäftsmodelle entwickelt und erprobt. Diese konzentrieren sich auf die Energiegewinnung, hierbei hauptsächlich auf jene aus erneuerbaren Energieträgern und hocheffizienten Produktionsformen auf Basis fossiler Energieträger, sowie auf den Aufbau einer Dienstleistungssparte. Aussagen zur Motivation für das Handeln in diese Richtung sind: „Uns ist klar, dass wir in Zukunft nicht mit reinem Energieverkauf überleben können“ (I9) und „wir müssen uns natürlich so ausrichten, dass wir uns dem Wandel stellen. Denn wenn wir uns dem Wandel nicht stellen, dann sind wir automatisch nach einer bestimmten Periode tot, weil dieses Geschäft dann die anderen machen. Das heißt wir müssen uns zum Beispiel dahingehend wandeln, dass wir dann für unsere KundInnen eine andere Art von Services zur Verfügung

stellen.“ (I3) Durch neue Geschäftsmodelle sollen bzw. müssen die EVU auch in der Lage sein, den Widerspruch zwischen dem Ziel des Energievertriebs – einen hohen Absatz zu erreichen – und jenem der Gesellschaft und Politik – eine Steigerung der Energieeffizienz – zu lösen.

Der Umgang mit diesem Widerspruch, insbesondere in der öffentlichen Wahrnehmung, ist eine Herausforderung für die Unternehmen. „Unser Problem ist einfach ein Glaubwürdigkeitsproblem. [...] Wie kann ein Energieversorger vernünftige Ideen im Bezug auf Energie haben, die vielleicht nicht seine Interessen unmittelbar widerspiegeln. Jedes Mal wenn die Energiebranche den Mund aufmacht wird ihr unterstellt, sie sagt eigentlich eh nur Dinge die dazu dienen, mehr Energie zu verkaufen, billiger Energie an den Mann zu bringen und ihre Interessen zu wahren. Das wird schon auch stimmen, aber es stimmt nicht immer und manchmal kommen sehr gute Ideen aus der Energiebranche. Die kommen aus der Praxis und die müssen das dann umsetzen.“

(I9) So führen EVU-1 und EVU-3 ein Bonussystem für ihre StromkundInnen, welches diesen einen vergünstigten Neukauf von effizienten Neugeräten ermöglicht. Der betriebswirtschaftliche Nutzen liegt dabei in der stärkeren Kundenbindung, dem weiteren Einsatz von Elektrogeräten durch KundInnen sowie dem erbrachten Service als Dienstleistung für die KundInnen. Weitere Modelle sind projektorientiert, wobei Anlagen inklusive Servicepakete vertrieben werden, womit der reine Verkauf von Energie wiederum an Bedeutung verliert. „Also dass wir für den Kunden nicht die verkaufte Kilowattstunde in den Vordergrund stellen, sondern dass wir den verkauften Komfort in den Vordergrund stellen. [...] Ich will nicht die Kilowattstunde Wärme kaufen, sondern ich möchte es in einer angenehmen Atmosphäre warm haben. Das sind die Leistungen und da müssen wir umdenken wie das in Zukunft ausschaut.“ (I3)

Rolle des Eigentümers

Der bzw. die Eigentümer können grundsätzlich über die Unternehmensstrategie und die Ausrichtung der Unternehmen bestimmen. Da die betrachteten EVU in mehrheitlich öffentlichem Besitz sind, können die bzw. kann der Eigentümer dabei auf zwei Arten Einfluss nehmen, nämlich über das Unternehmenssystem (Entscheidungen im Aufsichtsrat) sowie über das politische System (Verordnungen, Gesetze, usw.). Ersteres wird als „ganz normale Beziehung zwischen Aufsichtsrat und Vorstand [...] wie in anderen Unternehmen auch“ (I6) beschrieben. Dabei werden die energiepolitischen Ziele auf der jeweiligen politischen Ebene mitgedacht bzw. mit eingebracht. Im Hinblick auf die Investitionspolitik, welche im Aufsichtsrat diskutiert und beschlossen wird, ist klar, dass dort ein Bewusstsein über die CO₂-Intensität einer Investition herrscht. Der politische Wille in den drei betrachteten Unternehmen ist auf klimaschonende Investitionen – solange diese wirtschaftlich rentabel erscheinen – ausgerichtet.

EVU stehen gleichzeitig in der Pflicht, die Profitabilität sicher zu stellen und dem Eigentümer bzw. den Eigentümern eine Dividende zu liefern, was auch klar eingefordert wird. Daraus

entstehen „immer auch Dilemmasituationen. Einerseits haben wir unsere CO₂-Ziele [...] – welchen Erzeugungsmix wollen wir erreichen – und andererseits haben wir einen massiven wirtschaftlichen Druck, dass wir unsere Ergebnisse bringen, dass wir unsere Dividende zahlen können, dass wir am Kapitalmarkt gut dastehen.“ (I6) Die öffentliche Eigentümerschaft kann auch zu weiteren Zielkonflikten führen, da politische Interessen nicht unbedingt mit betriebswirtschaftlichen Zielen vereinbar sind.

Bedeutung der Politik

Auf Ebene der Politik werden die Rahmenbedingungen geschaffen, von denen die Strategien der einzelnen EVU stark abhängen. Dabei sind nicht nur gegenwärtige politische Regelungen, sondern insbesondere erwartete, zukünftige Entscheidungen relevant. Da der anthropogene Klimawandel außer Zweifel steht, wird davon ausgegangen, dass sich die langfristige Notwendigkeit eines Gegensteuerns in der Energiepolitik niederschlägt. Die einzelnen EVU stellen sich auf diese Veränderung des institutionellen Umfeldes ein. „Insgesamt müssen wir uns danach ausrichten, an den Gesetzen die sich entwickeln.“ (I3) „Unsere Klimapolitik entwickelt sich auch wie das Anspruchsniveau unseres Umfeldes, einerseits der Politik, andererseits der Bevölkerung.“ (I6) Die einzelnen EVU versuchen dabei mitunter von der politischen Entwicklung zu profitieren, in dem sie durch ihre eigenen Bemühungen für eine klimaschonende Energieversorgung – seien dies nun die Produktion in großteils THG-freien Kraftwerken, die verstärkte Einbettung erneuerbarer Energiequellen in die Energieversorgung oder Energieeffizienzmaßnahmen – einen Wettbewerbsvorteil erzielen.

Klimapolitische Instrumente wirken auf die EVU in verschiedener Intensität ein, wobei die Stärke der Auswirkungen auch von der konkreten Gestaltung abhängt. Oft sind dabei Details in der praktischen Umsetzung sowie die induzierten Anreize für das Erreichen des verfolgten Ziels von kritischer Bedeutung. Politische Vorgaben auf EU-Ebene stellen dabei den bedeutendsten Bereich dar. Es ist ein grundsätzlicher Konsens in den EVU darüber vorhanden, dass die THG-Emissionen langfristig reduziert werden müssen. In den EVU wird daher auch der politische Entstehungsprozess der neuen europäischen Klimastrategie und der darin verfolgten Ziele genau beobachtet. Es wird eine Entwicklung hin zur Priorisierung der THG-Emissionsreduktion als oberstes Ziel erwartet. „Man muss eine neue Prioritätensetzung in der EU haben. Und das ist in Brüssel auch schon so. [...] Es ist nur noch eine Frage von Jahren, bis das geändert wird.“ (I7) Im aktuell vorgeschlagenem Rahmen für die europäische Klima- und Energiepolitik²⁰ bis 2030 findet sich diese erwartete Entwicklung bereits wieder. Darin wird eine THG-Reduktion um 40 %

²⁰ Es handelt sich hierbei um die Vereinbarung, die den 20/20/20-Zielen nachfolgen soll. Siehe auch „Europäische und nationale Klimapolitik“, Seite 17

unter den Stand von 1990 angepeilt und der Ausbau des Gesamtanteils erneuerbarer Energien auf 27% festgelegt. (Europäische Kommission, 2014)

Auf nationaler Ebene findet in Österreich vor allem eine Auseinandersetzung mit der Umsetzung von EU-Richtlinien statt. So wird der aktuelle Entwurf des Energieeffizienzgesetzes (Energieeffizienzpaket des Bundes 2013) dahingehend kritisiert, dass der Energievertrieb für die Erreichung von Effizienzzielen bei den Verbrauchern verantwortlich sein soll. „Das ist ein Interessenskonflikt direkt an der Front. [...] Das ist ganz schwer mit Vertriebsmitarbeitern umzusetzen.“ (I9) Das im Gesetzesentwurf vorgesehene Anreizsystem wird schlicht als unzureichend zur Erreichung der Effizienzziele erachtet. Die Smart Meter Verordnung ist ein anderes Beispiel für nationales Recht, dem einerseits Positives abgewonnen wird, da durch Smart Meter eine Bewusstseinsbildung bei Endverbrauchern induziert werden kann, andererseits werden Details in der Ausgestaltung des Gesetzes kritisch kommentiert, da zum Beispiel die Definition beim zu erreichenden Ausstattungsgrad unklar bleibt. Die „Smart Meter Verordnung sagt bis 2019 müssen 95% Smart Meter sein. Ich sag das jetzt deswegen, weil es nicht klar ist was 100% sind! Wenn jetzt ein Kunde sagt: ‚Ich möchte keinen Smart Meter haben.‘ – das ist ja eine Investition die der Kunde zahlen muss, ich kann den ja nicht gesetzlich verpflichten und sagen ‚du musst dir jetzt einen Smart Meter einbauen lassen‘ – ist es dann so, dass 100% diejenigen sind die sagen: ‚Ja, von mir aus, baut mir eines ein.‘? Dann schick ich einfach an meine Kunden einen Brief hinaus und sage: ‚Wer Interesse hat soll sich bei uns melden.‘ Dann bekomme ich 200 Antworten zurück – sind dann 200 die 100%?! Das ist alles so unausgegoren, da hat sich niemand überlegt was will ich und wie erreiche ich das.“ (I9)

Die auf Landesebene regional tätigen EVU stehen weitreichenden Forderungen der Eigentümer (Dividende, Investitionen, Personalpolitik, Nachhaltigkeitsmanagement, usw.) gegenüber. Darüber hinaus können auch auf Landesebene klimapolitische Ziele verfolgt werden, wobei die im Landeseigentum befindlichen EVU verpflichtet werden, einen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele zu leisten. Insbesondere im EVU-1 war dieser Aspekt präsent. Dort wird dies generell als konstruktive Zusammenarbeit beschrieben, welche in intensiver, gegenseitiger Abstimmung erfolgt und bei der gemeinsam Projekte umgesetzt und Ziele verfolgt werden.

Relevante Märkte

EVU agieren auf liberalisierten Energiemärkten, welche insbesondere in den vergangenen Jahren starken Veränderungen unterworfen waren. Das Marktumfeld ist dabei bedeutend von Faktoren außerhalb von nationalen Gegebenheiten beeinflusst, wie zum Beispiel dem Marktpreis von Rohöl und dessen Einfluss auf den Gaspreis, welcher wiederum Einfluss auf die Gesamtenergiepreise in Österreich hat. Auch der Einkauf von Energie am Markt ist eine bedeutende Frage. Am Gasmarkt verfügen die Unternehmen hauptsächlich über langfristige

Lieferverträge, welche zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit abgeschlossen wurden, dabei „aber nun nicht die notwendige Flexibilität“ (I1) bieten. Insbesondere kann deshalb nicht zu niedrigeren Spotmarktpreisen Gas beschafft werden. Die hohen Gaspreise bewirken, dass momentan der Betrieb von – selbst hocheffizienten – Gaskraftwerken kaum wirtschaftlich möglich ist. Die Abhängigkeit von importiertem Gas wird in der langen Frist als nicht unproblematisch betrachtet, was wiederum in strategische Überlegungen zur Diversifizierung der verwendeten Energiequellen einfließt.

Die Veränderungen und Dynamik auf den Strommärkten (Großhandel wie auch im Endkundenmarkt) sind weitreichend. Einerseits ist der Strommarkt liberalisiert, gleichzeitig kommt es zu einer Einflussnahme durch politische Maßnahmen. Von Bedeutung sind hier exemplarisch die energiepolitischen Entwicklungen im Bereich der Atomkraft, die Frage welche Bedeutung Kohle als Primärenergieträger zukommen soll, Entscheidungen darüber, ob Fracking zur Energiegewinnung eingesetzt werden soll oder sowie Überlegungen ob Offshore- und Onshore-Windanlagen gebaut und ausgebaut werden sollen. All diese Parameter beeinflussen die Energiepreise und damit auch die österreichischen EVU. „Es ist schwieriger geworden, in diesem sehr volatilen Marktumfeld stabile Energiepolitik zu machen.“ (I9) Die Förderung von erneuerbaren Energieträgern – insbesondere unter dem Leitthema Energiewende in Deutschland – hat zum Beispiel zu einer Verschiebung des Marktangebots und damit einhergehend zu einem Sinken der Strompreise im Großhandel geführt. Das wiederum kann sich negativ auf die Wirtschaftlichkeit der bestehenden Kraftwerke der österreichischen EVU auswirken, was auch von zwei der drei betrachteten Unternehmen bestätigt wird. Zudem ist der allein auf dem Prinzip von Angebot und Nachfrage basierende Strommarkt nicht in der Lage, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. „Man hat zu wenige Mechanismen um die langfristige Versorgungssicherheit sicherzustellen und da müssen neue Mechanismen von der Gesetzgebung geschaffen werden. Wir glauben stark daran, dass es da Änderungen geben wird.“ (I3) Die momentanen Marktbedingungen fördern keine Investitionen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit: „Man macht sich Gedanken über Kapazitätsmärkte, weil man ja sehr wohl das Backup von Großanlagen, die nach Bedarf gefahren werden können, braucht. Nur wer investiert dann in diese Großanlagen, wenn sie nicht wirtschaftlich gefahren werden können?“ (I6) Von anderer Stelle wird ebenso betont, dass es Anreize braucht „um beispielsweise Speichertechnologien voranzutreiben. Der einzige großtechnische Speicher der momentan gut funktioniert ist Wasserkraft. Aber es ist auch derzeit nicht rentabel, Wasserkraftspeicher zu errichten. Die sind zu teuer. Die Politik ist da natürlich gefordert Maßnahmen zu setzen, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet wird.“ (I3)

Die Situation am Gasmarkt ist demgegenüber relativ stabil und steht in den Unternehmen weniger zur Diskussion. Die EVU sind auf diesem Markt einerseits in einer Händlerrolle: Sie beschaffen Gas, um es an die eigenen KundInnen weiterzuverkaufen. Andererseits sehen sie sich hier in der Funktion eines Infrastrukturdienstleisters.

Ein weiterer Markt ist jener für den Handel mit Emissionszertifikaten. Das EU-ETS, welches in dieser Hinsicht die wichtigste Institution innerhalb Europas darstellt, „ist leider ein Markt ohne Auswirkungen. [...] Die Mechanismen haben nicht so funktioniert, wie man sich das vorgestellt hat.“ (I6) Höhere Preise für die CO₂-Zertifikate würden die EVU unmittelbar dazu veranlassen, zum Beispiel Kohlekraftwerke nicht mehr zu fahren. Für Unternehmen mit einem hohen Anteil an erneuerbarer Energieerzeugung sowie für jene, mit einem effizienten Kraftwerkspark könnte auch ein wirtschaftlicher Mehrwert entstehen, da sie Kostenvorteile realisieren könnten. Momentan ist dies aber nicht gegeben: „Das heißt, auch wenn wir sehr erneuerbar aufgestellt sind, haben wir eigentlich keinen Mehrwert daraus.“ (I6)

Wettbewerbsfähigkeit

Eine Reduktion der THG-Emissionen wird dann von den EVU verfolgt, wenn dies mit den Unternehmenszielen vereinbar ist. Ein (erwarteter) Wettbewerbsvorteil kann sich dabei durch Kostenvorteile aufgrund der eingesetzten Technologien, das Lukrieren von Fördermitteln oder dem Wettbewerbsvorteil aufgrund der Möglichkeit die eigene, nachhaltige Energiegewinnung in Kundenbindung und Neukundenakquise zu transformieren, ergeben.

Von zwei der betrachteten EVU wird das positive Image nachhaltiger Stromerzeugung durch THG-freie Technologien aktiv im Wettbewerb eingesetzt. Der Aspekt wird in Werbekampagnen und der Außendarstellung der Unternehmen betont und als Argument für die Gewinnung von neuen KundInnen verwendet. Bereits in der Überlegung zur strategischen Ausrichtung auf eine eigene Windkrafterzeugung wurde in EVU-3 festgehalten: „Wir sind ein sehr kleines EVU. Und haben wirklich versucht, uns einen USP²¹ herauszuarbeiten. [...] Es muss auf einer wirtschaftlich fundierten Basis stehen, denn sonst würden wir unverantwortlich handeln. Aber ja, es war ein gewisser Pionierakt es zu tun. Es war einfach der USP-Gedanke.“ (I9) Eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Schaffung eines Unique Selling Points war also mit ein wirtschaftlicher Anreiz, der zur Entscheidung für die gewählte THG-freie Strategie führte.

Die Bedeutung von Legitimität

Die Sicherung des Zuspruchs von Legitimität durch die Öffentlichkeit stellt in Umweltfragen ein Muss für die EVU dar. So ist in EVU-2 der Anspruch der Nachhaltigkeit im Projektmanagement

²¹ USP: „unique selling proposition“ oder „unique selling point“ bezeichnet ein Alleinstellungsmerkmal, welches ein Unternehmen im Wettbewerb von Mitbewerbern abhebt.

insofern klar definiert, dass eine Analyse der Umweltauswirkungen und der sozialen Auswirkungen als Standard-Prozedur vorgesehen sind. Bei großen Kraftwerksprojekten ist dies mittlerweile Routine und wird beschrieben als „Licence to operate - wenn wir das nicht machen, dann bauen wir das nicht.“ (I6) Eine weitere Aussage im Zusammenhang mit der Bedeutung von Umweltschutz für ein EVU: „Umweltschutz ist etwas, das man auch propagiert und sagt: Davon leben wir.“ (I5) Das Thema Nachhaltigkeit im Umweltfragen „muss man haben und in Österreich tun wir uns leicht, weil wir strenge Umweltgesetze haben.“ (I5) Dies geht konform mit den Aussagen von Bansal/Roth (2000), wonach Legitimität einen bedeutsamen Handlungsgrund für Umweltschutz durch Unternehmen darstellt.

Bei Fragen der Klimawirksamkeit sind Legitimitätsüberlegungen als Handlungsgrund weniger präsent. Der öffentliche Druck ist in diesem Aspekt kleiner, zudem kann die Umweltauswirkung der verkauften Energie aufgrund der derzeit geltenden gesetzlichen Rahmenbedingung von EVU verschleiert werden. So wird StromkundInnen sehr wohl eine gesetzlich geregelte Darstellung des angebotenen Erzeugungsmix, welche durch die Stromkennzeichnungsverordnung festgelegt ist, geboten, welche jedoch unabhängig von der Stromproduktion und vom Stromeinkauf des EVU ist. Für den Ausweis der eingesetzten Primärenergieträger (nukleare, fossile, erneuerbare) werden nämlich Zertifikate verwendet, welche unabhängig vom tatsächlich produzierten oder eingekauften Strom angeschafft werden können. Aufgrund der momentanen Ausgestaltung des Strommarktes ist dieser Ausweis allerdings auch nicht anders realisierbar. Die Möglichkeit der Um-Etikettierung von elektrischer Energie muss dabei dennoch kritisch hinterfragt werden, da dadurch gegenüber den KundInnen und der Öffentlichkeit die Auswirkungen der Produktion des verkauften Stroms irreführend vermittelt werden. Diese Situation wird auch seitens der EVU nicht unkritisch kommentiert: „Da kann man sagen: ‚Ja, das ist eine Augenauswischerei.‘ Oder man kann sagen: ‚Okay, Österreich fängt da einmal an.‘ Es ist ein Versuch. Österreich geht da einen Schritt voraus in Europa. Es ist auch noch nicht klar, ob die europäische Kommission das als zulässig anerkennt. [...] Aber das werden wir sehen.“ (I7) Die gegenwärtige Ausgestaltung der Stromherkunft hat einen, den Legitimitätsdruck auf die Unternehmen mindernden Effekt. Wichtigen Stakeholdern, allen voran den eigenen KundInnen, kann und wird hier – ganz im Sinne einer Entkoppelung – eine den gesellschaftlichen Normen und Erwartungen gerecht werdende Außendarstellung geboten.

Legitimität wird bei Betrachtung des EVU-3 im Hinblick auf die Einführung der strategischen Ausrichtung auf Windkraft um eine Facette bereichert. So gingen die Idee und der Wunsch für die Umsetzung dieser Strategie von den damaligen Vorständen aus, welche Argumente dafür zusammentrugen, um von den Stakeholdern des Unternehmens Legitimität zugesprochen zu bekommen: „Das war einfach eine geile Idee. Man hat dann einfach versucht, geile Ideen im

Nachhinein zu rechtfertigen. Man musste die unterschiedlichsten Rechtfertigungen erfinden, oder finden, weil sie sind ja schon da, je nachdem, wemgegenüber man sich rechtfertigen muss." So wurde gegenüber an EVU-3 beteiligten Unternehmen die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit betont, gegenüber dem öffentlichen Hauptaktionär eher die regionalpolitische Dimension verdeutlicht und gegenüber den MitarbeiterInnen diese Strategie als neues Betätigungsfeld mit Wachstumspotential und damit auch als Absicherung des Unternehmenserfolgs und der Arbeitsplätze näher gebracht. Durch die Vereinbarkeit des unternehmerischen Handelns mit relevanten sozial konstruierten Systemen von Normen, Werten und Definitionen, wird diesem Legitimität zugesprochen. (siehe Abschnitt 3.1)

Ökologische Verantwortung

In den EVU ist ökologische Verantwortung für das unternehmerische Handeln grundsätzlich verankert. Dieser Aspekt tritt dabei allerdings in verschiedenster Form zum Vorschein. So werden in EVU-1 vor allem technische Maßnahmen, wie die Erreichung höchstmöglicher Effizienz in der Energieerzeugung oder der Einsatz der besten zur Verfügung stehenden Umwelttechnologien, thematisiert. In EVU-2 ist vor allem das Umweltmanagement, aus dem sich wie oben beschrieben das Nachhaltigkeitsmanagement entwickelt hat, präsent. Aber auch das Bewusstsein, dass eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes ein Muss für die Gesellschaft darstellt, ist vorhanden. In EVU-3 wurde ökologische Verantwortung mit weiteren, wirtschaftlichen Überlegungen gekoppelt und in der Unternehmensstrategie verankert.

Gleichzeitig ist die Wirksamkeit von ökologischer Verantwortung als Handlungsgrund beschränkt. Vor allem bei Investitionsentscheidungen tritt diese in den Hintergrund. Zudem zeichnen sich die Organisationsstrukturen dadurch aus, dass persönliche Werte von MitarbeiterInnen und dabei insbesondere von Führungspersonen im Allgemeinen nur geringen Einfluss auf das unternehmerische Handeln haben und es zu keiner Idealisierung von Nachhaltigkeitsthemen in den Unternehmen kommt.

Technische Herausforderungen

In den EVU besteht ein Konsens darüber, dass elektrische Energie in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird. In diesem Zusammenhang gilt es einige technische Herausforderungen zu lösen. Dazu zählt, dass der Einsatz von erneuerbaren Energieträgern erhöht werden muss um eine nachhaltigere Stromproduktion zu erreichen. Die EVU richten ihre Unternehmensstrategie danach aus, sind dabei aber mit bedeutsamen technischen Schwierigkeiten konfrontiert. „Erneuerbare Energien erschweren das Ganze allgemein und alles, was das Netz smart macht und vielleicht zu einer Speicherung von elektrischer Energie führt, hilft.“ (19) Insbesondere kommt dem Thema Energiespeicherung eine große Bedeutung zu. „Das Speicherthema ist ein großes

Thema, und zwar aus verschiedenster Hinsicht: Erstens einmal würde es die Netze entlasten wenn man so Windspitzen, Böen von ein paar Stunden abfedern kann und dann in windschwachen Zeiten zurückfließen lässt. Rein physikalisch gesehen. Andererseits gibt es hier die Möglichkeit, dass wenn Windräder aus der Förderung hinauslaufen [...] das ist bei uns bereits der Fall [...], dann muss man auch die Möglichkeit haben den produzierten Strom zeitlich so verschieben zu können dass man auch vernünftige Preise am Markt erzielen kann. [...] Hier ist die Windstromspeicherung einfach eine wirtschaftliche Notwendigkeit.“ (I9)

Auch die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und Netzstabilität ist ein wichtiges Thema. Durch die Festsetzung der Tarife für den Netzbetrieb durch die Regulierungsbehörde E-Control steigt der Kostendruck bei den EVU und es wird für diese mitunter schwieriger, die Verfügbarkeit von Strom zu gewährleisten. Früher „war Geld genug dar, da hat man halt einfach alles doppelt und dreifach redundant gebaut und das hat einfach immer funktioniert. Jetzt ist das aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr möglich und man muss sich einer Grenze nähern und sich anschauen: Wo akzeptiert der Kunde noch Stromausfälle und wo akzeptiert er sie nicht mehr. Jetzt muss man einfach smarter sein als nur tief in die Tasche zu greifen und solche Probleme mit Geld zu lösen. Da kommt zum Beispiel Smart Grid ins Spiel. Aber erneuerbare Energien verkomplizieren die Versorgungssicherheit immer.“ (I9) So führt der Ausbau von dezentral errichteten Photovoltaik-Anlagen, wenn der produzierte Strom nicht unmittelbar vor Ort verbraucht wird, zu einer Einspeisung des Stromüberschusses in die vorhandenen Netze. „Das erreicht allerdings Dimensionen, wo das Netz – das ja darauf ausgelegt ist, Elektrizität an den Endverbraucher zu verteilen – wo sich die Flussrichtung signifikant umkehrt. Auf einmal muss dasselbe Netz die Energie vom Endverbraucher transportieren. [...] Da sind Investitionen notwendig.“ (I9) Dabei handelt es sich um beträchtliche Investitionen in die Netze, bei denen eine Vielzahl technischer Anforderungen erfüllt werden müssen. Ein Projekt zur Umgehung dieser Aufwände betreibt ein anderes EVU: Dabei werden Photovoltaik-Anlagen auf Dächern von Gewerbebetrieben gebaut, um die Stromerzeugung mit dem Stromverbrauch beim Betrieb unter Tags zusammenfallen zu lassen. „Dadurch erspart man den weiteren Ausbau der Netze.“ (I3) Doch langfristig wird eine stärker auf THG-freien Technologien basierende Energieversorgung eine bessere und anders ausgestaltete Elektrizitätsinfrastruktur – regionale ebenso wie die überregionale Netze – benötigen und für die EVU muss ein Anreiz bestehen, diese zu errichten und zu betreiben.

Die technischen Herausforderungen und das sich ändernde Umfeld der EVU verlangen von diesen neue Herangehensweisen. Die Unternehmen durchlaufen Veränderungsprozesse, welche mit Neuerungen und internen Widerständen verbunden sind. Dies sind zusätzliche Hürden, die

von den EVU auf dem Weg in eine auch wirtschaftlich nachhaltige Zukunft überwunden werden müssen.

5.3 Umgang mit Energiearmut

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt das Handeln der EVU im Hinblick auf den Nachhaltigkeitsaspekt Klimaschutz betrachtet wurde, folgt in diesem Teil eine Darstellung des Umgangs von EVU mit dem Thema Energiearmut. Von den untersuchten Unternehmen haben EVU-1 und EVU-2 ein konkretes, umfangreiches Modell für den Umgang mit energiearmen Haushalten etabliert. Dies ist bei EVU-3 nicht der Fall, der zentrale Grund dafür ist, dass nur eine geringe Zahl deren KundInnen von – für das EVU wahrnehmbarer – Energiearmut betroffen ist. Für diese bietet das Unternehmen bei Zahlungsschwierigkeiten spezielle Ratenzahlungspläne sowie die Installation eines Prepayment-Zählers an.

Die von EVU-1 und EVU-2 eingesetzten Modelle im Umgang mit Energiearmut werden nachfolgend vorgestellt. Die verallgemeinerbaren Phänomene, auftretende Gemeinsamkeiten sowie markante Unterschiede eben dieser werden im Anschluss daran thematisiert.

5.3.1 Modell der eigenen Organisationseinheit

In EVU-1 wurde aus Überlegungen dazu, wie mit energiearmen Kundengruppen umgegangen werden soll, ein eigenes Modell entwickelt. Aus der üblichen Kundenbetreuung, welche großteils standardisiert mittels eines unternehmenseigenen Customer-Care-Centers abgewickelt wird, war bekannt, dass es schwierige Fälle gibt und dass diese kaum mit der üblichen Kundenbetreuung zufriedenstellend bedient werden können. „Es gibt Kunden bei uns, die haben eben eine Lebenssituation in der sie sich Energie nicht leisten können. Wobei bei den Kunden einfach vielfältigste Problemstellungen da sind. Und solche Kunden in einer normalen Kundenbetreuung abzuwickeln kann im Grunde genommen nur dazu führen, dass ich viele Kontakte habe, dass ich im Unternehmen viel Aufwand erzeuge: Mit Abschaltungen, mit Mahnungen, mit Drohungen usw., aber ich arbeite nicht an der Lösung mit dem Kunden.“ (I2) Als Lösungsansatz für diese organisationsinterne Herausforderung entstand ein Konzept das vorsah, eine spezielle Organisationseinheit für die hier notwendige Betreuung einzurichten. Allein diese Entscheidung, sich dem Thema professionell zu widmen, wird als bedeutsamer Schritt im Umgang mit energiearmen Haushalten als KundInnen angesehen.

Die zentrale Frage bei der Ausgestaltung der Organisationseinheit lautete: „Wie könnte ich den Kunden in eine nachhaltige Energieversorgung überführen?“ (I2) Die wesentlichen Aufgaben der so entstandenen Organisationseinheit liegen insbesondere in der Betreuung und Begleitung von

Kundinnen und Kunden in sozialen Krisensituationen, der intensiven Zusammenarbeit und Vernetzung mit sozialen Einrichtungen und Fachleuten zum Thema.

Das erarbeitete und implementierte Modell basiert auf sechs Säulen:

- Kundenbetreuung von sozialen Härtefällen und Menschen in Krisensituationen
- Aufbau und Pflege von Netzwerken mit Sozialeinrichtungen
- Die Organisationseinheit fungiert als interne und externe Ansprechstelle in Sozialfragen
- Lösungskompetenz: Es werden individuelle Lösungen für die vorhandenen Probleme gesucht und umgesetzt
- Beratung von EntscheidungsträgerInnen
- Die Durchführung von Projekten passend zum eigenen Arbeitsschwerpunkt

Für die KundInnen des EVU werden folgende Leistungen erbracht:

- Eine individuelle Unterstützung beim Umgang mit Energieschulden, zum Beispiel durch: Hilfestellung beim Umgang mit sozialen Ansprüchen, Erstellen von individuellen Ratenplänen, Installation von Prepaymentzählern
- Gewährung von finanziellen Erleichterungen, zum Beispiel Storno von Gebühren für Zahlungsverzug (Mahngebühren, Inkassoaufträgen, Anwaltsverfahren), Storno oder Reduktion von Kosten im Zusammenhang mit Abschaltungen
- Förderung von Energieeffizienz, zum Beispiel durch kostenlose Bereitstellung von Stromverbrauchsmessgeräten, kostenfreie Energieberatung

In Zusammenarbeit mit andern Organisationen werden zielgruppenorientierte Energieberatungen in energiearmen Haushalten angeboten, welche auch die Suche nach möglichen Maßnahmen zur Energieeinsparung beinhalten. Abhängig von der Unterstützung durch öffentliche Stellen, NPOs, Gerätehersteller und den im EVU-1 zur Verfügung stehenden Mitteln können Maßnahmen verschiedener Größenordnung durchgeführt werden, mit dem gemeinsamen Ziel, die Lebenssituation der unterstützten Haushalte langfristig zu verbessern.

Das Wirken der Organisationseinheit ist stark durch eine intensive Vernetzung mit vorhandenen Sozialeinrichtungen geprägt. Die deutliche Bekenntnis dazu erfolgte mit dem Start der Organisationseinheit. Damit einher ging die Einbindung des vorhandenen Angebots an Sozialleistungen in die eigene Kundenbetreuung im Unternehmen. Die Sozialeinrichtungen haben bereits davor versucht, sich mit dem Unternehmen zu verbinden, um zum Beispiel spezielle Ratenzahlungen für Personen in Betreuung des Sozialamtes zu vereinbaren. Doch eine richtige Zusammenarbeit war erst durch die Bereitschaft des EVU, sich des Themas Energiearmut annehmen zu wollen, möglich und wurde von den anderen Organisationen

willkommen heißen. „Wir sind offene Türen ingerannt.“ (I2) Zu den wichtigsten Partnern aus dem Sozialbereich zählen sowohl öffentliche Stellen als auch große Nonprofit-Organisationen.

Ein weiteres Merkmal dieses Modells ist die klare Ausrichtung dahingehend, dass die KundInnen umfassend und über einen längeren Zeitraum hinweg in Betreuung stehen. „[...] das Entscheidende, was uns unterscheidet von vielen anderen Projekten [...] ist, dass wir sagen, wir schauen uns nicht nur die Energieversorgung an, sondern wir beleuchten mit den Sozialeinrichtungen das gesamte Leben des Kunden. Also wo steht der gerade, und macht es überhaupt gerade Sinn über das Energiethema mit dem Kunden zu sprechen.“ Bei „einem typischen Kunden“ kann oft erst nach der Lösung anderer Problemlagen auf das Thema Energie eingegangen werden, und „[...] aus dem Projekt heraus kriegt er vielleicht eine neue Heizung, oder es wird eine Wartung gemacht, dass er sich in Zukunft die Energie auch leisten kann. Und schon haben wir den Kunden am Weg, dass er zu einem normalen Kunden' wird.“ (I2)

Energiearmut wird hier als eines von vielen Problemen, mit denen die betreuten KundInnen umzugehen haben, anerkannt. Deshalb wird versucht, individuelle Unterstützung zu bieten und Lösungswege aufzuzeigen. Die hier gebotene Arbeit ist somit schwer mit einer üblichen Kundenbetreuung vergleichbar. „Wir reden hier von deutlich mehr Kontakt und viel intensiverer Auseinandersetzung.“ (I2) Durch diese individuelle Fallarbeit stehen den KundInnen ebenso wie den anderen Sozialeinrichtungen klare Ansprechpersonen, die mit der jeweiligen Situation vertraut sind, zur Verfügung.

Im Zuge der Schaffung der neuen Organisationseinheit wurde von Seiten des EVUs gezielt nach neuen MitarbeiterInnen mit einem beruflichen Hintergrund im Sozialbereich gesucht. „Nur aus dem eigenen Sud zu lesen, mit den eigenen Leuten: Das ist zwar schön, Erfahrungswerte aus den bisherigen Betreuungen zu haben, aber wir brauchen auch jemand externen. [...] Der einfach aus der Praxis, aus der Betreuung auch vor Ort, im Umgang, auf Sozialeseite einen Zugang hat.“ (I2) Dieser Herangehensweise wird dabei eine große Bedeutung für den Erfolg des Modells zugeschrieben: „Knowhow direkt aus dem Sozialbereich. Also wenn wir das nicht gemacht hätten... aus eigenem Antrieb hätten wir das nicht geschafft, wo wir jetzt stehen. [...] Ohne dem hätte es nicht funktioniert.“ (I2) Als Teamleiterin der geschaffenen Organisationseinheit fungiert eine diplomierte Sozialarbeiterin. Deren Erfahrungen und Perspektive auf die vorliegenden Problemlagen stellen sich im täglichen Umgang mit den spezifischen Bedürfnissen der betreuten Kunden und Kundinnen als bedeutendes Erfolgskriterium heraus.

Um die zu erbringenden Leistungen mit den im Unternehmen dafür zur Verfügung stehenden Kapazitäten – dies sind im Wesentlichen drei Mitarbeiterinnen – zu bewältigen, wurde ein Kriterienkatalog definiert, anhand dessen „der soziale Härtefall“ festgestellt wird. Erst wenn dies der Fall ist, gelangt der Kunde oder die Kundin in die Betreuung der Organisationseinheit.

Andernfalls ist die Standard-Kundenbetreuung mit dem vorliegenden Fall beschäftigt. Somit ist zwar ein funktionierendes Modell zum Umgang mit Energiearmut vorhanden, gleichzeitig fehlen aber die Ressourcen um dieses den meisten KundInnen, welche von Energiearmut betroffen sind, zu Gute kommen zu lassen. Auch organisationsintern wird das so gesehen: „Wir können die Initiative setzen, wir können den Fall anschauen, [...] aber wir werden jetzt das Thema Energiearmut mit unseren Mitteln nicht lösen können.“ (I2) Dies wird als Aufgabe der Politik gesehen und deshalb wird auch gezielt versucht, die eigenen Erfahrungen in politische Institutionen zu tragen.

5.3.2 Fonds-Modell

Im zweiten der betrachteten Unternehmen (EVU-2) stellt sich der Umgang mit dem Thema Energiearmut anders dar. Ausgehend von den gesellschaftlichen Herausforderungen Armut und Energiearmut hat das Unternehmen nach Möglichkeiten gesucht, hier ein soziales Engagement zu etablieren. In Gesprächen mit einer NPO wurde das Thema erläutert und festgestellt, dass es zum Zeitpunkt der Initiation des eigenen Modells keine Angebote für den Umgang mit Energiearmut in Österreich gab. Insbesondere der Status Quo zur damaligen Zeit wurde als nicht zufriedenstellend erlebt. So wird zum Beispiel der Heizkostenzuschuss als wenig treffsichere Maßnahme kritisiert, da er nicht dauerhaft wirkt und nicht die Art der Wärmeerzeugung berücksichtigt. Solche finanziellen Hilfen können oftmals nicht die grundlegende Situation in den unterstützten Haushalten verändern. Auch wird kritisiert, dass der Heizkostenzuschuss gewährt wird, wobei in manchen Fällen die Heizung mit einem offenen Backrohr erfolgt, oder ein Ölofen zum Einsatz kommt „der nur wärmt aber nicht gescheit ist. Und auch nicht dauerhaft die Energiekosten reduziert. Also einerseits CO₂ spuckt, aber die Energiekosten nicht reduziert.“ (I7) Auch das bis dahin vorhandene Angebot an Energieberatungen stand wegen des fehlenden spezifischen Zugangs zur Zielgruppe energiermer Haushalte in Kritik.

Aus dieser Situation heraus wurden Überlegungen hinsichtlich geeigneter eigener Maßnahmen angestellt. In der konzeptionellen Phase war das Unternehmen bestrebt, auch andere EVU in Österreich einzubinden und hat das Modell deshalb auch so ausgestaltet, dass jederzeit andere EVU in das Projekt einsteigen können. Die gemeinsamen Gespräche darüber werden knapp umschrieben mit: „Da sind wir aber bald an verschlossene Türen gestoßen.“ (I7) Eine Kooperation mit anderen EVU war also von Beginn an nicht möglich. Gemeinsam mit einer NPO wurde dennoch ein Modell erarbeitet, welches nach Meinung der Mitarbeiterinnen der NPO „ideal für diese Zielgruppe [...] und in ganz Österreich anwendbar“ (I7) ist sowie die Anforderungen des EVU-2 – langfristige Wirkung, schnelle Hilfe und CO₂-Reduktion – erfüllt.

Dieses Modell basiert im Wesentlichen auf drei Säulen:

- Die Durchführung von Energieberatungen, mit dem Ziel Einsparpotentiale beim Energieverbrauch (Strom und Wärme) zu identifizieren, z.B. durch den Einsatz stromsparender Haushaltsgeräte, neuer Fensterdichtungen, usw.
- Der Austausch von Elektrogeräten durch stromsparende neuere Modelle.
- Eine Unterstützung mittels einer Überbrückungsfinanzierung für Stromrechnungen zur Verhinderung einer drohenden Abschaltung. Dies unter der Voraussetzung einer Energieberatung und der Durchführung möglicher Effizienzmaßnahmen.

Zur Zielgruppe in diesem Modell zählen alle österreichischen Haushalte, welche sich in der Betreuung der kooperierenden NPO befinden und in Energiearmut leben. Der hierfür geschaffene Fonds unterstützt somit explizit auch KundenInnen anderer EVU. In Zahlen gefasst sind nur ein bis zwei Prozent der durch den Fonds betreuten KlientInnenen auch KundInnen von EVU-2, es werden also hauptsächlich KundInnen anderer österreichischer EVU betreut. Eine deutliche Einschränkung in diesem Modell, welche bereits in der Konzepterstellung bekannt war, liegt im Fokus auf den Verbrauch von elektrischer Energie. Dies wird damit gerechtfertigt, dass das EVU-2 ein Unternehmen mit Hauptaktivität in der Stromerzeugung und -vermarktung ist und sich dieser Schwerpunkt auch im Modell widerspiegeln sollte. Eine Ausweitung auf andere Energieformen stellt dabei aber einen logischen Ausbau des Leistungsumfangs dar, wenn der Fonds – auch durch eine Beteiligung anderer Organisationen – mehr Mittel zur Verfügung hätte.

Die organisatorische Umsetzung sieht vor, dass die Unterstützung und Betreuung durch die NPO erfolgt. Es wurde innerhalb dieser eine Fondskoordinierungsstelle eingerichtet, welche die zur Verfügung stehenden Gelder verwaltet. Diese Stelle ist eine Art Drehscheibe für das Thema Energiearmut zwischen den auf ganz Österreich verteilten Beratungsstellen der NPO, an die sich Haushalte wenden können. Die SozialarbeiterInnen in diesen Beratungsstellen sind zum Teil speziell geschult um sich bereits beim Erstkontakt besser dem Thema Energiearmut widmen zu können. Stellt sich im Zuge der Betreuung heraus, dass das Thema Energie ein Problem im Haushalt ist, dann wird die Koordinierungsstelle eingebunden. Diese organisiert einen Termin mit einer / einem EnergieberaterIn aus der Nähe, welcheR wiederum die energetische Situation im betroffenen Haushalt abklärt. Auch die EnergieberaterInnen absolvierten spezielle Schulungen zum Thema Energiearmut und dazu, wie sie die Beratung in diesen Fällen sinnvoll gestalten können.

Wenn sich herausstellt, dass ein Haushalt akut von einer Abschaltung betroffen ist, bekommt dieser eine sofortige Überbrückungshilfe (im Durchschnitt 100€). Für die Sicherstellung einer zweckmäßigen Verwendung dieser Hilfe und für die Vereinbarung von Ratenzahlungsmodellen ist hier die NPO unmittelbar eingebunden.

Ein Jahr nach Implementierung von Energieeffizienzmaßnahmen evaluiert einE EnergieberaterIn deren Wirkung. Die durchschnittliche Einsparung im Stromverbrauch betrug dabei 1.867 kWh pro Jahr und Haushalt, was bei einem vereinfacht mit 20 Cent/kWh angenommenem Strompreis einer jährlichen Kostenersparnis von ca. 372€ pro Haushalt entspricht. Diese Ergebnisse liefern den handelnden Organisationen die Bestätigung dafür, dass das angewandte Fonds-Modell die gewünschte Wirksamkeit erreicht.

Die Kooperation zwischen dem EVU-2 und der NPO basiert grundlegend auf Verträgen mit einer Laufzeit von einem Jahr, ist dabei aber langfristig ausgelegt. Halbjährlich wird eine Evaluation (wie viele Haushalte wurden besucht, wie viele Geräte getauscht, udgl.) und eine Schwerpunktsetzung durchgeführt. Die Zusammenarbeit wird generell als „ein sehr offenes Miteinander, ein sehr konstruktives Miteinander“ beschrieben, in dem „jeder seine Stärken einsetzt, wo er sie hat!“ (I7)

Die Finanzierung des Fonds übernimmt in diesem Modell zur Gänze das EVU-2. Der zur Verfügung gestellte Betrag hängt dabei unmittelbar von der Zahl der belieferten Haushalte des EVU-2 ab. „Wir machen das ja stellvertretend für unsere Kunden“ (I7), es wird also durchaus im Bewusstsein gehandelt, dass die Kosten dieses sozialen Engagements über die Umsätze aus der Versorgung von Haushaltskunden finanziert werden. Dies wird auch den eigenen KundInnen über Informationskampagnen vermittelt. Im Zuge dieser Pressearbeit wurde beispielsweise eine Aktion in Social-Media Plattformen gestartet, im Rahmen derer weitere Mittel für den Fonds zur Verfügung gestellt wurden.

5.3.3 Erkenntnisse zum Umgang von EVU mit Energiearmut

Die beiden von den EVU gewählten Modelle weisen einige Gemeinsamkeiten auf. So sind insbesondere die Betreuungsprozesse ähnlich gestaltet. Die Betreuung beim Modell der eigenen Organisationseinheit erfolgt mit einer starken Vernetzung mit Sozialeinrichtungen. Beim Fonds-Modell hingegen kommen die Personen überhaupt erst in den Pool der Unterstützten, wenn sie bereits in der Betreuung der NPO stehen, welche für sich wieder die Zusammenarbeit mit diversen anderen Sozialeinrichtungen sicherstellt. Beiden gemeinsam ist somit die Funktion einer zentralen und gut vernetzten Abwicklungsstelle, die in individueller Fallarbeit ihre KlientInnen betreut. Darin geht es zu einem nicht unerheblichen Teil auch darum, KlientInnen dabei zu helfen, die Leistungen der für sie in Frage kommenden Sozialhilfen zu erhalten (z.B.: Heizkostenzuschüsse, Wohnzuschüsse, udgl.). Typisch für dieses Strukturmerkmal ist folgende Aussage: „Denn die Schwierigkeit ist eben, dass die Klienten oft gar nicht wissen: ‚Wie komme ich überhaupt zu den verschiedenen Hilfseinrichtungen oder Maßnahmen.‘ Wenn du aber von einer Stelle alle drei Maßnahmen bekommst und dir das auch noch organisiert wird, dann ist die

Chance, dass es gemacht wird und dann zur Wirkung kommt - langfristig - eine höhere.“ (I7) Dieser Zugang zu den betreuten KlientInnen ermöglicht es also, auf die vorhandenen multikomplexen Lebenslagen einzugehen. Die angestrebte Vernetzung hat aber auch den pragmatischen Grund doppelte Bezüge von Hilfsmaßnahmen durch Haushalte zu verhindern.

Die Organisationsstruktur der Modelle ist hingegen andersartig: Die eigene Organisationseinheit ist direkt im EVU-1 angesiedelt, allerdings mit MitarbeiterInnen mit einem beruflichen Hintergrund im Sozialbereich besetzt. Diese Form der Struktur gewährleistet einen großen internen Einfluss im EVU und erlaubt zum Beispiel den direkten – und damit schnellen und unkomplizierten – Eingriff in das unternehmensinterne Kundensystem. So können Zahlungsaufschübe, Nachlässe oder sonstige Maßnahmen des Energieschuldenmanagements unmittelbar in Kraft gesetzt werden. Seitens des EVU müssen hierbei die anfallenden Personalkosten finanziert werden.

Dem gegenüber ist die Organisation der gebotenen Leistungen im Fonds-Modell in der NPO angesiedelt. Eine Steuerungsgruppe, welche sich aus Vertretern der NPO und des EVU-2 zusammensetzt, erstellt das Modell, nach dem gearbeitet wird, evaluiert die Ergebnisse und gibt weitere Ziele bzw. Maßnahmen vor. Die Umsetzung obliegt jedoch ausschließlich der NPO. Die Finanzierung kommt vom EVU-2 mit einem gegebenem Budget, das über die Jahre hinweg einen stetigen Anstieg verzeichnete. In der Fondskoordinierungsstelle der NPO kommt eine Mitarbeiterin zum Einsatz, deren Gehaltskosten von den Mitteln des Fonds abgedeckt werden müssen. Daraus resultiert, dass der Großteil des zur Verfügung gestellten Geldbetrags in die Hilfsleistungen des Fonds fließen kann.

Beiden Modellen gemein ist die Zusammenführung der Expertisen Energie und Soziales. Für den Umgang mit Energiearmut wird insbesondere der versierte sozialarbeiterische und professionelle Zugang als erfolgskritisch angesehen.

Ziele der Energieversorgungsunternehmen

Die von den EVU durch die getroffenen Maßnahmen verfolgten Ziele unterscheiden sich markant. EVU-1 hat mit dem Modell der eigenen Organisationseinheit das Ziel, eine maßgeschneiderte und sozial verträgliche Betreuung der eigenen, als soziale Härtefälle eingestuften KundInnen, zu gewährleisten. Der Fokus liegt dabei stark auf diesen Haushalten und die Problematik der Energiearmut wird als unmittelbares Problem des Unternehmens betrachtet und bearbeitet. Es erfolgt hier auch eine klare Abgrenzung zu gesellschaftspolitischen Aufgaben: „Wir leisten unseren Beitrag, wir versuchen da koordinierend mitzuwirken. Aber wir machen keine Sozialpolitik, auch nicht mit Sozialtarifen.“ (I2)

Im EVU-2 steht hingegen ein gesellschaftliches Engagement des Unternehmens stärker im Vordergrund. Als Ziel gilt es einen Beitrag zum Umgang mit Energiearmut und dabei auch zum Klimaschutz über eine THG-Reduktion zu leisten. Dementsprechend sieht das implementierte Modell eben auch die Betreuung von Haushalten unabhängig von Energieversorger sowie die Erreichung von langfristigen Energieeinsparungen und der damit verbundenen Emissionsreduktion vor. In der Außendarstellung des Unternehmens wird dieses Engagement auch bewusst kommuniziert und zum Stärken der eigenen Marke verwendet.

Energiearmut, Energieeffizienz und Klimaschutz

Energiearmut *kann* durch Maßnahmen zur Effizienzsteigerung gelindert werden. In Verbindung mit dem damit gleichzeitig erreichten Beitrag zum Klimaschutz kann so im Idealfall eine Win-Win-Win-Situation geschaffen werden, in der energiearme Haushalte Hilfe erhalten, die Effizienz beim Energieverbrauch gesteigert wird und im Idealfall die THG-Emissionen verringert werden. Dieser Konnex wird in EVU-2 eindeutig gesehen und als klares Ziel der Initiative genannt, während dies in EVU-1 kaum thematisiert wird.

Auch von Seiten der Politik scheint der Zusammenhang von Energiearmut und THG-Emissionen nicht wahrgenommen zu werden. In EVU-2 ist man ebenso wie in der NPO überzeugt, dass die momentane Klimaschutzpolitik und deren Maßnahmen einkommensschwache Haushalte nicht unterstützt, sondern für diese sogar eher eine Belastung darstellt. Als Beispiel kann die Ökostromumlage angesehen werden, bei der zwar eine Befreiung für StromkundInnen mit niedrigem Einkommen vorgesehen ist, diese aber aufgrund von fehlendem Wissen oftmals nicht in Anspruch genommen wird. (I7)

Entscheidungen im Unternehmen

Die auftretenden Entscheidungsprozesse lassen sich durch mehrere Aspekte kennzeichnen: Das Thema ist generell in der operativen Ebene angesiedelt und wird dort stärker thematisiert. Erst konkrete Vorschläge und Konzepte erreichten auch höhere Hierarchieebenen, in denen die Entscheidung zur Umsetzung erfolgte. Sowohl EVU-1 als auch EVU-2 stellen klar, dass vor dem Erarbeiten ihrer Modelle Energiearmut kaum thematisiert bzw. dass vor allem kein professioneller Umgang damit angestrebt wurde. Dies war auf allen Ebenen der Unternehmen und trotz eines bestehenden Drucks von außen seitens Nonprofit-Organisationen und öffentlichen Sozialhilfeeinrichtungen der Fall.

Bewusstseinsbildende Maßnahmen in und außerhalb der EVU als auch bei deren Eigentümern sind von Bedeutung. Auch der Wille dazu, im Hinblick auf das Thema Energiearmut zu handeln muss beim Eigentümer (bei den Eigentümern) und in der Geschäftsführung vorhanden sein. Außerdem müssen Lösungsvorschläge bzw. Modelle für ein solches Handeln existieren. Die

Geschäftsführungen in den beiden EVU sind überzeugt vom eigenem Engagement und dessen Sinnhaftigkeit – die auf operativer Ebene geplanten Vorhaben wurden und werden unterstützt. Auch die Eigentümer, vertreten über das Organ des Aufsichtsrates, heißen die getroffenen Maßnahmen und Handlungen willkommen. Ein weiteres, nicht in dieser Arbeit betrachtetes österreichisches EVU hat umgekehrt aufgrund des Drucks des öffentlichen Eigentümers ein – zumindest kurzfristiges – Engagement zur Eindämmung von Energiearmut gezeigt. Sind allerdings das Thema und mögliche Handlungsalternativen sowohl im Unternehmen als auch bei dessen Eigentümern wenig präsent, wird kaum Anlass zu Handlungen bestehen.

Ein Rückhalt innerhalb des gesamten EVU ist auch von Seiten der MitarbeiterInnen gegeben, welche die Tätigkeiten in diesem Bereich gutheißen: Dies aus einem sozialen Aspekt heraus ebenso wie aufgrund der teilweisen Übernahme von schwierigen Situationen mit KundInnen, welche sonst andere Stellen des Unternehmens belasten würden.

Hinsichtlich der Finanzierung ist festzustellen, dass sich die EVU mit ihrem Engagement eine für sie überschaubare Last freiwillig aufbürden. Der Kostengedanke spielt eine Rolle, es wird dabei von „symbolischen“ Beiträgen durch die eigenen Kunden und Kundinnen ebenso wie von Grenzen des finanziell Machbaren gesprochen. Ein höherer Aufwand wäre für die Unternehmen nur über Preissteigerungen, welche alle KundInnen treffen würden, zu decken, was aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen keine Handlungsalternative in den EVU darstellt.

Kooperation mit Unternehmen anderer Branchen

In ihrer Betreuung von energiearmen Haushalten suchen die EVU auch gezielt nach Kooperationen mit Geräteherstellern und weiteren Unternehmen aus anderen Branchen. Diese stellen dabei ihre eigenen auf hohe Effizienz ausgerichteten Geräte oder Dienstleistungen zu günstigen Preisen zur Verfügung, können dabei die Präsenz ihrer eigenen Marken erhöhen und gleichzeitig „ihren Beitrag“ (I7) zur Hilfe in schwierigen Situationen von energiearmen Haushalten leisten.

Selbstwahrnehmung und Aussagen zu anderen Modellen

Die Selbstwahrnehmung in den Organisationen ist geprägt von einer starken Überzeugung und Begeisterung für das eigene implementierte Modell. In dieser Arbeit kann und wird kein tiefergehender Vergleich oder eine Evaluierung der vorhandenen Initiativen erbracht werden, allerdings kann aufgrund der zur Verfügung gestellten Informationen davon ausgegangen werden, dass beide vorgestellten Modelle ihre Wirkung erzielen und einen Beitrag zur Minderung von Energiearmut zu leisten imstande sind. Kennzeichnend dafür ist auch die Tatsache, dass beiden Initiativen angesehene Preise für soziales Engagement verliehen wurden, sowie dass den beiden Modellen auch aus dem Nonprofit-Sektor ein durchwegs positives Zeugnis

ausgestellt wird. Auch sind beide EVU in die Gestaltung von politischen Instrumenten – zumeist über Stellungnahmen oder sonstigen Abgaben von Empfehlungen – eingebunden.

Die Initiativen des jeweils anderen EVU werden gegenseitig nicht als *anders*, sondern als *weniger gut* eingeschätzt. Dabei sind es vor allem die Ziele – spezielle Kundenbetreuung vs. gesellschaftliches Engagement – welche sich zwischen den Unternehmen unterscheiden. Da diese ihren Niederschlag in den durchgeführten Modellen finden, werden die erbrachten Leistungen des jeweils anderen Modells als nicht zielführend erachtet. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die EVU in gegenseitigem Wettbewerb stehen und diese Konkurrenzsituation offenbar auch bei der Thematik Energiearmut nicht in den Hintergrund tritt.

Konkret kritisieren beide EVU die jeweils andere Initiative dahingehend, dass dabei zu wenig Aufmerksamkeit auf eine langfristige Wirksamkeit gelegt wird. Weitere Kritikpunkte sind ein zu starker Fokus auf das Thema Energie ohne die Einbindung anderer Lebensumstände, oder auch dass sich Modelle vor allem auf Energieberatungen als Maßnahmen konzentrierten würden. Wie bereits in der obigen Vorstellung der Initiativen klar wurde, sind diese Kritikpunkte kaum berechtigt. Allein in der Kommunikation nach außen durch die EVU werden auch die genannten Aspekte thematisiert woraus klar hervorgeht, dass die genannte Kritik einer Grundlage entbehrt.

Eine mögliche Begründung liegt darin, dass die gegenseitige Informationslage unzureichend ist. So wird das eigene Wirken zwar nach außen kommuniziert, die Publikationen des anderen EVU aber nicht – oder nur stark verzerrt – wahrgenommen. Die vorhandene Konkurrenzsituation mag hier wohl ein ebenso bestimmendes Element sein wie eine andersartige Unternehmenskultur, Wertehaltungen der involvierten MitarbeiterInnen sowie der eigene Stolz.

Zukünftige Ziele und politische Forderungen

Die Energieversorgungsunternehmen können einen Beitrag zur Linderung von Energiearmut leisten, gleichzeitig wird betont, dass dieser bis dato eindeutig zu klein ist, um das Problem langfristig lösen zu können. Dafür ist die momentan vorhandene Betreuungskapazität einfach zu gering. Beide vorgestellten Modelle könnten, mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet, einen größeren gesamtgesellschaftlichen Effekt erzielen.

Im EVU-1 wird die Funktionsweise und Arbeit der eingerichteten Organisationseinheit als Nachweis dafür erachtet, dass ein wirkungsvolles Konzept für den Umgang mit Energiearmut vorliegt. Für eine effektive Herangehensweise an die Thematik Energiearmut in ihrem gesamten Ausmaß wird aus dem Unternehmen empfohlen, das Konzept politisch auf Landesebene einzuführen, Strukturen aufzubauen, Prozesse zu etablieren, eine Vernetzung mit Geräteherstellern anzustreben und eine neu zu schaffende Stelle mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten. So wäre es möglich, eine größere Zahl an Haushalten zu unterstützen. Dabei

soll eine klare Trennung zwischen sozialpolitischer Verantwortung und den Aufgaben der bzw. Anforderungen an die Energieversorger erhalten bleiben. Auch wenn von außerhalb wie innerhalb der Organisation Druck aufgebaut wird, soll klar bleiben, dass das EVU keine Sozialpolitik machen kann und soll.

Das Fonds-Modell des EVU-2 war von Anfang an darauf ausgelegt, seine Finanzierung von verschiedenen Unternehmen und weiteren Stellen zu erhalten, was allerdings bislang nicht erreicht werden konnte. Als Ziel besteht hier die Vorstellung, einen höher dotierten Fonds mit ähnlichem Aufbau wie beim bestehenden Modell einzurichten. Die Finanzierung soll dabei von einem Beitrag aller EVU stammen, welche auch gesetzlich dazu verpflichtet werden könnten. Wenn diese institutionelle Verankerung in Kraft treten würde, wäre dies für EVU-2 damit verbunden, die Arbeit des eigenen Fonds zu beenden: „[...] es bräuchte ihn dann auch nicht mehr. Er würde in diesem Modell aufgehen.“ (I7) Auf Ebene der EU wird das Fonds-Modell sehr positiv rezipiert, allerdings werden in diesen Belangen hauptsächlich Empfehlungen ausgesprochen und die genaue gesetzliche Bestimmung den Nationalstaaten überlassen. „In der Energieeffizienzrichtlinie der EU ist das Modell sogar abgebildet, wenn man sie sich genau anschaut.“ (I7) Auch Brunner et al. (2011, 53ff.) schlagen aufgrund ihrer Untersuchung der Praktiken energiearmer Haushalte einen solchen österreichweiten Energieeffizienzfonds sowie den Einsatz von zielgruppenspezifischen Energieberatungen vor. Das dort skizzierte Modell würde den in den Fonds einzahlenden EVU als Gegenleistung die durch die Einsparungen frei werdenden Kontingente an CO₂-Emissionszertifikaten zukommen lassen.

Übertragbarkeit der Modelle

Die beiden hier gegenübergestellten Formen des Umgangs mit Energiearmut können als Modell für andere EVU ebenso wie als Vorlage für gesetzliche Vorgaben dienen. Die „Übertragbarkeit“ ist allerdings verschieden ausgeprägt. Beim Modell der eigenen Organisationseinheit des EVU-1 werden einige Aspekte betont, welche Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit waren. Die wichtigsten sind dabei die Unterstützung durch den Eigentümer, der unternehmensinterne Rückhalt im Allgemeinen sowie jener vom Nachhaltigkeitsmanagement, die Einräumung weitreichender Autonomie und Entscheidungsbefugnisse sowie die externe Rahmenbedingung eines gut ausgebauten Netzes an Sozialorganisationen. Bei einer Implementierung des Modells in anderen Unternehmen muss daher auf diese Vielzahl von Faktoren Rücksicht genommen werden, um eine ausreichende Wirksamkeit zu erzielen. Im Fonds-Modell des EVU-2 sind es wesentlich weniger Bedingungen, welche für eine wirksame Arbeit erfüllt sein müssen. Die finanziellen Mittel werden gemäß dem oben beschriebenen Prozedere unmittelbar für die Verbesserung der Energiesituation der Haushalte verwendet. Dieses Modell reicht vom gebotenen

Leistungsspektrum – zumindest in der derzeitigen Form – nicht so sehr in die individuelle Fallbetreuung, ist aber dafür leichter skalier- und übertragbar.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Umgang mit Energiearmut

In Tabelle 11 werden die beiden betrachteten Modelle anhand ihrer wesentlichsten Merkmale gegenübergestellt.

Tabelle 11: Gegenüberstellung der beiden betrachteten Modelle im Umgang mit Energiearmut durch EVU		
Merkmal	Modell für eigene Organisationseinheit	Fonds-Modell
Motivation im EVU	Umgang mit problematischer Kundengruppe	Soziales Engagement des Unternehmens
Entstehung und Implementation	Konzept wurde intern erarbeitet, es wurden im Anschluss Personen aus Sozialbereich für Umsetzung eingestellt	Erarbeitung des Konzepts und dessen Durchführung gemeinsam mit NPO
Unternehmensperspektive	Bestmögliche Betreuung für eigene Kundinnen und Kunden, insbesondere bei Härtefällen	CSR-Perspektive: Das Unternehmen stellt Mittel zur Verfügung, um gesellschaftliches Problem zu bearbeiten
Rolle des Nachhaltigkeitsmanagements	Tätigkeiten wurden nach Einführung zum Bereich Nachhaltigkeit hinzugefügt	Tätigkeiten wurden nach Einführung zum Bereich Nachhaltigkeit hinzugefügt
Zielgruppe	Klar definierter, relativ stark eingeschränkter Kundentypus innerhalb der eigenen KundInnen	Von Energiearmut betroffene österreichische Haushalte, welche bereits in der Betreuung der NPO sind
Zentrale Ziele	Erreichung eines Zustands des „Normalkunden“	Erreichung langfristiger Milderung von Energiearmut in Haushalten durch Effizienzmaßnahmen, THG-Emissionseinsparungen
Struktur	Eine eigene Organisationseinheit innerhalb des EVU	Finanzielle Mittel werden einer anderen Organisation (gemeinnützige NPO) zur Erreichung der gemeinsam gesteckten Ziele zur Verfügung gestellt
Vernetzung	Eigene Organisationseinheit ist stark mit anderen Sozialeinrichtungen vernetzt	Die Klienten und Klientinnen sind bereits in der Betreuung der NPO, welche wiederum selbst stark mit anderen Sozialeinrichtungen vernetzt ist
Zugangsbeschränkungen	Beschränkung entsprechend eigener Definition eines sozialen Härtefalls	KlientInnen müssen bereits in Betreuung von Beratungsstellen der NPO sein. Von diesen Beratungsstellen aus wird der Fonds hinzugezogen.
Qualitative Einschränkung		Geräte-Tausch beschränkt sich auf Elektrogeräte. Finanzielle Sofort-Hilfen im Durchschnitt bei 100€ pro Haushalt.
Betreute Personen	ca. 2.000 Haushalte bzw. ca. 5.500 Personen in zwei Jahren: Diese allerdings mit stark unterschiedlichem Betreuungsumfang	ca. 1.867 Haushalte bzw. 5.500 Personen in 3,5 Jahren Bei über 800 Haushalten wurde Gerätetausch vorgenommen

6 ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Die vorliegende Masterarbeit liefert eine Betrachtung und Analyse der Nachhaltigkeit des Handelns von Energieversorgungsunternehmen in Österreich, wobei die Themen Klimaschutz und Umgang mit Energiearmut durch die Unternehmen im Zentrum stehen. In Hinblick auf den Aspekt des Klimaschutzes durch EVU kann aufgezeigt werden, dass dieser über mehrere Wege das Handeln beeinflusst. Dazu zählen die Anforderungen der Eigentümer, die politischen Rahmenbedingungen, das Erzielen von Wettbewerbsvorteilen, die Sicherung von Legitimität und zum Teil das Handeln aufgrund von ökologischer Verantwortung. Von besonderer Bedeutung sind auch die Erwartungen an zukünftige politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und technologische Entwicklungen, da diese antizipiert werden und in die Strategien sowie die Investitionspläne der EVU einfließen und so langfristig deren THG-Emissionen bestimmen. Die Unternehmen befinden sich dabei in einem kontinuierlichen Veränderungsprozess, um sich an verändernde Rahmenbedingungen und Anforderungen bestmöglich anzupassen. In der kurzen Frist sind in den EVU dabei Kostengedanken und das Streben nach unmittelbarem, wirtschaftlichem Erfolg richtungsweisend für Entscheidungen, wobei hier Nachhaltigkeitsüberlegungen – wenn überhaupt – nur eine untergeordnete Rolle spielen. Gesellschaftliche Anforderungen und politische Maßnahmen entfalten ihre Wirkung somit erst in der langen Frist. Überspitzt formuliert bedeutet dieser Mechanismus, dass ein heutiger Beschluss auf politischer Ebene, in 15 Jahren eine im Zeitverlauf steigende THG-Steuer einzuführen, wohl dazu führen würde, dass ab morgen kein thermisches Kraftwerk mehr gebaut wird. Die Realität ist allerdings deutlich komplexer, weshalb auch zukünftige politische Weichenstellungen zum Klimaschutz in einem Spannungsfeld aus verschiedensten Interessen, wie der Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, der Leistbarkeit und Verfügbarkeit von Energie, der geopolitischen Macht- und Ressourcenverteilung und den Anforderungen der Gesellschaft an ihre eigene Zukunft, stehen werden.

Im Umgang mit Energiearmut konnten zwei, durch EVU bereits umgesetzte Modelle vorgestellt werden. Diese beinhalten Parallelen in der Arbeitsweise, wie den sozialarbeiterischen Zugang zu den betreuten Personen, die Integration des Themas Energie in eine umfassendere Sozialbetreuung sowie der Vernetzung mit Sozialeinrichtungen. Allerdings bestehen auch Unterschiede, sei es in der Herangehensweise durch die EVU, in der Form der Organisation dieses Engagements, bei den von den Unternehmen verfolgten Zielen und bei der Motivation der EVU, in diesem Bereich tätig zu sein. Die durchgeführten Maßnahmen leisten insgesamt einen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation einer Vielzahl von energiearmen Haushalten. Gleichzeitig ist in den Unternehmen ein Bewusstsein für das Ausmaß von Energiearmut in Österreich und damit auch dafür, dass die eigenen Tätigkeiten nur eine Linderung des Problems

sind, vorhanden. Daher kommt aus den EVU auch die Forderung danach, der gesellschaftlichen Herausforderung Energiearmut auf sozialpolitischer Ebene entgegenzutreten.

Ein Konnex zwischen Klimaschutz und Energiearmut ist vorhanden, wird aber nur von einem der betrachteten EVU thematisiert, woran auch das um die Zusammenführung einzelner Maßnahmen bemühte institutionalisierte Nachhaltigkeitsmanagement kaum etwas ändert. Dabei wäre gerade die Betrachtung von Klimaschutz zusammen mit Energiearmut sinnvoll, da hier die Möglichkeit einer Win-Win-Situation besteht. Die Betrachtung in diesem Kontext verdient auch deshalb Aufmerksamkeit, da energiearme Haushalte durch etliche Klimaschutzmaßnahmen und daraus resultierenden Energiepreiserhöhungen zusätzlich belastet werden oder sie zumindest von Maßnahmen im Rahmen typischer Mittelstandsförderungen nicht profitieren können.

Viele der in dieser Arbeit behandelten Aspekte und der gewonnenen Ergebnisse stellen letztlich Ansatzpunkte für mögliche zukünftige Forschungsarbeiten dar. So könnten die geteilten Werte und Einstellungen sowie der organisationsinterne Diskurs zum Klimawandel in größerer Tiefe erhoben und ausgewertet werden. Auch ein Vergleich mit EVU aus anderen Ländern, welche sich z.B. durch eine große Abhängigkeit von nuklearen Brennstoffen oder Kohle in anderen Ausgangssituationen befinden, wäre eine die vorliegenden Ergebnisse bereichernde Arbeit. Ebenso wäre die Generierung von Hypothesen aus den gewonnenen Erkenntnissen und deren Überprüfung mittels quantitativer Methoden denkbar. Die in Abschnitt 5.3.3 durchgeführte Gegenüberstellung der Modelle im Umgang mit Energiearmut könnte in tiefergehender Form erfolgen, vor allem um für eine Übertragung der Modelle in andere Unternehmen oder öffentliche Einrichtungen die Vielzahl an erfolgskritischen Details darzulegen.

Die vorliegende Masterarbeit verdeutlicht die Rolle, welche Energieversorgungsunternehmen für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft einnehmen. Die dabei aufgezeigten Strukturen und Prozesse zeigen auf, welche Bedeutung Institutionen haben und dass – gemäß der gewählten neoinstitutionalistischen Perspektive – die gesellschaftlichen Normen und Werte, welche sich auch in politischen Entscheidungen wiederfinden, eine bestimmende Größe darstellen. Die Energieversorgungsunternehmen werden diesen Institutionen langfristig folgen müssen, um ihre Legitimität zu erhalten. Im Lichte dessen stellt ein breiter, gesellschaftlicher Konsens über das Leitbild nachhaltiger Entwicklung, sowohl in ökologischer, sozialer als auch wirtschaftlicher Hinsicht, den Ausgangspunkt für die Bewältigung der Herausforderungen Energiearmut und Klimawandel dar.

7 LITERATURVERZEICHNIS

Arora, Seema; Cason, Timothy N. (1996): Why Do Firms Volunteer to Exceed Environmental Regulations? Understanding Participation in EPA's 33/50 Program. In: *Land economics*, 72 (4), 413-432.

Banerjee, Subhabrata Bobby; Iyer, Easwar S.; Kashyap, Rajiv K. (2003): Corporate Environmentalism: Antecedents and Influence of Industry Type. In: *Journal of Marketing*, 67 (2), 106-122.

Bansal, Pratima; Roth, Kendall (2000): Why Companies Go Green: A Model of Ecological Responsiveness. In: *The Academy of Management Journal*, 43 (4), 717-736.

Baranzini, Andrea; Thalmann, Philippe (2004): An Overview of the Economics of Voluntary Approaches in Climate Policies. In: Baranzini, Andrea; Thalmann, Philippe (Hrsg.): *Voluntary approaches in climate policy*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 1-30.

Berger, Thomas (2011): *Energiearmut: Eine Studie über Situation, Ursachen, Betroffene, AkteurInnen und Handlungsoptionen*. Wien: Spectro gemeinnützige Gesellschaft für wissenschaftliche Forschung.

Besio, Christina (2013): Wie lässt sich Nachhaltigkeit durch Innovation managen? In: Rückert-John, Jana (Hrsg.): *Soziale Innovation und Nachhaltigkeit - Perspektiven sozialen Wandels*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 71-86.

BMASK (2013): *Armut- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich: Ergebnisse aus EU-SILC 2011*. Wien: BMASK.

Boardman, Brenda (2010): *Fixing Fuel Poverty: Challenges and Solutions*. London u.a.: Earthscan.

Bogner, Alexander; Menz, Wolfgang (2005): Das theoriegenerierende Experteninterview: Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. In: Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hrsg.): *Das Experteninterview: Theorie, Methode, Anwendung*. Wiesbaden: VS-Verlag / GWV Fachverlage GmbH, 223-240.

Brand, Karl-Werner; Jochum, Georg (2000): *Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung*. München: MPS e.V.

Brunner, Karl-Michael; Mandl, Sylvia; Christanell, Anja (2013): From local to national: Tackling fuel poverty in Austria. ECEEE 2013 Summer Study, Panel 7, 1989-1996.

Brunner, Karl-Michael; Spitzer, Markus; Christanell, Anja (2012): Experiencing fuel poverty. Coping strategies of low-income households in Vienna. In: *Energy Policy*, 49, 53-59.

- Brunner, Karl - Michael; Spitzer, Markus; Christanell, Anja (2011): NELA: Nachhaltiger Energieverbrauch und Lebensstile in armen und armutsgefährdeten Haushalten. Endbericht. Wien: ÖIN – Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung.
- Buysse, Kristel; Verbeke, Alain (2003): Proactive Environmental Strategies: A Stakeholder Management Perspective. In: Strategic Management Journal, 24 (5), 453-470.
- Diekmann, Andreas (2011): Empirische Sozialforschung. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.
- Dimaggio, Paul J.; Powell, Walter W. (1983): The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields. In: American Sociological Review, 48 (2), 147-160.
- Dyllick, Thomas (2003): Konzeptionelle Grundlagen unternehmerischer Nachhaltigkeit. In: Linne, Gudrun; Schwarz, Michael (Hrsg.): Handbuch Nachhaltige Entwicklung. Opladen: Leske und Budrich, 235-243.
- E-Control (2013): E-Control erarbeitete erstmals Definition von Energiearmut in Österreich. Presseinformation. http://www.e-control.at/portal/page/portal/medienbibliothek/presse/dokumente/pdfs/2013_11_14_PA_Studie%20zu%20Energiearmut_final_.pdf (abgerufen am 22.11.2013; 18:04 Uhr).
- E-Control (2013b): Energiearmut in Österreich. Definition und Indikatoren. Wien: E-Control.
- Ekardt, Felix (2010): Recht, Gerechtigkeit, Steuerung – ein Zehn-Punkte-Plan für den Klimaschutz. In: Voss, Martin (Hrsg.): Der Klimawandel: sozialwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: VS-Verlag, 227-244.
- EU-SILC (2011): Datenbankauszug: „Unfähigkeit, die Unterkunft angemessen warm zu halten.“ Kode: ilc_md501 (abgerufen am 20.11.2013; 22:10).
- Europäische Kommission (2008): Einstellung zu radioaktiven Abfällen. Spezial Eurobarometer 297. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2014): Klima- und energiepolitische Ziele für eine wettbewerbsfähige, sichere und CO₂-arme EU-Wirtschaft bis 2030. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-54_de.htm
- Flick, Uwe (2012): Qualitative Sozialforschung. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.
- Froschauer, Ulrike; Lueger, Manfred (2005): ExpertInnengespräche in der interpretativen Sozialforschung. In: Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview: Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden: VS-Verlag / GWV Fachverlage GmbH, 223-240.
- Gilbertson, Tamra; Reyes, Oscar; Lohmann, Larry (2009): Carbon Trading: How it works and why it fails. Uppsala, Schweden: Dag Hammarskjöld Foundation.

Glaser, Barney; Strauss, Anselm L. (2005) *Grounded Theory: Strategien qualitativer Forschung*. Bern: Verlag Hans Huber.

González-Benito, Javier; González-Benito, Óscar (2006): A Review of Determinant Factors of Environmental Proactivity. In: *Business strategy and the environment*, 15 (2), 87-102.

Grunwald, Armin; Kopfmüller, Jürgen (2006): *Nachhaltigkeit*. Frankfurt/Main u.a.: Campus.

Gupta, Sujata; Tirpak, Dennis A.; Burger, Nicholas; Gupta, Joyeeta; Höhne, Niklas; Boncheva, Antonina Ivanova; Kanoan, Gorashi Mohammed; Kolstad, Charles; Kruger, Joseph A.; Michaelowa, Axel; Murase, Shinya; Pershing, Jonathan; Saijo, Tatsuyoshi; Sari, Agus (2007): Policies, Instruments and Co-operative Arrangements. In: Metz, Bert; Davidson, Ogunlade R.; Bosch, Peter; Dave, Rutu; Meyer, Leo (Hrsg.): *Climate Change 2007: Mitigation. Contribution of Working Group III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge, United Kingdom und New York, NY, USA: Cambridge University Press.

Hamilton, Katherine; Sjardin, Milo; Marcello, Thomas; Xu, Gordon (2008): Forging a frontier: State of the voluntary carbon markets 2008. In: *Ecosystem Marketplace and New Carbon Finance*, New York and Washington, DC.

Healy, Jonathan D. (2004): *Housing, Fuel Poverty, and Health: A Pan-European Analysis*. Aldershot: Ashgate.

Henriques, Irene; Sadorsky, Perry (1996): The Determinants of an Environmentally Responsive Firm: An Empirical Approach. In: *Journal of Environmental Economics and Management*, 30 (3), 381-395.

Hills, John (2011): Fuel poverty: the problem and its measurement. CASereport, 69. London: Department for Energy and Climate Change.

Hills, John (2012): Getting the measure of fuel poverty: final report of the Fuel Poverty Review. CASereport, 72. London: Centre for Analysis of Social Exclusion, London School of Economics and Political Science.

Hoffman, Andrew J. (2005): Climate Change Strategy: The Business Logic Behind Voluntary Greenhouse Gas Reductions. In: *California Management Review*, 47 (3), 21-46.

IPCC (2007): *Climate Change 2007: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Genf: IPCC.

Jeswani, Harish Kumar; Wehrmeyer, Walter; Mulugetta, Yacob (2008): How Warm Is the Corporate Response to Climate Change? Evidence from Pakistan and the UK. In: *Business Strategy and the Environment*, 17 (1), 46-60.

Khanna, Madhu (2001): Non-Mandatory Approaches to Environmental Protection. In: *Journal of Economic Surveys*, 15 (3), 291-324.

Kopatz, Michael; Spitzer, Markus; Christanell, Anja (2010): Energiearmut. Stand der Forschung, nationale Programme und regionale Modellprojekte in Deutschland, Österreich und Großbritannien. Wuppertal: Wuppertal Institut.

Kopfmüller, Jürgen; Brandl, Volker; Jörissen, Juliane; Paetau, Michael; Banse, Gerhard; Coenen, Reinhard; Grunwald, Armin (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet: Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren. Berlin: Ed. Sigma.

Lebensministerium (2007): Anpassung der Klimastrategie Österreichs zur Erreichung des Kyoto-Ziels 2008-2012. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Lohmann, Larry (2010): Climate Crisis: Social Science Crisis. In: Voss, Martin (Hrsg.): Der Klimawandel: sozialwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: VS-Verlag, 133-153.

Lueger, Manfred (2010): Interpretative Sozialforschung: Die Methoden. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG.

Mandl, Sylvia (2012): Energiearmut in Österreich: Erscheinungsformen, Ursachen und Strategien unter besonderer Berücksichtigung der Definition. Masterarbeit: Wirtschaftsuniversität Wien.

Meyer, John W.; Rowan, Brian (1977): Institutionalized Organizations - Formal Structure as Myth and Ceremony. In: American Journal of Sociology, 83 (2), 340-363.

Okereke, Chukwumerije (2007): An Exploration of Motivations, Drivers and Barriers to Carbon Management: The UK FTSE 100. In: European Management Journal, 25 (6), 475-486.

Ott, Konrad; Döring, Ralf (2008): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit. Marburg: Metropolis-Verlag.

Parry, Martin L.; Canziani, Osvaldo F.; Palutikof, Jean P.; Van Der Linden, Paul J.; Hanson, C. E. (2007): Climate Change 2007: Working Group II – Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Cambridge: Cambridge University Press.

Randall, David A.; Wood, Richard A.; Bony, Sandrine; Colman, Robert; Fichefet, Thierry; Fyfe, John; Kattsov, Vladimir; Pitman, Andrew; Shukla, Jagadish; Srinivasan, Jayaraman; Stouffer, Ronald J.; Sumi, Akimasa; Taylor, Karl E. (2007): Climate Models and Their Evaluation In: Solomon, Susan; Qin, Dahe; Manning, Martin; Marquis, Melinda; Averyt, Kristen; Tignor, Melinda M.B.; Miller, Henry L. (Hrsg.): Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Cambridge, United Kingdom und New York, NY, USA: Cambridge University Press.

Reusswig, Fritz (2010): Klimawandel und Gesellschaft. Vom Katastrophen- zum Gestaltungsdiskurs im Horizont der postkarbonen Gesellschaft. In: Voss, Martin (Hrsg.): Der Klimawandel: sozialwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: VS-Verlag, 75-97.

Reyers, Michelle; Gouws, Daan; Blignaut, James (2011): An Exploratory Study of Motivations Driving Corporate Investment in Voluntary Climate Change Mitigation in South Africa. In: South African Journal of Economic and Management Sciences, 14 (1), 92-108.

Rid, Urban (2003): Perspektiven für Deutschland: Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Handbuch Nachhaltige Entwicklung. Springer, 23-29.

Rogner, H-Holger; Zhou, Dadi; Bradley, Rick; Crabbé, Philippe; Edenhofer, Ottmar; Hare, Bill; Kuijpers, Lambert; Yamaguchi, Mitsutsune (2007): Introduction. In: Metz, Bert; Davidson, Ogunlade R.; Bosch, Peter; Dave, Rutu; Meyer, Leo (Hrsg.): Climate Change 2007: Mitigation. Contribution of Working Group III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge, United Kingdom und New York, NY, USA: Cambridge University Press.

Schneider, Monika (2010): Energiekonsum und Nachhaltigkeit unter besonderer Berücksichtigung von Energiearmut. Diplomarbeit: Wirtschaftsuniversität Wien.

Spash, Clive L. (2010): The Brave New World of Carbon Trading. In: New Political Economy, 15 (2), 169-195.

Sprengel, David Christopher; Busch, Timo (2011): Stakeholder Engagement and Environmental Strategy – the Case of Climate Change. In: Business Strategy and the Environment, 20 (6), 351-364.

Statistik Austria (2013): Fragebogen EU-SILC 2013.

http://www.statistik.at/web_de/static/fragebogen_eu-silc_2013_070064.pdf (abgerufen am: 17.11.2013; 18:45 Uhr).

Statistik Austria (2013b): Jahresdurchschnittsbevölkerung seit 1870.

http://www.statistik.at/web_de/static/jahresdurchschnittsbevoelkerung_seit_1870_022311.xlsx (17.11.2013; 19:01 Uhr).

Stern, Nicholas (2007): The Economics of Climate Change: The Stern Review. Cambridge: Cambridge University Press.

Strauss, Anselm; Corbin, Juliet (1996): Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Psychologie-Verlag-Union.

Suchman, Mark C. (1995): Managing legitimacy: Strategic and Institutional Approaches. In: Academy of Management Review, 20 (3), 571-610.

Umweltbundesamt (2012): Klimaschutzbericht 2012. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2013a): Klimaschutzbericht 2013. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2013b): Österreichischer Teil des Unionsregisters: Stand der Einhaltung 2012. Wien: Umweltbundesamt.

- Umweltbundesamt (2013c): Austria's National Inventory Report 2013. Wien: Umweltbundesamt.
- UN (1987): Report of the World Commission on Environment and Development Our Common Future. New York: United Nations.
- Vastag, Gyula; Melnyk, Steve A. (2002): Certifying environmental management systems by the ISO 14001 standards. In: International Journal of Production Research, 40 (18), 4743-4763.
- Voss, Martin (2010): Einleitung: Perspektiven sozialwissenschaftlicher Klimawandelforschung. In: Voss, Martin (Hrsg.): Der Klimawandel: sozialwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: VS-Verlag, 9-40.
- Walgenbach, Peter; Meyer, Renate E. (2008): Neoinstitutionalistische Organisationstheorie. Stuttgart: Kohlhammer.
- Weinhofer, Georg; Hoffmann, Volker H. (2010): Mitigating Climate Change – How Do Corporate Strategies Differ? In: Business Strategy and the Environment, 19 (2), 77-89.
- Weltbank (2012): State and Trends of the Carbon Market 2012. Washington D.C.: Weltbank.
- Wiener Stadtwerke (2013): Herausforderung Energiearmut und der Beitrag der Wiener Stadtwerke. Materialien der Wiener Stadtwerke zur nachhaltigen Entwicklung. Wien: Wiener Stadtwerke.
- Williams, Sarah; Schaefer, Anja (2012): Small and Medium - Sized Enterprises and Sustainability: Managers' Values and Engagement with Environmental and Climate Change Issues. In: Business Strategy and the Environment, 22 (3), 173–186.
- Zucker, Lynne G. (1977): The Role of Institutionalization in Cultural Persistence. In: American Sociological Review, 42 (5), 726-743.

Zitierte Gesetzestexte

Energieeffizienzpaket des Bundes (442/ME).

Kyoto Protokoll: Das Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen.

8 ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Globale jährliche anthropogene Treibhausgas-Emissionen (IPCC 2007, 36).....	8
Abbildung 2: Verlauf der österreichischen THG-Emissionen und Kyoto-Ziel (Umweltbundesamt 2013a, 19).....	18
Abbildung 3: Selbstverstärkungseffekte der Energiearmut (Kopatz et al. 2010, 52).....	23
Abbildung 4: Kontexte und Beweggründe für Umweltschutz durch Unternehmen (Bansal/Roth 2000, 729).....	37

9 TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Unterschiedliche Nachhaltigkeitskonzepte im „Drei-Säulen“-Modell (Brand/Jochum 2000, 79f.)	6
Tabelle 2: Erwartete Phänomene und ihre Auswirkungen nach Sektoren (IPCC 2007, 53)	9
Tabelle 3: Geschätzte globale gesamtwirtschaftliche Kosten im Jahr 2030 und 2050. (IPCC 2007, 69).....	13
Tabelle 4: Sektorale Emissionen, Abweichungen und Zielwerte für 2008–2012 entsprechend der Klimastrategie 2007 (Umweltbundesamt 2012, 24; eigene Berechnungen).....	14
Tabelle 5: Maßnahmen der österreichischen Klimapolitik (Lebensministerium 2007, 70ff.)	20
Tabelle 6: Unterschiedliche Referenzpunkte unternehmerischer Nachhaltigkeit (Dyllick 2003, 237).....	30
Tabelle 7: Einordnung der Ergebnisse der vorhandenen Studien (in Anlehnung an Reyers et al. 2011, 94).....	41
Tabelle 8: Gesetzliche Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung von Energiearmut (Wiener Stadtwerke 2013, 35)	42
Tabelle 9: Freiwillige Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung von Energiearmut (Wiener Stadtwerke 2013, 36)	43
Tabelle 10: Die betrachteten Energieversorgungsunternehmen im Überblick	50
Tabelle 11: Gegenüberstellung der beiden betrachteten Modelle im Umgang mit Energiearmut durch EVU.....	80

10 ANHANG

Annex I Staaten laut Kyoto-Protokoll

Australien	Kanada	Schweden
Belgien	Lettland	Schweiz
Bulgarien	Liechtenstein	Slowakei
Dänemark	Luxemburg	Spanien
Deutschland	Monaco	Tschechische Republik
Estland	Neuseeland	Ungarn
Finnland	Niederlande	Vereinigte Staaten von Amerika
Frankreich	Norwegen	Vereinigtes Königreich
Griechenland	Österreich	Großbritannien und Nordirland
Irland	Polen	
Island	Portugal	
Italien	Rumänien	
Japan	Russische Föderation	

Quelle: Das Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen